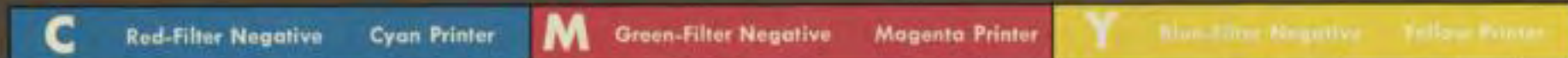


KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

42

Die Aufgabe
des
Advocatenstandes
in
constitutionellen Staaten.

Von
A. Steinacker.

Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1841.

UB Braunschweig

84



2301-359-5

Die Aufgabe
des
Advocatenstandes
in
constitutionellen Staaten.

Von
A. Steinacker.



Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1841.

Die Kunst

von

Albrecht Dürer

ist

ein Kunstwerk

von



ist

ein Kunstwerk

von Albrecht Dürer

1811

Den

deutschen Rechtsvertheidigern,

meinen

verehrten Amtsgenossen,

welche zum Höhern und Edlern streben,

freundlich gewidmet.

von

deutschen Reichsvereinigern

aus

verschiedenen Ständen

welche zum ersten Mal in Berlin

erschienen

Vorwort.

Als ich vor drei und zwanzig Jahren bei Hugo juristische Encyclopädie hörte, wurde ich schmerzlich berührt durch die im Compendium angeführte Bemerkung eines nicht genannten, aber als geistreich bezeichneten Mannes: „Vüderlichkeit und Advocaten-Praxis seien in die Länge fast nie ohne den nachtheiligsten Einfluß auf den Charakter.“ Ich war zum Advocatenstande bestimmt, weil die Verhältnisse es so wollten, und meine eigene Neigung sprach dafür. Jene Worte ergriffen mich aber um so tiefer, je weniger ein angehender Student bis dahin sich bemüht zu haben pflegt, von den verschiedenen Lagen und Verhältnissen des bunten, noch kaum geöffneten Lebens sich die Schattenseite vorzustellen. So sollte ich dem wahrscheinlichen Verluste meines bessern Theils entgegengehen, so sollte es überhaupt im Leben äußere Verhältnisse geben, welche die Bewahrung der Charaktereinheit unmöglich machten oder doch in hohem Grade

erschwerten? Wie leicht auch die Jugend sich zu trösten pflegt, besonders wenn es sich nicht um die Gegenwart, sondern um die Zukunft handelt, so war doch der Eindruck, welchen jener Ausspruch auf mich machte, ein bleibender, und trug wesentlich dazu bei, mich vom Anfang an zu einer ernstern Auffassung meines künftigen Berufs zu bestimmen. Hätte ich auch weiter nichts bei Hugo gelernt, für diese Warnung würde ich ihm immer dankbar bleiben.

Ich will nicht behaupten, daß ich gerade deswegen einen besondern Beruf hätte, über den Advocatenstand zu schreiben. Es ist überhaupt schon Viel über denselben Gegenstand geschrieben und gesprochen, und es könnte unnöthig erscheinen, abermals darauf zurückzukommen. Dazu fühle ich recht wohl, daß viele Andere, die mit mir in der Grundansicht übereinstimmen, es ungleich besser gemacht haben würden, als ich, und nur eben darin, daß sie es bisher nicht thaten, liegt für mich allein vielleicht jener Beruf. Ich glaubte nämlich, es seien wesentliche Fragen bisher gar nicht, oder nicht aus dem richtigen Gesichtspunkte und in ihrer wahren Bedeutung, oder doch nicht im gehörigen Zusammenhange mit andern verwandten Hauptfragen aufgefaßt. Und darüber wird, wenn Bessere schweigen, Demjenigen wenigstens eine Stimme verstattet werden, der zwanzig Jahre lang das Amt eines Advocaten bekleidet hat.

Das Grundübel der jetzigen Zeit ist weniger ein von Außen kommender Druck, als eine mit Unzufriedenheit gepaarte Unthätigkeit, ein gewisser Mangel an practischem Verstande. Jeder klagt darüber, daß es nicht besser sei, aber Niemand thut Etwas dazu, daß es besser werde, Alle erwarten Hülfe von Andern. „Hilf dir selbst, und Gott wird dir helfen!“ sagten die bessern Franzosen vor der Julirevolution, und ich glaube nicht, daß jemals ein wahreres Wort in Frankreich gesprochen ist. Die bessern Zeiten kommen so wenig, als die Zaubermahlzeiten im Märchen von selbst, und kämen sie doch ohne unsere eigene Anstrengung, so möchten wir wenig Genuß und Heil davon haben. Jene Unthätigkeit ist zum Theil wohl einer gewissen Schwerfälligkeit des deutschen, besonders des norddeutschen Nationalcharakters zuzuschreiben, zum Theil aber ganz gewiß auch noch einem Mangel an allgemeiner Einsicht, denn wo eine lebendige Ueberzeugung sich gebildet hat, da kann das Handeln nicht ausbleiben. Und so schien es mir, als könnte auch von der großen Menge der deutschen Advocaten für die Sache des Vaterlandes und für ihre eigene unendlich mehr geschehen, als wirklich geschieht, wenn sie ihre Aufgabe richtig begriffen und würdigten.

Haben die folgenden Blätter überhaupt einen Werth, so besteht derselbe vielleicht darin, daß ich die Verhältnisse des deutschen Advocatenstandes dem großen Entwicklungsprozesse in unsern gesammten öffentlichen Ver-

hältnissen näher gerückt habe. Ob das richtig sei oder nicht, darüber wird man nach dem Standpunkte, welchen man überhaupt in den großen Fragen der Zeit eingenommen hat, verschieden urtheilen, und ich kann mir unmöglich mit der Hoffnung schmeicheln, den Beifall Aller zu gewinnen. Wie man aber auch über meine Arbeit denken möge, den aufrichtigen Willen, das Gute ohne Nebenrücksichten zu befördern, wird man mir nicht streitig machen, und hoffentlich auch darin, daß ich zur Selbstbildung, zur wissenschaftlichen und sittlichen Thätigkeit anzuregen suche, keinen „Angriff auf den Staat“ erblicken. So schlimm wird es in dem wissenschaftlichen Deutschland noch nicht stehen, daß es für unerlaubt gälte, die Grundprincipien seines Verfassungsrechts zu ordnen und deren Vorbedingungen und Consequenzen in Beziehung auf eine anerkannte Erscheinung im staatsbürgerlichen Leben zu entwickeln. Nicht aus der Aufklärung, nicht aus der Verständigung entsteht Gefahr für die öffentliche Ruhe, sondern aus deren Unterdrückung.

Es ist nicht meine Absicht gewesen, eine neue systematische Darstellung der gerade in der neuern Zeit so oft wiederholten und angepriesenen Reformvorschläge für den Advocatenstand zu liefern; ich wollte vielmehr für die Kritik des Uebels selbst und jener Vorschläge überhaupt einen höhern Standpunkt gewinnen. Das Bedürfniß, die äußern und innern Verhältnisse des Advoca-

catenstandes zu verbessern, wird im Ganzen von keinem Vernünftigen mehr bestritten, und auf der andern Seite sind die vielen von allen Seiten erhobenen Reformanträge ohne allen irgend erheblichen Widerspruch, zugleich aber auch bisher ohne Berücksichtigung geblieben. Es schien mir daher nothwendig, für den auffallenden Gegensatz dieser beiden Erscheinungen den höhern Vermittlungspunkt zu suchen und die gewöhnlichen Verhältnisse des practischen Lebens bis dahin hinaufzuführen. Vollständigkeit in Ansehung des für eine äußere Reorganisation des Instituts schon so reichhaltig gesammelten Materials konnte dabei nicht in meinem Plane liegen, sondern nur die Andeutung Desjenigen, was der nöthige Zusammenhang und die Darstellung der Grundidee erforderte. Dabei war es aber auch auf der andern Seite nicht zu vermeiden, Manches zu wiederholen, was schon früher von Andern gesagt ist; ja es hätte sich vielleicht ein noch tieferes Eingehen in das Einzelne der bisherigen Reformvorschläge rechtfertigen lassen, wenn man erwägt, daß das Material zum Theil in vielen Nebenzweigen unserer Literatur zerstreut liegt.

Vielleicht wird man tadeln, daß ich in den constitutionellen Erörterungen hier und da etwas zu weit vom Hauptgegenstande abgeschweift sei. Sollte dieser Tadel gegründet sein, so würde ich selbst mich am meisten darüber freuen, weil darin die Gewißheit läge, daß der enge Zusammenhang der Verhältnisse des Advocats

tenstandes mit liberalen und constitutionellen Staatsformen, welchen ich an einzelnen Stellen durch Zurückgehen auf die obern Begriffe nachzuweisen für nöthig hielt, schon allgemeiner und vollständiger anerkannt sei, als ich bisher zu finden geglaubt habe. Nach meiner langjährigen Beobachtung habe ich jedoch zu einer solchen günstigern Ansicht nicht gelangen können, und überhaupt ist jede Wahrheit noch nicht genug besprochen, noch nicht hinlänglich in ihren Verhältnissen zu allen practischen Gestaltungen des Lebens erkannt, so lange sie ihre Verwirklichung noch nicht erhalten hat. Mögen wir freilich Alle hoffen, daß noch eine Zeit eintritt, wo man solche Erörterungen für überflüssig hält, und mein größter Lohn würde darin bestehen, wenn ich glauben dürfte, daß mein Versuch dazu beitragen werde, jene Zeit wenigstens etwas näher zu rücken.

Daß ich übrigens bei der Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse des deutschen Advocatenstandes und des deutschen Justizwesens überhaupt zu sehr grau in grau gemalt und das ganze Bild zu dunkel gehalten hätte, wird wenigstens Niemand behaupten, der die Verhältnisse genau und aus eigener Anschauung kennt. — Unter dem Stande der Advocaten, wie dem der Richter, zähle ich mehrere meiner innigsten, liebsten Freunde und auch außer ihnen viele Männer, deren Gesinnung in jeder Hinsicht der höchsten Achtung werth ist; aber wo ich die Mängel eines Verhältnisses nachweisen und

untersuchen sollte, da wäre Beschönigung am unrechten Orte gewesen. Und wenn man meint, das Derjenige besangen urtheile, welcher pro domo redet, so antworte ich darauf, daß es in jenem Verhältnisse Seiten gibt, über welche nur ein Advocat urtheilen kann.

Diese letzte Rücksicht hat mich besonders auch über eine Bedenklichkeit hinweggehoben, welche mir erst beim Durchlesen des schon Geschriebenen auffiel, und welche ich hier offen hervorhebe, obgleich ich gestehe, daß ich sie nicht ganz erledigen kann. Ich habe manchen ernstesten Tadel über einen großen Theil meiner Amtsgenossen und die Art ihres Treibens ausgesprochen, ich habe ihnen das Bild einer edlern, großartigern Erscheinung des Rechtsvertheidigers, wie es meinem innern Auge klar vorschwebt, entgegengestellt; wird man nicht am Ende glauben, daß es mir darum zu thun gewesen sei, für mein eigenes Portrait eine Folie zu erhalten, mir selbst ein testimonium morum zu schreiben? Einem solchen ungünstigen Urtheile hätte ich allerdings nichts entgegenzusetzen, als die feste Versicherung, daß ich bei der Darstellung Desjenigen, was ich im practischen Leben Erfreuliches wie Abstoßendes gefunden, an nichts weniger, als an meine eigene Persönlichkeit gedacht habe, und obgleich ich weiß, daß auch diese Versicherung mich keineswegs gegen Mißdeutung schützen wird, so möge man wenigstens einen Beweis von Offenheit darin finden, daß ich selbst auf das Bedenken aufmerksam mache,

und erwägen, auf der einen Seite, daß jeder Advocat, welcher über den Gegenstand schreibt und denselben von meinem Standpunkte auffaßt, sich der nämlichen Gefahr aussetzen wird, und auf der andern, daß es doch überhaupt wohl zunächst ein Advocat sein muß, von welchem man eine gründliche, auf Erfahrung gestützte Kenntniß der Verhältnisse seines Standes und ein Urtheil darüber erwarten darf. Ich selbst weiß mich wenigstens von Eitelkeit und Namassung jener Art frei, und bin von jeher gewohnt gewesen, da, wo meine Handlungsweise auf einer tief begründeten Ueberzeugung beruhte, das Urtheil über meine Persönlichkeit preis zu geben.

Holzwinden, im Mai 1841.

R. Steinacker.

I. Bedeutung des Standes.

Um die Bedeutung des Advocatenstandes in ihrem vollen Umfange aufzufassen, ist es nothwendig, sich zuerst auf den alltäglichsten Standpunkt der Beurtheilung zu stellen und durch eine kurze Erörterung desjenigen, was man gerade im gemeinen Leben — denn wie wichtig ist für Jeden, der irgend eine Seite unserer öffentlichen Einrichtungen beleuchten will, die Ansichten des gemeinen Lebens zu beachten und eben bei diesen seine Thätigkeit zu beginnen! — darüber zu denken und zu urtheilen pflegt, allmählig den Weg zu einem höhern und weitern Gesichtskreise zu bahnen. Und wohl ist es besonders bei einem Stande, über dessen eigentliches Wesen selbst jetzt, nach Beseitigung so vieler Vorurtheile, und selbst unter den Gebildeten, die Meinungen noch so außerordentlich verschieden sind, von der höchsten Wichtigkeit, die Untersuchung bei den einfachsten Sätzen anzufangen und keinen Fuß breit des betretenen Bodens zu verlassen, bevor man nicht überall den Grund sicher gelegt hat. So gehört auch noch jetzt die Frage, ob Advocaten überhaupt in der bürgerlichen Gesellschaft nöthig seien? zu den nicht ganz erledigten. Freilich steht die Sache jetzt wohl auf einem andern Punkte, als vor hundert Jahren, wo ganze Abhandlungen darüber geschrieben wurden *), allein im Allgemeinen wird auch zur

*) Joh. Georg. Crameri disquisitio: an advocati in rebus publicis sint tolerandi? Lipsiae 1736. Auch noch später erschien (auf Veranlassung der bekannten Prozeßreformen im Preussischen) eine besondere Flugschrift unter dem Titel: Erörterung der Frage: Ob die Abschaffung der Advocaten dem gemeinen Wesen nützlich oder schädlich sei? Berlin 1780.

Zeit noch das Richtige mehr gefühlt, als begriffen, und bei Manchem entscheidet leicht der jedesmalige Eindruck des Augenblicks. Sollte der geringe Nutzen, welchen die Advocaten in einzelnen Fällen gewähren, nicht durch die großen Nachteile, welche von der eigennützigen, überall lauernden und sich eindringenden Geschäftigkeit so vieler zur eigenen Subsistenz nur auf den Streit zwischen ihren Mitmenschen angewiesenen Individuen stets zu besorgen sind, bedeutend überwogen werden? Was Recht ist, sagt man wohl, wird der Richter auch ohne die Hülfe der Advocaten herausfinden, ja er wird leichter und sicherer dazu gelangen, wenn er bei seinem, die strengste Aufmerksamkeit fordernden Geschäfte, nicht durch Declamationen, Verdrehungen und Sophistereien solcher Rechtskünstler verwirrt gemacht wird, deren augenscheinliche Tendenz nicht dahin gerichtet sein kann, gleich ihm nur die Wahrheit zu ermitteln, sondern selbst im günstigsten Falle nur dahin, den Vortheil auf die eine Seite zu bringen, mithin, da im Streite über eine bestimmte Frage möglicher Weise nur ein Theil Recht haben kann, den richtigen Gesichtspunkt zu verrücken und die Wahrheit dem Eigennutze aufzuopfern. Wie viele Streitigkeiten würden in kurzer Zeit und auf ganz einfache Weise geschlichtet sein, wenn der Richter nur die Parteien allein vor sich gehabt hätte, während durch die Zuziehung von Advocaten jahrelanger Hader genähert ist, ellenhohe Actenstöße gebildet und am Ende beide Parteien an den Bettelstab gebracht sind!

Alles das würde durchaus richtig und beherzigungswerth sein, wenn nur die Welt aus moralisch und intellectuell vollkommenen Wesen bestände, in welchem Falle wir denn freilich nicht nur die Advocaten, sondern auch die Gesetze, die Richter, die Fürsten und überhaupt alle Staatseinrichtungen entbehren könnten. Auch muß zugegeben werden, daß bei der jetzigen Einrichtung des deutschen Advocatenwesens in vielen Fällen durch die Rechtsbeistände mehr geschadet, als genügt wird, ja es wird Niemand behaupten wollen, daß selbst bei der besten Einrichtung alle möglichen

Schädlichkeiten vollständig verhütet werden könnten, so wie ja überhaupt keine Richtung der menschlichen Thätigkeit gedacht werden kann, welche nicht dem Mißbrauche ausgesetzt wäre und welche der Erfahrung gemäß niemals zum Mißbrauche geführt hätte. Allein theils wäre es durchaus unrichtig und nur das Ergebniß einer höchst spießbürgerlichen Auffassung der Sache, wenn man behaupten wollte, daß auch bei der jetzigen Einrichtung der Nutzen des Advocatenstandes im Allgemeinen von dessen Nachtheilen abzuwenden werde, und theils würde, selbst wenn dieß der Fall sein sollte, doch die Schlußfolge, daß deshalb der Advocatenstand gänzlich abgeschafft werden müsse, offenbar falsch sein, so lange man nicht zugleich bewiesen hätte, daß es unmöglich sei, durch Reformen jene anerkannten Vortheile zu sichern und die Nachtheile wenigstens bis zu einem bedeutenden Grade zu beseitigen. In wiefern das Letzte der Fall sei, kann erst später erörtert werden; dagegen findet die weitere Ausführung des Sages, daß die Advocaten nach dem Zwecke ihres Standes, also auch bei der jetzigen mangelhaften Organisation desselben, keineswegs für entbehrlich gehalten werden können, vielmehr zu den nothwendigsten Bestandtheilen unserer politischen und bürgerlichen Einrichtungen gehören, hier ihre Stelle. Wir müssen bei diesem Gegenstande etwas ausführlich verweilen, weil darauf eigentlich alles später Folgende beruht, und weil aus der Beantwortung der Frage, worin die Bedeutung des Advocatenstandes, besonders in constitutionellen Staaten, besteht, schon zum großen Theile die Mittel sich ergeben, durch welche der Advocat selbst auf würdige Weise sich Bedeutung verschaffen kann.

Jedes menschliche Urtheil setzt Prüfung voraus; die Wahrheit wird nie oder doch nur selten, so zu sagen, auf den ersten Griff gefunden. Schon in den gewöhnlichsten Erscheinungen des Lebens bestätigt sich diese menschliche Unvollkommenheit; noch bestimmter aber tritt sie da hervor, wo durch getheiltes Interesse und abweichende Darstellung die Wahr-

heit noch absichtlich oder unabsichtlich verdunkelt wird. Nur aus dem Streite geht das Richtige, wenn es zweifelhaft geworden ist, siegreich hervor, und wo einmal eine Meinungsverschiedenheit sich gezeigt hat, da ist es, um zur Wahrheit zu gelangen, nothwendig, auf den der Entscheidung vorhergehenden Streit — als die unentbehrliche Verhandlung der Gründe und Gegenstände — die größte Aufmerksamkeit zu verwenden, ihm ein hinlänglich geräumiges Terrain zu gewähren, ihm tüchtige Waffen zu reichen und beide streitenden Elemente zur vollsten und freiesten Entwicklung ihrer Kräfte in den Stand zu setzen. Wenn auf dem Felde der Gelehrsamkeit ein Zwiespalt entsteht über ein philosophisches oder religiöses Dogma, über eine geschichtliche Thatsache, über eine philologische Ungewißheit, so wäre es offenbar Bekehrtheit, behaupten zu wollen, daß die Wahrheit am sichersten gefunden würde, indem man nach Möglichkeit die tüchtigsten und gewandtesten Kämpfer vom Streite zurückhielte — obgleich auch in dieser Sphäre wohl selten ein Streit ohne den Wunsch, Recht zu behalten, demnach ohne allen Eigennuz, geführt werden mag — und das gelehrte und ungelehrte Publikum über die nach hingestellte Controverse urtheilen ließe. Es fällt auch keinem vernünftigen Menschen ein, so etwas nur zu wünschen, man findet es vielmehr ganz in der Ordnung und für die Sache der Aufklärung unumgänglich nothwendig, daß für die Auffindung und Verfechtung von Gründen und Gegenständen die fähigsten Talente ungehindert in die Schranken treten und mit Aufbietung aller geistigen Kräfte entweder den Gegner zum Weichen bringen, oder doch den Kampf so weit führen, daß die Sache in ihren kleinsten Einzelheiten klar erörtert vorliegt und wenigstens eine leidenschaftlosere Nachwelt im Stande sein wird, das Urtheil leicht und sicher zu finden.

Diese allgemeinen Sätze erscheinen vielleicht Manchem etwas trivial; wir wollen aber ihre Anwendung auf Rechtsstreitigkeiten und deren eigenthümliche Beschaffenheit machen,

und vielleicht besteht am Ende unser größter Triumph darin, wenn hinterher sich zeigen sollte, daß die gewöhnlichen Zweifel an der Nothwendigkeit eines Advocatenstandes in civilisirten Staaten eben nur in dem Verkennen trivialer Wahrheiten ihren Grund haben. Das positive Recht ist freilich die äußerlich feststehende Norm für menschliche Handlungen, und da jeder Mensch im Staate gewissermaßen jedem Rechtsfrage unterworfen ist, so muß auch eine gewisse allgemein verbreitete Rechtskenntniß im Staate gefordert oder wenigstens als vorhanden vorausgesetzt werden. So lange nun die Bildung der Völker noch auf den untern Stufen steht, Einfachheit der politischen und bürgerlichen Einrichtungen, der Sitten und Verhältnisse also auch nur wenige Grundsätze für die äußeren Verührungen im socialen Leben nöthig machen, so lange wird jene Voraussetzung sich auch so ziemlich durch die That bewähren. Allein in unsern heutigen Zeiten und Verhältnissen ist die Sache ganz anders. Bei weitem die wenigsten Menschen sind im Stande, sich von dem Umfange des Rechtsgebiets eine auch nur einigermaßen für die möglichen Fälle des Lebens ausreichende Kenntniß zu verschaffen. Gleichwohl müssen wir zugeben, daß es durchaus nothwendig ist, auch der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, um dem (wenigstens formellen) Rechte den Sieg zu sichern, eine bis zur höchsten Klarheit vorbereitete Erörterung, mithin einen, wenn auch durch bestimmte Regeln und Schranken gebundenen, doch innerhalb derselben völlig freien und jedenfalls genügenden Kampf, vorhergehen zu lassen *).

*) Es kann dieser Ansicht nicht die Thatsache entgegengelegt werden, daß ja so manche Rechtsstreitigkeiten auf eine beide Theile befriedigende Weise ohne weitläufige Erörterung durch Vergleich oder durch rechtsunkundige Schiedsrichter abgemacht werden. Denn in solchen Fällen verzichten die Parteien auf das strenge Recht und begnügen sich mit einem auf Annäherung und Billigkeit beruhenden Aequivalente, und so höchst wünschenswerth es auch ist, daß dieser Weg in recht vielen Fällen eingeschlagen werde, so

tenden Theile ohne eigene ausreichende Rechtskenntniß oder, wo diese fehlt, ohne Rechtshülfe auf, so gleicht der Streit, wenn die Fragen nur einigermaßen von dem Bekanntesten fern liegen, einer unnützen Rauferei oder höchstens einem Rappiergefechte; ja es ist sogar, wenn zufällig einer der Streitenden ein Rechtskundiger sein sollte, ein Mißverhältniß zu befürchten, wie dasjenige zwischen einem vollständig Bewaffneten und einem völlig Wehrlosen. Darum ist es, wo ernstliche Rechtsstreitigkeiten entstehen, und die Gerichte zum Spruche aufgefordert werden, durchaus nothwendig, beiden Theilen, und zwar, wenn deren eigene Kräfte nicht ausreichen, durch Gestattung fremder Hülfe, die Möglichkeit eines wirksamen Angriffs, einer zulänglichen Vertheidigung zu gewähren, um diejenige Erörterung der Sache zu erreichen, deren in solchen Fällen auch der geübte, scharfsinnige Richter bedarf, um ein nicht nur subjectiv begründetes und überlegtes, sondern auch objectiv dem bestehenden Rechte sich anschließendes Urtheil abgeben zu können; nicht einmal der auch jetzt noch so häufigen und niemals vollständig zu heilenden Unvollkommenheit zu gedenken, daß es dem Richter auch wohl an Kenntnissen, Scharfsinn und Gewandtheit fehlt und er daher einer Hinweisung auf den richtigen Weg wenigstens sehr oft bedarf. Wenn nun aber gar der Richter gewissenlos ist, so wird der Rechtssuchende noch weniger im Stande sein, die Unrechtsfertigkeiten desselben aufzudecken und den doppelten Krieg gegen seinen natürlichen Feind und den mit diesem verbündeten Richter mit Umsicht, Sachkenntniß und demjenigen Muthe, welchen nur das Bewußtsein der eigenen Kraft gewährt, zu führen und glücklich zu beendigen, wenn es ihm — wie gewöhnlich der Fall ist — an allen diesen Eigenschaften oder doch den

leuchtet es doch ein und wird durch die Erfahrung bestätigt, daß dadurch die gerichtlichen Entscheidungen nicht entbehrlich werden, daß diese vielmehr, als die ultima ratio, stets die höchste Wichtigkeit behalten.

wichtigsten derselben fehlt, und er dabei fremder Hülfe sich nicht bedienen kann. Die Möglichkeit dieser Rechtshülfe setzt aber eine (auch für die Auswahl genügende) Anzahl von rechtskundigen, geschäftserfahrenen und unabhängigen, d. h. vor allen Dingen durch keine Amtspflicht an irgend ein Interesse geknüpften Männern, welche die Rechtsvertheidigung zum Berufe machen, als nothwendig voraus, und darin beruht zunächst und wesentlich die Unentbehrlichkeit des Advocatenstandes. Denn unsere socialen Einrichtungen sind nun einmal von der Art, daß eine specielle und bleibende Richtung menschlicher Wirksamkeit regelmäßig nicht anders gedacht werden kann, als unter fortwährender Beziehung auf die Erwerbsthätigkeit, und daß daher auch jedes Lebensgeschäft zu einer Abtheilung in der Gesellschaft, zu einem Stande Veranlassung gibt.

Allein so einflußreich und entbehrlich auch von diesem Gesichtspunkte aus der Advocatenstand erscheint, so finden wir hier seine höchste und würdigste Bedeutung doch noch nicht; wir müssen, um diese aufzufassen, uns auf einen noch etwas höheren Standpunkt erheben. Das Recht, dieser die allseitigen Entwicklungen und Gestaltungen der Gesellschaft umfassende und in ihre tiefsten Fugen dringende Regulator aller menschlichen Handlungen und Einrichtungen, ist bei rohen Völkern der Inbegriff weniger einfacher Grundsätze, welche Jedermann kennt, und aus welchen der praktische Verstand sehr leicht die Normen für einzelne concrete Fälle ableitet. Je mehr jedoch die Cultur steigt, je mehr die bürgerlichen Verhältnisse sich theilen und verwickeln, je mannigfaltiger die Berührungspunkte wie die Interessen werden, desto gegliederter muß auch das Rechtssystem sich ausbilden, um den neuen Gestaltungen sich anzupassen. Einem künstlichen Organismus entspricht nur ein eben so gegliedertes Fundamentalgeseß seiner Bewegung, und was in der Kindheit der Völker nur das kunstlose Product eines einfachen, kaum gefühlten Bedürfnisses war, das bildet sich allmählig zur wirklichen Wissenschaft aus. In dem Maße aber, als das

Recht künstlicher, wissenschaftlicher wird, zieht es sich in seiner systematischen Vollständigkeit aus dem gemeinen Leben zurück, und wird, wie alle höhere Bildung, größtentheils der Vorbehalt einzelner Eingeweihten. Schon bei den Römern, welche doch ein durchaus nationales Recht hatten, war dieß der Fall; noch mehr mußte die Erscheinung in Deutschland hervortreten, wo die Ausbildung des einheimischen Rechtes nie einen gemeinschaftlichen Mittelpunkt *) gehabt hat, wo dasselbe noch dazu durch verschiedene ausländische Rechtssysteme bis auf einen geringen Rest verdrängt ist, wo durch den fortwährenden Conflict der mannigfaltigsten, größtentheils in einer fremden Sprache geschriebenen Rechtsquellen alle Einheit, aller harmonische Zusammenhang aufgehoben ist, und die nur nothdürftige Bekanntschaft mit allen Theilen dieses bunten Conglomerats für die große Mehrzahl der nicht ausgezeichnet begünstigten Talente ein fortgesetztes und ausschließliches Studium voraussetzt.

Die positive Begründung, die Handhabung und Fortbildung dieses in seiner fast maßlosen Ausdehnung die wichtigsten Beziehungen des politischen, bürgerlichen und gesellschaftlichen Lebens umfassenden, und je nach dem Maße des innern Werths oder Unwerths Heil bringenden oder auch zerstörend wirkenden Rechts ist nun vorzugsweise der Staatsgewalt übertragen, und von dem Gebrauche, welchen sie von dieser unendlich wichtigen Befugniß macht, hängt regelmäßig das Wohl und Wehe, das Gedeihen und der Untergang der Völker und Staaten ab. Die Verfassung des constitutionellen Staates ist nun freilich ihrem ganzen eigenthümlichen Wesen, wenigstens ihrer Idee nach, darauf berechnet und sorgt durch das Repräsentativsystem in seinen verschiedenen Gliederungen (theils nämlich bei der Landesrepräsentation, theils bei der Gemeindeverwaltung), durch

*) Dafür wenigstens konnte auch in dieser Beziehung bei uns so wenig die apothekische Reichsgesetzgebung als die Wirksamkeit der Reichsgerichte gelten.

Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung, durch dessen mittelbare Einwirkung auf die Verwaltung vermöge der Steuerbewilligung, durch das Recht der Ministeranfrage und andere Garantien nach Möglichkeit dafür, daß ein Mißbrauch der obersten Staatsgewalt zum Nachtheile des Rechts vermieden werde; allein ein einziger Blick auf die Dinge, wie sie wirklich sind, zumal auf den gegenwärtigen Stand des deutschen Verfassungswesens, zeigt zur Genüge, daß jene Bürgschaften allein bei weitem nicht ausreichend sein würden, die durchaus nöthige Sicherheit unter allen Umständen zu gewähren *). In den deutschen Verfassungen ist zumal durch Bundesrecht die ursprüngliche Freiheit der Stände in der Steuerbewilligung in so enge Schranken gedrängt, daß von einer entscheidenden Einwirkung derselben auf das Verfahren der Regierung bei Anwendung der Gesetze auf die innere Verwaltung durch den von dieser Freiheit zu machenden Gebrauch wohl nirgend mehr die Rede sein kann, die Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung ist nicht selten bis auf ein formelles Rathgeben oder habituelles Votiren herabgesunken, fast durchgängig aber theils durch die Schmälerung des Steuerbewilligungsrechts, theils durch die Zusammensetzung der repräsentirenden Cor-

*) Man wird diese Bemerkung nicht so mißdeuten, als ob damit gesagt werden solle, daß bei der mangelhaften Ausbildung der constitutionellen Garantien nun ein fortwährender Mißbrauch der Staatsgewalt von Seiten der deutschen Regierungen sich zeige. Eben das Gegentheil soll behauptet werden, aber grade daraus folgt dann weiter, daß es für den Rechtszustand noch andere, als die gewöhnlichen constitutionellen Garantien, geben müsse; eine Behauptung, welche sich um so leichter wird rechtfertigen lassen, als man bekanntlich in einem großen nicht constitutionellen deutschen Staate (Preußen) den Grundsatz aufstellt, daß für den obersten Rechtsschutz constitutionelle Staatseinrichtungen gar nicht erforderlich seien, weil man andere Garantien habe. Uebrigens würde wenigstens den Verf. keine Schuld treffen, wenn etwa Ereignisse der neuesten Zeit diesen schon früher gesprochenen Worten eine Bedeutung geben sollten, welche dabei keineswegs beabsichtigt ist.

porationen ihrer eigenthümlichen Wirksamkeit beraubt, und das Recht der ministeriellen Anklage in den meisten Verfassungen so verclausulirt, daß es schwer wird, sich die Verfassungen auch nur zu denken, unter denen eine Verurtheilung zu erwarten wäre. Vor allem aber ist zu erwägen, daß die besten Früchte freier Verfassungen so lange verkümmern, als nicht der Geist einer durchaus unbeschränkten Oeffentlichkeit, und besonders der dieselbe allein genügend vermittelnden und verbürgenden Pressfreiheit über ihnen wacht. Statt dieses, selbst den Despotismus mildernden Kleinods, haben wir noch immer Censur und daneben eine nicht selten ins Kleinliche gehende Ueberwachung der Gedanken; wir haben nur einen Theil der Form, aber wir entbehren noch der wahren Lebenslust, in welcher die Form sich entwickeln und ausbilden, in welcher der inwohnende Organismus gedeihen und mit gesunder Kraft sich der Form anschmiegen kann.

Wer könnte mit voller, aufrichtiger Ueberzeugung behaupten, daß in dieser Lage der Verhältnisse diejenige Sicherheit für eine wahrhafte und nie gestörte Herrschaft des Rechts liege, deren Erreichung die wichtigste Aufgabe des constitutionellen Staates ist? Mögen die Gegner des Liberalismus zur Beruhigung auf den guten Willen verweisen, welcher mit einer (nach ihrem Systeme gedichteten) absoluten Nothwendigkeit bei allen Regierungen fortwährend vorausgesetzt werden müsse; die Geschichte rechtfertigt eine solche Fiction keineswegs, und das wenigstens wird man nicht behaupten wollen, daß wenn man den guten Willen der Regierungen quoad même einmal aus der Berechnung wegläßt, selbst dann noch für die Erhaltung des Rechtszustandes diejenigen Schuzmittel ausreichen, welche die deutschen constitutionellen Staaten jetzt durch ihre Verfassung haben.

Allein selbst bei der vollkommensten Einrichtung, selbst bei der freiesten Befriedigung aller wahren constitutionellen Bedürfnisse, würde dennoch die Verfassung mit ihren organischen Umgebungen und den verschiedenartigen Formen ihrer

Wirksamkeit nicht im Stande sein, den Rechtsschutz nach allen Seiten hin zu gewähren. Was seiner Natur nach für das Ganze bestimmt und eingerichtet ist, das kann eben deswegen auch nur nach allgemeinen Rücksichten angewandt, nur durch allgemeine Zwecke in seiner Wirksamkeit bestimmt werden, und die beste und wahrste Volksvertretung in einem freien Staate wird da, wo es auf Rechtsfragen ankommt, sich der Regel nach nur mit allgemeinen Grundsätzen, verhältnißmäßig sehr selten aber auch mit einzelnen Thatfachen, beschäftigen können. Es liegt aber der Gesellschaft nicht nur daran, daß gute Gesetze gegeben, zweckmäßige Einrichtungen getroffen werden, auch die Anwendung soll eine gute sein, jedem das in vollem Maße zu Theil werden, was das Gesetz verheißt. Um das volle Gewicht dieser nothwendigen Berücksichtigung aufzufassen, muß man erwägen, daß diejenigen Rechtsfragen, welche Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen und Entscheidungen werden, vielleicht der Zahl wie der Bedeutung nach bei weitem nicht einmal die meisten Fälle umfassen, in welchen das Recht von der Staatsgewalt gehandhabt und angewandt wird, daß vielmehr jede Handlung der Regierungsbehörden auf irgend eine Weise unter den Normen gesetzlicher Bestimmungen steht, daß endlich die ganze Stellung, welche die Regierungs-Hierarchie den Staatsbürgern gegenüber einnimmt, das Product von ausdrücklichen Gesetzen oder von Rechtsansichten ist, welche der Gebrauch festgestellt hat. Und hier ist die Gefahr eines Mißbrauchs doppelt groß, weil die Ungerechtigkeit tausend Schlupfwinkel findet, in welchen sie sich verstecken kann, weil alle Behörden in den Augen der großen Mehrzahl des Volkes, zumal der Unkundigen, die Vermuthung eines legalen Verfahrens für sich haben, weil jedes Aufsehen, welches sonst in einem nicht verdorbenen Volke eine begangene Ungerechtigkeit hervorzurufen pflegt, in eben dem Maße vermindert, wohl gar gänzlich unterdrückt wird, in welchem der Gegenstand geringfügig, der dadurch Betroffene auch wohl in der Gesellschaft wenig bedeutend, demnach auch der Be-

rücksichtigung nicht sonderlich werth erschien. Wie manche Irrlehre würde nicht in die Gesetzgebung übergegangen, wie manche Rechtsansicht nie zu der unverdienten Achtung gekommen sein, deren sie sich jetzt erfreut, wenn der Samen dazu nicht in einer zahllosen Menge einzelner, im Augenblicke des Entstehens wohl kaum bemerkter, und der Beachtung gar nicht werth gehaltener Fälle gelegt wäre! Möge man doch beherzigen, daß diejenigen Veränderungen in der allgemeinen Rechtsansicht und in dem positiven Standpunkte des Rechts gerade die wichtigsten sind, welche am wenigsten in die Augen fallen, und daß dem Volke durch allmälige Gewöhnung an gewisse Vorstellungen eben sowohl Gift, als heilende und stärkende Arznei beigebracht werden kann! Ueberhaupt ist die in einem Volke herrschende Rechtsansicht bei weitem wichtiger, als das positive Recht selbst; denn aus ihr geht das letzte als Product hervor, durch sie wird es auch practisch erhalten, geschützt und verbürgt.

Denken wir uns nun — um durch Gegensätze auf die eigentliche Bedeutung der Sache zu kommen — einen Staat, in welchem die gesammte Rechtswissenschaft, alle Rechtsgewandtheit, alle Geschäftskunde lediglich in den Händen der Regierungshierarchie wäre, so leuchtet ein, daß alsdann von einem eigentlichen Rechtsschutze außer dem bloßen Namen so viel wie Nichts übrig geblieben, daß die Gesammtheit der im Privatstande lebenden Staatsbürger, also die ganze große Masse des Volkes, fast ganz allein dem guten Willen oder der Willkühr der nur noch mit dem Scheine des Rechts herrschenden Gewalt Preis gegeben würde. Und nicht etwa bloß die Frage, ob im einzelnen Falle Recht oder Unrecht geschehen solle, wäre vom dem zufälligen Character der Behörden abhängig, sondern auch die ganze Leitung der im Volke herrschenden Rechtsansicht, die rechtliche Erziehung des Volkes wäre der Regierung anheim gegeben. Vergeblich würde man auch gegen solche Vespergniß sich darauf berufen, daß doch die Gerichte in allen gebildeten Staa-

ten unabhängig seien; auch ihre Unabhängigkeit ist — anderer, der unbefangenen Betrachtung und Erfahrung gegenüber wohl schwerlich zu bestreitender Zweifelsgründe nicht zu gedenken — wesentlich durch den Schutz bedingt, welchen sie in der öffentlichen Meinung findet, und würde einem durchaus rechtsunkundigen Volke gegenüber sehr bald zu einem leeren Schalle werden. Keine öffentliche Einrichtung, kein System, kein Princip — also auch nicht das der richterlichen Selbstständigkeit — wird sich auf die Dauer halten, wenn der ganze Schutz desselben im Falle eines gewaltsamen Angriffes lediglich auf die Characterfestigkeit einiger weniger Individuen beschränkt ist; ein Erfahrungssatz, auf welchem überhaupt vorzugsweise die Zweckmäßigkeit (also die politische Seite) des constitutionellen Systems beruht und aus welchem die Nothwendigkeit staatsrechtlicher Garantien unmittelbar hervorgeht. Und — auch die Richter sind Diener des Staates, sie sind von der Regierungsgewalt abhängig, sie verlangen außer der sogenannten Unabhängigkeit ihres Standes auch Belohnung, welche ihnen nur die bei dem Ausfalle des Richterspruches und der praktischen Fortbildung des Rechts oft so bedeutend interessirte Regierung gewähren soll, welche sie sogar nur von dieser annehmen dürfen; würde beim Richter, der doch immer nur ein Mensch bleibt, die Neigung, sich gefällig zu machen und die Ueberzeugung, wenn auch nicht gradehin dem eigenen Vortheile zum Opfer zu bringen, doch wenigstens unter Umständen nach Möglichkeit zu accommodiren, etwas so Unerhörtes, Unmögliches sein? Oder sind die Fälle in der That so gar selten, wo man, zumal bei den Untergerichten, statt einer strengen, unparteiischen Rechtspflege wahre Justizdespotie findet, wo der Richter in dem Gebiete, welches er mit seiner Amtsgewalt beherrscht, und in welchem er nach der Natur der ihm überwiesenen Geschäfte oft ziemlich der einzige Rechtskundige ist, seinen Willen über das Gesetz stellt? Ja, kann man in Deutschland selbst von allen Obergerichten rühmen, daß sie in ihren Urtheilen den Ansprüchen der Gewalt nie den

Vorzug vor der wahren Gerechtigkeit gegeben, daß sie nie dem Gesetze Zwang angethan, nie dessen eigenthümlichen Geist verkannt, nie den Sophismen den Hofpublicisten nachgegeben haben, wenn das gerade, ehrliche Recht mißfällig war? — Allein es muß endlich auch darauf hingewiesen werden, daß diejenigen Fälle, welche zur Entscheidung vor den Gerichten sich eignen, ja bei weitem nicht das ganze große Gebiet der Rechtswissenschaft erschöpfen, daß vielmehr ein noch ungleich größerer und in mancher Beziehung wichtigerer Theil, nämlich das gesammte öffentliche Recht, hauptsächlich *) außerhalb der Sphäre solcher Verührungen und Conflictes liegt. Welche heillose Folgen würde es aber herbeiführen, wenn die gründliche Kenntniß, die wissenschaftliche Behandlung des öffentlichen Rechts lediglich in den Händen der Regierungen und ihrer Diener läge! Welche Früchte würde dann selbst die beste Verfassung, die freieste Volksovertretung tragen, wenn es außer den Staatsdienern Niemand im Volke gäbe, welcher in der Rechtstechnik sich leicht und sicher bewegen könnte! Wahrlich, dann wäre die Freiheit zu Grabe getragen, um dem hohlen, vollstößenden Mechanismus eines indischen oder ägyptischen Kastensystems Platz zu machen.

Indem wir nun hiemit näher auf unsern Gegenstand hingeleitete haben, müssen wir auf der andern Seite auch wieder der Folgerung vorbeugen, zu welcher das bisher Gesagte zu führen scheinen könnte, nämlich, daß es nur die Advocaten seien, welche für eine vollstündliche Bildung der Rechtsbegriffe und für eine ihrem Grundprincip getreue An-

*) Auch das Staatsrecht kann Gegenstand eines gerichtlichen Rechtsstreites werden, allein im Ganzen und im Vergleiche mit dem, was die Regel bildet, sind doch Fälle der Art selten, und die wichtigste Beziehung des öffentlichen Rechts ist ohne alle Frage die außergerichtliche. Von denjenigen Theilen des öffentlichen Rechts, welche unmittelbar und recht eigentlich zur gerichtlichen Praxis gehören, wie vom Prozeß und Strafrechte, ist natürlich hier nicht die Rede.

wendung derselben in den verschiedenen Kreisen des öffentlichen Lebens die nöthige Garantie gewähren. Es leben bei dem jetzigen Stande unserer Culturverhältnisse fortwährend in jedem Staate wissenschaftlich gebildete Männer, welche, auch ohne Regierungsbeamte oder Advocaten zu sein, durch Neigung veranlaßt und durch äußere Umstände in den Stand gesetzt werden, sich mit dem Rechte vertraut zu machen, und selbst unter den Staatsdienern würde es dem raffiniertesten Despotismus nie gelingen, alle Selbstständigkeit, alles angebörne Rechts- und Freiheitsgefühl völlig zu vertilgen. Endlich bleibt ein gewisser Rechtsinn, freilich wegen mangelnder höherer Bildung nur in sehr beschränktem Maße und vor allen Dingen der freien, sichern Bewegung ermangelnd, immer in der Masse des Volkes herrschend. Auch ohne Advocaten würde es daher nie gelingen, das Recht in seiner äußern, formalen Erscheinung ganz und gar zum blinden Werkzeuge der Gewalt zu machen, so wie wir ja überhaupt uns nie mit dem trostlosen Gedanken befreundeten mögen, daß es möglich sei, eine erhabene, große Idee — wie die Idee des Rechts — durch Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung jemals ganz und gar zu vernichten. So viel aber darf man zuversichtlich behaupten, daß eine kräftige, gelenkige und bis zu einem gewissen Grade unzerstörbare Schutz- waffe gegen eine von der angedeuteten Seite hereindringende Rechtsverderbnis nur im Advocatenstande gesucht werden kann. Er allein gibt Veranlassung, eine verhältnismäßig bedeutende Anzahl wissenschaftlich gebildeter Juristen unabhängig zu beschäftigen, der Advocat gehört nicht der Regierung *), sondern dem Volke an, er selbst ist nur Bürger, wie seine Mitbürger, aber er steht ihnen zur Seite

*) Freilich nicht ohne Ausnahme. Es gibt auch Advocaten, welche in den Dienst der Regierungen übertreten, um deren Angelegenheiten vor den Gerichten zu verteidigen; allein diese gehen damit auch ihre eigenthümliche Stellung auf, und würden eher den Namen von Spudisten, als von Advocaten verdienen.

als natürlicher, ebenbürtiger Rathgeber, er führt sie an, wenn es zum gesetzlichen Kampfe geht, eigenes Interesse und Gewöhnung halten ihn wachsam auf den ganzen Rechtszustand und die in demselben vorgehenden oder vorbereiteten Veränderungen, sein Beruf ist: Rechtswidrigkeiten zu rügen und zu bekämpfen, den Angegriffenen zu vertheidigen; er ist der Vermittler, der Dolmetscher zwischen dem Volke und der Wissenschaft. Er steht in keiner positiven Verpflichtung zu irgend einem angenommenen Systeme, der eigene Vortheil rath ihm, sich nirgend auf die Dauer zu binden, und fortgesetzte Uebung verschafft ihm die Fertigkeit, sowohl den Angriff auf ein System, eine Lehre, einen Grundsatz, eine Behauptung geschickt zu beginnen und zu leiten, als ein angegriffenes Princip energisch zu vertheidigen. Mag auch dabei — zumal unter den jetzigen, eine günstige Entwicklung der advocatorischen Thätigkeit so außerordentlich hemmenden Verhältnissen — sehr oft leichtfertige Declamation für gründliches Wissen, Frechheit für Muth, Grobheit für Energie ausgegeben werden, mögen auch leider recht oft Eigennutz und Servilismus die sittliche Erscheinung des „Rechtsfreundes“ zum widerlichen, abschreckenden Zerbilde entstellen, mag man endlich in vielen Fällen selbst zugeben müssen, daß die Geringschätzung oder Verachtung, welche nur zu oft auf dem Advocatenstande lastet, auch durch eigene Entwürdigung verdient werde: immer wird sich in ihm eine gewisse Selbstständigkeit der Rechtsansicht behaupten und erhalten, selbst in trüben Verhältnissen wird er eine Zufluchtsstätte für die erhabensten Freiheitsideen bleiben und einen Keim des Bessern in sich bewahren, welcher in günstigeren Zeiten und unter einer freundlicheren Sonne zur schönsten Blüthe sich entwickeln muß.

Erst von diesem Standpunkte können wir den Advocatenstand in seiner erhabensten Bedeutung auffassen. Wir erblicken in ihm den Wächter der ewigen Gerechtigkeit, wir werden ihn den kräftigsten Garantien des Rechtszustandes beizählen müssen. Wichtig im höchsten Grade ist

für jedes Volk die Freiheit und Unabhängigkeit des Richterspruchs, aber noch viel wichtiger ist ihm die unabhängige, kräftige Rechtsvertheidigung, durch welche allein die Selbstständigkeit der richterlichen Gewalt verbürgt wird, welche durch Verbreitung und Kräftigung des Rechtsfinns im Volke selbst der gesammten Justizverfassung eine sichere Grundlage bereitet und welche ihr natürliches Organ, ihre Schutzwehr nur in einem wohlgeordneten Advocatenstande findet. Si le juge sur son tribunal, sagt Carré *), me paraît revêtu de la majesté royale, distribuant la justice au peuple, l'avocat dans ses fonctions me semble à son tour le député de ce peuple entier, réclamant cette justice pour un de ses membres. Qu'est ce que le juge? La voix du souverain. Qu'est ce que l'avocat? la voix de la nation. — Was aber der Advocat bei der Verhandlung der wichtigsten Rechtshändel leistet oder leisten kann, mag wichtig, des größten Dankes werth im einzelnen Falle sein; die Lösung seiner höchsten Aufgabe, das volle Gewicht seiner Bedeutung im Staate finden wir darin noch nicht. Er ist — oder soll sein — der wahre Rechtsfreund seines Volkes in allen Verhältnissen, er soll das Bürgerthum **) dem er selbst angehört, gegen jeden Angriff verteidigen, woher solcher auch komme, und die Idee der Freiheit bei Allen dadurch bewahren und le-

*) Carré, les lois de l'organisation et de la compétence. Par. 1826. T. 1. p. 391.

**) Es wird kaum der Andeutung bedürfen, daß das Wort „Bürgerthum“ hier in demselben Sinne genommen ist, in welchem es die Gesamtheit der Staatsangehörigen der Staatsgewalt gegenüber begreift, und nicht etwa als Gegensatz des Adels. Wo der Adel seine privilegierte Stellung in Anspruch nimmt, geht er in dem politischen Begriffe des Staatsbürgerthums auf, und nur da, wo er besondere Standesinteressen auf Kosten des Gemeinwohls verfolgt — ein Fall, der freilich leider noch häufig genug ist — soll auch der Advocat, als der Rechtsfreund des Volkes, zwischen ihm und dem Bürgerthume einen Unterschied machen.

bendig erhalten, daß er selbst die Freiheit seines Standes benutzt. Das kann wenigstens der Advocatenstand leisten, und wie hindernd auch widrige Verhältnisse einwirken mögen, er ist, wenn er nur will, im Stande, sich selbst diese Bedeutung zu verschaffen, wenngleich seine Wirksamkeit eben der Umstände wegen oft noch weit hinter dem Ziele zurückbleiben mag. Wäre dem nicht so, beruhte diese Ansicht von der Bedeutung des Advocatenstandes auf Irrthum oder Uebertreibung, wir würden gewiß nicht so oft von den Feinden desselben — denen die Feinde der Freiheit ziemlich ohne Ausnahme angehören — die gerade in neuerer Zeit vielfach erhobene Beschuldigung hören, daß überall die Revolutionen durch Advocaten angezettelt seien. Ja freilich, wenn man es beseht, daß hier und da im Volke noch eine kräftige, selbstständige Rechtsansicht sich erhalten hat, so wie, daß diese Rechtsansicht allerdings nicht selten dem bestehenden und nur durch die Gewalt festgehaltenen Unrecht auf eine unbequeme Weise in den Weg getreten ist, und wenn im allgemeinen Erkennen des Unrechts als solchen nach allen Erfahrungen der Geschichte der sichere Tod desselben liegt, so ist man auch vollkommen berechtigt, deshalb den Advocaten zu zürnen, welche man nun leider einmal so wenig von aller Einsicht ausschließen, als an ein bestimmtes System bannen oder gar in Masse zum Schweigen bringen kann, und es ist politisch klug, ihnen die Schuld solcher Erscheinungen aufzubürden, welche am Ende nur die naturgemäße Folge der dem Unrecht gewährten Begünstigung sind, sofern man nämlich die Absicht hat, demjenigen, was man nicht gern sieht, in den Augen der großen Menge einen gehässigen Anstrich zu geben.

Freilich fehlt es auch unter denjenigen, welche dem Advocatenstande im Ganzen wohlwollen, nicht an Solchen, die seine Thätigkeit allein auf das Feld der gerichtlichen Praxis beschränken wollen. Dahin gehört Ramdohr *), welcher

*) Friedr. Wilh. Vösl. v. Ramdohr über die Organisation des

dem Advocatenstande wohl eine ehrenvolle Stellung geben will, aber doch für bedenklich hält, daß Advocaten sich in Verfassungsangelegenheiten mischen, dahin gerichtete Bitten und Wünsche der Staatsgenossen dem Fürsten vortragen, und überhaupt Petitionen und Anträge des Volks oder einzelner Abtheilungen desselben in gemeinschaftlichen Aufsätzen verfassen und befördern dürfen. Er will, daß der Advocat immer nur der Vertheidiger des einzelnen Bürgers oder der einzelnen moralischen Personen in ihren privatrechtlichen Angelegenheiten sei, und daß Alles, was die Gesetzgebung im Allgemeinen und besonders die Verfassung betrifft, dem Fürsten, den Landständen und überhaupt den zu solchen Anträgen speciell berufenen und berechtigten Corporationen überlassen bleibe. Darum soll er nicht um „Abänderung langbestandener Einrichtungen“ nachsuchen, nicht die Annahme gewisser Grundsätze bei der Verwaltung des Staates in Vorschlag bringen, und überhaupt vom eigentlichen öffentlichen Leben, sofern er nicht besonders dazu berufen ist, sich ganz und gar fern halten. Der Grund einer solchen Beschränkung wird aber nicht etwa aus einer Eigenthümlichkeit des Standes der Advocaten hergenommen, sondern daraus, daß die Sorge für jene Angelegenheiten und Verhältnisse nicht als ein Gemeingut aller Staatsangehörigen betrachtet werden könne, denn Ramdohr bezweifelt es überhaupt, ob der einzelne Bürger oder auch Corporationen, welche nicht, wie die Landstände, dazu besonders autorisirt sind, den Landesfürsten um Aenderung in den Verfassungs- und Verwaltungsgrundsätzen (z. B. um Einziehung der Stifter und Klöster, um Aufhebung der Steuereremtionen u. s. w.) bitten dürfe, ohne sich eines Eingriffs in die Staatsverwaltung schuldig zu machen, welcher aller Ordnung und dem Geiste der monarchischen Verfassung

Advocatenstandes in monarchischen Staaten (auch unter dem besondern Titel: Organisation verschiedener Stände und Gewalten in monarchischen Staaten. Erster Versuch). Hannover, 1801.

zuwiderlaufe. Nicht also, weil die Advocaten ihrer Stellung nach zu solchen Geschäften unpassend seien; sondern weil dergleichen überhaupt Niemand erlaubt sei, soll ihnen die Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten des Staates untersagt werden. Der wackere Ramdohr scheint recht wohl geahnet zu haben, wohin am Ende die Emancipation des Advocatenstandes führen müsse, aber er hatte noch nicht den Muth, sich den herrschenden Vorurtheilen zuwider mit deren Folgen zu befreunden, und es ist deshalb nicht zu vergessen; daß seit dem Erscheinen seines Buchs mehr als ein Menschenalter verflossen ist. Damals galt allerdings jedes freie Urtheil des einzelnen, schlichten Bürgers über öffentliche Verhältnisse, jeder Wunsch nach Reform für anmaßende Widerspenstigkeit, für Staatsverrath, und wir dürfen es als einen tröstenden Beweis für die unaufhaltsamen Fortschritte der Freiheitsideen betrachten, daß, wie mißgünstig die freie Meinung über öffentliche Angelegenheiten auch noch jetzt in manchen Kreisen aufgenommen, wie heftig sie angefeindet, sogar unterdrückt werden mag, man doch in unsern Tagen nicht mehr wagt, das Urtheil über den Staat an sich zum Verbrechen zu stempeln, und daß die freimüthige Aeußerung von Wünschen, welche sich auf die Verhältnisse des Staates, besonders auf die Verfassung und den ganzen Rechtszustand beziehen, wohl noch häufig für unbescheiden, anmaßend, lästig und zudringlich, jedoch nicht leicht mehr für verboten oder gar für strafbar gehalten wird. Wir wissen, daß das Recht zu bitten, welches sogar der Bettler hat, dem Bürger eines constitutionellen Staates nicht vorenthalten werden kann; wir wissen, und die Geschichte lehrt es auf allen Seiten, daß nur da die öffentliche Wohlfahrt wahrhaft und dauernd gedeihen kann, wo ein reges Streben nach einem gemeinschaftlichen Ziele sich bei allen Staatsbürgern kund gibt, und durch die Staatseinrichtungen wohl vernünftig geregelt und befördert, nicht aber gewaltsam und eben so rechts- als vernunftwidrig unterdrückt wird; wir wissen endlich, daß der constitutionelle Staat, im Gegensatz zu der

mehr blendenden als richtigen Maxime: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk!“ — derjenige ist, in welchem volksthümlich regiert wird oder doch regiert werden soll, daß aber eine volksthümliche Regierung ohne lebendige Theilnahme aller Angehörigen an dem Gange derselben nicht möglich ist. Und der Advocat, der selbst Staatsbürger ist, alle Schicksale, Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen seiner Mitbürger theilt, er, dessen Beruf allgemein darin besteht, die Freiheit der Rechtsvertheidigung zu üben, zu schützen und zu bewahren, den die Organisation der Verhältnisse zum natürlichsten, unter Umständen sogar zum einzigen Rathgeber seiner Mitbürger in allen Rechtsangelegenheiten gemacht hat, er sollte seinen Beruf verkennen, seine Mitwirkung versagen, wo es sich um die Erhaltung der höchsten Staatsgüter, um die Erstrebung der wichtigsten Zwecke des Gemeinwesens handelt? Er sollte in den größten, den schwierigsten Angelegenheiten, da, wo ohne genaue Rechtskunde nichts Gutes erreicht werden kann, diesenigen rathlos ihrem eigenen Schicksale oder ihrem planlosen Treiben überlassen, denen er selbst angehört, nicht ihr Freund, ihr Führer sein, weil es darauf ankommt, mehr als einen armseligen Prozeß zu gewinnen? *) Ueberall, wo das Recht sich geltend macht, wo Unrecht irgend einer Art gerügt wird, ist der Advocat in seinem Elemente, in seinem Berufe, nach allen Seiten hin, wo seine Hülfe in Anspruch

*) Die Wahrheit dieser Ansicht hat kürzlich, nachdem jene Worte schon geschrieben waren, eine Feuerprobe bestanden, welche gleichwohl geeignet ist, auf die noch immer fortwährenden Gefahren aufmerksam zu machen. Das Verbot, Gutachten in staatsrechtlichen Fragen zu ertheilen, welches gegen den zur grundgesetzlichen Opposition gehörenden Dr. Freundentheil in Stabe von der Polizeigewalt erlassen wurde, ist eine eben so denkwürdige Thatfache in der Geschichte des hannoverschen Verfassungsstreites, als daneben, jedoch in erfreulichere Weise, die Festigkeit, mit welcher die Justizkanzlei die Freiheit der Rechtsvertheidigung auf Anlaß dieser Willkür in Schutz nahm.

genommen wird, soll er wirken und schaffen, er soll ganz und gar Bürger sein und nur Bürger, aber er soll auch alle staatsbürgerlichen Interessen, die ja eben sowohl seine eigenen sind, wie die jedes Andern, mit Aufmerksamkeit und Rechtskunde wahrnehmen. —

So muß man meiner Meinung nach den Advocatenstand auffassen, wenn man seine Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft und seine Bedeutung im Staate richtig beurtheilen will. Dann wird man in ihm nicht den nur von der Streitslust der Menschen lebenden und diese arglistig befördernden Tagelöhner, nicht den untergeordneten, anrüchtigen Handlanger der Gerechtigkeit erblicken, und dann erst die eigentliche Natur seines Berufs, so wie das Ziel, die Mängel und die wahren Bedürfnisse seines Standes und endlich die Mittel begreifen, welche allein den letzten abzuheilen im Stande sind.

II. Gegenwärtiges Verhältniß des deutschen Advocatenstandes.

Aber freilich sind wir noch weit davon entfernt, daß der deutsche Advocatenstand diejenige Stellung auch wirklich einnehme, welche ihm durch die Natur seiner Beschäftigung und durch die Organisation der staatsbürgerlichen Verhältnisse angewiesen ist. Jene wichtige, im vorigen Abschnitte entwickelte Bedeutung, wird theils von den Staatsbehörden, theils von dem Publicum, und endlich auch von den Advocaten selbst nur selten richtig begriffen. Die Staatsbehörden sind zum großen Theile gewohnt, den Advocaten als einen unberufenen Friedensstörer zu betrachten, dessen Wirksamkeit man auf die engste Gränze beschränken und dem man die unentbehrlichste Achtung in den kleinsten Gaben zumessen müsse. Der Advocatenstand wird vom Staate nicht selten

als ein Nothfall betrachtet, in welchem der Unbemittelte und der Gönnerlose, der Dumme — wenigstens wenn er zu den beiden vorigen Klassen gehört — und wohl gar der verdorbene Staatsdiener *) eine Zuflucht gegen Mangel findet; er gilt Vielen als das geist- und inhaltleere *caput mortuum*, welches nach der Recrutirung für den Staatsdienst von den sogenannten Rechtsgelehrten übrig geblieben ist. Die damit nothwendig verbundene Mißachtung wird dann noch gehoben, ja vielleicht sogar mit dem Mantel der Loyalität umkleidet durch die soviel verbreitete Behauptung, daß im Advocatenleben der Hauptkeim aller revolutionären Bewegungen stecke, und daß man für die öffentliche Ordnung, für den Frieden der Völker wirke, indem man die Bedeutung des Advocatenstandes von Seiten der Staatsgewalt nicht befördere, sondern schwäche. Was der Amtmann sagt, gilt ziemlich unbedingt als Wahrheit bei den höhern Behörden; dem Advocaten wird es der Regel nach schwer, seinen entgegenstehenden Versicherungen Glauben zu verschaffen oder auch nur eine sorgfältige, unbefangene Prüfung derselben zu veranlassen. Daß eine deutsche Regierung das Gutachten der Advocaten über irgend einen Gegenstand fordere, selbst in Dingen, wo gerade er am nächsten zum Urtheile berufen wäre (wie es bei andern Ständen, z. B. dem Kaufmannsstande, den Fabrikanten, den Gewerbetreibenden u. s. w. doch wohl der Fall ist), wird meist als Selbsterniedrigung und die wohl unberufen ausgesprochene Ansicht als Anmaßung betrachtet. Auch auf die Gesetzgebung können die Advocaten als solche sich keines besondern Einflusses rühmen,

*) In einem süddeutschen Staate sind mir vor kurzem zwei Beispiele erzählt, wo man Justizbeamte, welche wegen Malversationen abgesetzt waren, hinterher als Advocaten zugelassen hat, und zwar in den nämlichen Bezirken, in welchen sie früher als Richter fungirt hatten. — Umgekehrt aber soll und muß der Advocatenstand für diejenigen Staatsdiener, welche von höhern Rücksichten gedrängt, freiwillig ihr Amt aufgeben, fortwährend ein heiliges Asyl bleiben.

vielmehr sucht diese mit einer gewissen ängstlichen Vorsicht in den meisten Fällen gerade dasjenige zu vermeiden und zu verhüten, was von ihnen gewünscht wird.

Indeß würde trotz dem der Stand der Rechtsvertheidiger noch immer von großer Bedeutung sein, wenn ihm dabei nicht zugleich das Vertrauen des Publicums im Allgemeinen fehlte. Vertrauen muß dem Advocaten zu Theil werden, denn er soll nicht bloß der gedungene Miethling, er soll der Rechtsfreund seiner Mitbürger in jedem einzelnen Falle werden, der Bedrängte gern und ohne Widerwillen sich zu ihm wenden. Wir dürfen uns in dem Urtheile über den Grad dieses Vertrauens freilich nicht allein durch dasjenige leiten lassen, was Leidenschaft und Befangenheit nach unangenehmen Erfahrungen von den Advocaten halten. Ein ungenannter Schriftsteller *) sagt darüber: „Wer das menschliche und politische Treiben kennt, den kann es nicht befremden, wenn er sieht, daß da, wo Partei-Interessen sich gegenüber stehen, das von der einen Seite als Tugend gepriesen wird, was man von der andern verlästert. Der, für den sich Kraft und Eifer ins Mittel schlagen, preist dieselbe Handlung als herrliche Thatkraft und ernstes Streben für Recht und Wahrheit, welche der andere Theil für Ungeßüm, Leidenschaftlichkeit, Quäculiren, Annahmungen und Chicane erklärt.“ Jetzt aber lastet ein allgemein vorherrschendes Mißtrauen auf dem ganzen Stande, man sieht in ihm ein gefährliches, zersetzendes, aber leider bei der Entwicklung der socialen Verhältnisse nur nicht zu entbehrendes Element, welches man, wie die Gifstoffe in den Apotheken, für Nothfälle allerdings dulden, übrigens aber in vorsichtiger Entfernung und Absonderung von sich halten muß; man fürchtet, man achtet auch wohl die Advocaten, aber man liebt sie nicht. Während dem Staatsdiener, wenn er nur nicht zu tief in der allgemeinen Bildung steht oder von

*) Deutschlands Rechtspflege, wie sie ist und sein sollte. Altenburg, 1831. 2p. 1. S. 225.

gar zu unangenehmer Persönlichkeit ist, im Allgemeinen sehr leicht die geselligen Kreise sich öffnen und die hospitale Höflichkeit überall bereitwillig entgegen kommt, muß der Advocat in der Regel seinen Umgang suchen und nicht selten durch geistige oder materielle Opfer erkaufen. Ueberall gilt der Staatsdiener im Zweifel mehr als er, und man fordert zu einem günstigen Urtheile eine längere Prüfung bei diesem, als bei jenem. Noch immer gehört der Advocatenstand zu denjenigen durch Beschäftigung gebildeten Abtheilungen der Gesellschaft, von denen sich die höhern Stände, namentlich die Adeligen, so viel als möglich fern zu halten suchen, weil man ihn nur als einen Nothbehelf betrachtet, zu welchem der mittellose Jurist sich bequemen muß, bis Gelegenheit und Verbindungen günstig genug geworden sind, ihm eine mehr zusagende Stellung im Staatsdienste zu verschaffen, wo er freilich eine geringere Einnahme, aber einen sichern Gehalt, und daneben, was man hauptsächlich gern will, größeres Ansehen und höhere Standesehre zu erwarten hat. Wenn man auch wohl weiß, daß der Geldgewinn des Advocaten, wenn er innerhalb der gehörigen Schranken bleibt, ein völlig gesetzmäßiger ist, so ist man doch überall sehr leicht geneigt, ihn für einen unredlichen, für eine Art von legalisirter Plündernerei zu halten. Im Allgemeinen gilt der Advocat für eigennützig, streitsüchtig, lauernd und unzuverlässig. — Wer selbst Advocat ist oder gewesen ist, der wird Gelegenheit genug gehabt haben, sich von der Wahrheit dieser Bemerkungen zu überzeugen; von den Andern wird Mancher die Ansicht, daß auf dem ganzen Stande eine *levis notae macula* haften, für übertrieben halten, und vielleicht einwerfen: ich habe doch manchen redlichen, gewissenhaften und allgemein geschätzten Advocaten gekannt. Das geben wir gern zu, und es wäre heillos, wenn es anders sein sollte; aber spricht denn nicht eben jener Einwurf, dem allerdings ein reges Humanitätsgefühl, ein Widerstreben gegen blinde und ungerechte Verdammung zum Grunde liegt, spricht er nicht in seiner eigenthümlichen Form (und diese

Form ist der Regel nach charakteristisch bei dem Einwurfe) gerade die Zustimmung zu dem allgemeinen Vorwurfe aus? Enthält er nicht im Hintergrunde das unwillkürliche Geständniß, daß moralisches Verderbniß bei den Advocaten eigentl. die Regel und tadellose Redlichkeit nur die erfreuliche Ausnahme bilde? Ist es schon Jemand eingefallen, den Stand der Richter, der Geistlichen, der Gelehrten u. s. w. auf solche Weise und mit so vorsichtiger Restriction des Urtheils gegen den Vorwurf allgemeiner Corruption in Schutz zu nehmen? Nur die Juden pflegten wohl auf ähnliche Weise Gnade vor denjenigen zu finden, welche sich dem allgemeinen Verdammungsurtheile nicht anschließen wollen, ohne sich jedoch von hergebrachten Vorurtheilen ganz frei machen zu können, und nur bei ihnen, wie bei den Advocaten, beschränkt man sich wohl auf die Vertheidigung lobenswerther Ausnahmen, ohne jedoch die Regel zu bestreiten. — Und wer doch noch glauben sollte, daß die herrschende Meinung über die Advocaten eine günstigere sei, der stelle sich einmal selbst auf die Probe. Er versetze sich im Geiste in die Lage, daß ein fremder, unbekannter Mann, dessen äußere Erscheinung übrigens nichts Abstoßendes, Mißtrauen Erregendes ausdrückt, zu ihm ins Zimmer tritt. Erfährt er nun aus den ersten Aeußerungen des Unbekannten, dieser sei z. B. ein Schulmann, ein Forstmann oder dergleichen, so wird er sich leicht und natürlich derjenigen Freundlichkeit und gastlichen Höflichkeit hingeben, welche Convenienz, Sitte und Humanität gebieten; kündigt der Fremde sich aber als einen Advocaten an, so wird eine für den Augenblick unwiderstehliche Befangenheit sich seiner bemächtigen, er fühlt sich zu einer gewissen Vorsicht und Gemessenheit in seinen Aeußerungen und seinem ganzen Benehmen unwillkürlich aufgefordert, ein dunkler Instinct treibt ihn, sich in einen gewissen Defensionsstand zu versetzen, und vorläufig mehr zu erwarten, als entgegenzukommen, mehr zu sondiren, als zu trauen. Woher nun dieses ganz und gar verschiedene Benehmen selbst bei wohlwollenden, vorurtheilsfreien Männern,

woher anders, als aus der Ursache, daß der Advocat die Vermuthung der Zuverlässigkeit, der Treue, der wahren Menschenliebe gegen sich hat? Man fürchtet den Besuch als einen nicht friedlichen, man denkt an die Möglichkeit einer im Hinterhalte lauernden List, gegen die man sich wahren, eines unvermutheten Ueberfalls, gegen welchen man sich in Verfassung setzen müsse, und wie sehr auch das bessere Gefühl dagegen ankämpfen möge, eine geheime Stimme im Innern flüstert unaufhörlich: „Traue keinem Advocaten!“

Endlich ist aber auch die ganze gegenwärtige moralische und intellectuelle Erscheinung des Advocatenstandes keineswegs der Art, daß sie auf jene hohe Bedeutung in der bürgerlichen und politischen Gesellschaft Anspruch machen könnte. Leider ist es eine Wahrheit, daß die deutschen Advocaten zum großen Theile dasjenige Vertrauen nicht verdienen, dessen sie ihrem Zwecke gemäß bedürfen. Wir beschäftigen uns für jetzt noch nicht mit den Ursachen dieses Verfalls, welche vielmehr in einem spätern Abschnitte beleuchtet werden müssen; hieher gehört indeß die Darlegung der Thatfache, daß ein solcher Zustand der eigenen Erniedrigung theilweise wirklich vorhanden ist.

Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der deutschen Advocaten faßt die Aufgabe seines Berufs in derjenigen höhern Bedeutung auf, welche wir derselben oben gegeben haben. Rechtsstreitigkeiten, welche ihnen von den Parteien übertragen werden, so gut oder schlecht es gehen will, nach dem feststehenden eingeübten Schema durchzuführen, Replik, Duplik u. s. w. zur gehörigen Zeit zu übergeben, das einmal Erlernte, so wie sich dazu Gelegenheit darbietet, nach dem Compendium anzuwenden, dabei selbst den Gesetzen sich ruhig und duldsam zu fügen, für sein Hauswesen zu sorgen und sich keinen gesetzlich begründeten Vorwürfen aussetzen: das halten Manche für die ganze und einzige Aufgabe des Advocatenstandes. In ihrer wissenschaftlichen Bildung reichen sie in der Regel nicht weit über die Gränzen ihres nächsten Bedürfnisses hinaus, und man muß froh sein,

wenn man viele von ihnen in den wichtigsten Theilen ihrer Berufskenntnisse nur einigermaßen zu Hause findet. Was voraussichtlich nicht im Examen berührt wird, darum kümmert sich der Candidat nicht, und hat er die Prüfung im Rücken, so braucht er ja nicht mehr zu lernen. Von dem allerwichtigsten Theile des Rechtssystems, vom Staatsrechte, kennen die meisten nicht viel mehr als den Namen; sie zeigen auch keine Theilnahme dafür, weil sie den Nutzen nicht einsehen, und weil sie sich in der Praxis leicht an die Vorstellung gewöhnen, daß man nur zu arbeiten, zu studiren brauche, wo Lohn zu erwarten ist. Es ist unglaublich, wie groß die Unkunde der Mehrzahl der deutschen Advocaten im Systeme des constitutionellen Staatsrechts ist, wie wenig sie sich Mühe gegeben haben, nur die einfachsten Grundsätze desselben klar aufzufassen und die größten Fragen der Gegenwart zu begreifen. Damit verzichten sie — sei es aus Indifferenz oder aus Geisteschwäche — freiwillig auf den wichtigsten Einfluß, welchen sie sich und ihrem Stande verschaffen könnten, und bleiben, wie dies denn allerdings die Regel ist, in dem nutzlosen Haufen der zaghaften, gleichgültigen Spießbürgerei zurück. Die Zahl derjenigen deutschen Advocaten, welche sich mit lebhafter Theilnahme der öffentlichen Angelegenheiten des Vaterlandes annehmen, ist verhältnismäßig nur sehr gering, und man muß in der That erstaunen, wenn man dagegen die große Menge anderer wahrnimmt, welche, völlig ohne klare Vorstellung von einem wirklichen staatsrechtlichen oder politischen Systeme, bei den verhängnisvollsten Entwicklungen des öffentlichen Rechtszustandes im Vaterlande kalt und theilnahmlos bleiben; ja selbst derjenigen, welche bei übrigens tüchtiger und wohlmeinender Gesinnung und ungetrübtem Rechtsegefühl dennoch die Mühe scheuen, sich mit dem, was die große Aufgabe der Zeit ist, nicht bloß praktisch, sondern auch wissenschaftlich bekannt und vertraut zu machen. Wenn ein Laie über solche Dinge flach und ungründlich urtheilt, so mag ihm das hingehen, weil man von ihm der Regel

nach eben so wenig verlangen kann, daß er sich die nöthige wissenschaftliche Vorbildung verschaffe, als daß er über Verhältnisse, welche ja ihn selbst so unmittelbar berühren, ganz und gar schweige; wenn aber der Rechtskundige, und zumal der Advocat, sich einer solchen Oberflächlichkeit schuldig macht, so ist das unverzeihlich. Denn das Recht ist sein wissenschaftliches Gebiet, und über Gegenstände, welche innerhalb desselben liegen, soll er gar nicht, oder mit wissenschaftlicher Schärfe und Gründlichkeit urtheilen. Das Erste aber darf er nicht, ohne seinem Berufe untreu zu werden, denn wenn es irgendwo Noth thut, daß ein Theil des Rechtssystems im Volke selbst seine wissenschaftlich gebildeten Vertreter finde, so ist dies beim öffentlichen Rechte der Fall, und der Advocat soll in jeder Beziehung zur Vertheidigung des Rechts gerüstet und bereit sein, wenn er dazu aufgefordert oder durch die Umstände veranlaßt wird. Freilich reicht es bei der Weitschichtigkeit der Rechtswissenschaft über die Gränzen menschlicher Fähigkeiten hinaus, Daß Einer es in allen Theilen und Zweigen derselben bis zur Meisterschaft bringe, und eine gewisse Unvollkommenheit wird hier immer durch die Verhältnisse geboten, aber wenn der Advocat auch nicht in allen Theilen ein Meister sein kann, so darf er doch wenigstens in keinem ein Stümper sein, und am wenigsten in demjenigen, welcher am Ende die positiven Grundlagen aller übrigen enthält.

Und wie wenige gibt es unter den Advocaten, welche redlichen Willen und Kraft genug haben, nur den durch die alltäglichsten Standesbegriffe gezogenen engen Kreis von Pflichten mit gewissenhafter Treue auszufüllen! Leider muß man es bekennen, daß eine große Menge von ihnen durch den materiellsten Eigennutz, durch Heilheit der Gesinnung, durch widerliche Rabulistik, durch bereitwillige und empörende Dienstfertigkeit gegen alle ungerechte, wie gerechte Zumuthungen, durch ekelhafte Kriecherei und Speichelleckerei gegen Höherstehende, so wie durch brutale Insolenz gegen Solche, von denen nichts zu erwarten ist, ihren erhabenen

Veruf auf eine abscheuliche Weise entehren; leider ist es eine Thatsache, daß in keinem Stande der bürgerlichen Gesellschaft sich so viel niedrige, gemeine Gesinnung, so viel Gefühllosigkeit gegen die Leiden der Menschheit, so viel moralische Unzuverlässigkeit und schmutziger Egoismus findet, als in dem der Advocaten. Vieles von dem, was Mißgunst, Despotensinn und Satire über ihn urtheilen, ist übertrieben, zumal jenes so unvorsichtige, als ungerechte allgemeine Verdammungsurtheil, welches im Publikum leicht die meiste Theilnahme findet; aber, gestehen wir es nur, Vieles davon ist auch nur zu wahr. In der freimüthigen und muthigen Vertheidigung der Alles durchbringenden Gerechtigkeit so wie in der Bekämpfung jeglichen Unrechts den Veruf seines Standes zu finden, diesen Veruf mit einem glühenden Freiheits- und Rechtsfinne und mit derjenigen begeisternden und hingebenden Liebe zu umfassen, welche nur der Eifer für das Gute und Edle einzulösen vermag: auf diesen Standpunkt erheben sich nur wenige unter ihnen. Wer aber in seiner gewählten Beschäftigungsweise nichts weiter findet, als das Mittel zur Befriedigung der eigenen materiellen Lebensbedürfnisse, wer seinen Veruf nicht auf irgend eine Weise mit einer erhabenen Idee, mit dem Streben für Menschenwohl in die engste Verbindung zu setzen weiß, der bleibt sein Lebenlang ein erbärmlicher Tagelöhner und hat sich über die Geringschätzung, welche ihm zu Theil wird, nicht zu beklagen.

Das ist im Ganzen der Zustand der deutschen Advocaten. Wenn man auch gern so manche erfreuliche Ausnahme anerkennt, so muß man doch zugeben, daß der ganze Stand als solcher bei weitem nicht leistet, was er könnte, und daß seine äußere Lage im Ganzen genommen und bei redlicher Gesinnung — dem Unredlichen freilich und dem, der ein sogenanntes weites Gewissen hat, wird es leichter, das Eine sich reichlich zu verschaffen und das Andere zu entbehren — nur durch die strengste Selbstverläugnung und die äußerste Anstrengung eine erträgliche werden kann. Wo es

an Achtung von Seiten des Staates, an Vertrauen von Seiten des Volkes und daneben theils an Fähigkeit, theils an gutem Willen bei den einzelnen Mitgliedern fehlt, da kann die praktische Bedeutung des Standes und seine individuelle Lage nicht diejenige sein, welche ihm durch den Organismus der Verhältnisse angewiesen ist.

III. Ursachen des Verfalls.

Wir haben in dem vorhergehenden Abschnitte gesehen, daß der Verfall des Advocatenstandes nicht bloß ein äußerer, sondern auch ein innerer ist, d. h. daß es ihm nicht nur an einer äußerlichen Achtung, Bedeutsamkeit und Einfluß gewährenden Stellung im Staate, sondern auch in einem erheblichen Maße an persönlicher Tüchtigkeit und kräftigem Willen seiner Mitglieder dazu fehlt. In letzter Beziehung ist es denn auch nicht zu läugnen, daß er die Schuld seiner Erniedrigung zum großen Theile selbst trägt. Ein Ehrenmann kann Jeder unter allen noch so widrigen und ungünstigen Verhältnissen sein und bleiben, und wer den Versuchungen, deren allerdings gerade der Advocatenstand so viele bietet, unterlegen hat, der findet für seine Person in den umgebenden Thatfachen und Umständen keine Entschuldigung. Allein dabei bleibt doch noch die höchst wichtige Frage übrig: ob es denn nicht möglich gewesen wäre, durch zweckmäßigere Einrichtungen dem Verderbnisse vorzubeugen, und ob man bisher auch die richtigen Mittel angewandt habe, um dahin zu gelangen? Diese Frage hat seit Jahrhunderten alle Gesetzgeber, Staatsmänner, Schriftsteller und überhaupt alle Menschenfreunde lebhaft beschäftigt, viele Theorien, Vorschläge und die verschiedenartigsten Versuche hervorgerufen, jedoch bis jetzt zu einem genügenden praktischen Erfolge noch nicht geführt.

Die Gesetzgebung und die damit eng zusammenhängende

Staatspraxis hat die Frage bisher immer von der Seite aufgefaßt, daß sie untersuchte, welche in der eigenthümlichen Beschäftigungsweise der Advocaten liegende Tendenzen zu Mißbräuchen Veranlassung geben könnten, und daß sie dann Maßregeln traf, welche ihrer Meinung nach geeignet sein sollten, jene Tendenzen unschädlich zu machen. Da fand man nun oder nahm wenigstens an, daß die Advocaten im Ganzen von einer gefährlichen Habsucht befeelt seien, durch welche sie angetrieben würden, die Streitslust unter den Menschen zu ihrem Vortheile auszubenten und zu befördern, sich überall in die Privatangelegenheiten Anderer des Gewinns wegen einzudrängen und auf jede mögliche Weise deren Unkunde sich zinspflichtig zu machen. Beispiele, wo das ganze Vermögen einer bemittelten Familie durch einen einzigen Prozeß zu Grunde gegangen und mindestens die Hälfte davon in die Hände eines gewissenlosen Advocaten gewandert war, schienen die Gefährlichkeit jener Grundtendenz über allen Zweifel und über jede Rücksicht zu erheben und eine Beschränkung der Sachwalter in ihrer äußern Wirksamkeit, so wie eine strenge und vigilante Beaufsichtigung derselben durch die gemachten und täglich sich wiederholenden Erfahrungen dringend geboten. Es wirkten mehrere Umstände zusammen, gerade dieser Ansicht eine ziemlich unbedingte Autorität und bisher auch den vollständigen Sieg zu verschaffen. Zuerst die allgemeine Richtung der durch den Gang der Ereignisse in den letzten Jahrhunderten fast historisch gewordenen Regierungsmarine, nach welcher Freiheit des Willens überhaupt als ein Reservat der Staatsgewalt betrachtet, den Staatsangehörigen aber von dieser ein in die kleinsten Details gehender vormundschaftlicher Schutz verliehen wird, und nach welcher die Staatsgewalt sich für berechtigt hält, die ihr untergebenen Individuen um ihres eigenen Besten willen in der Freiheit der Entschließung und der Verfügung über ihr Eigenthum zu beschränken. Es bedarf kaum der Andeutung, wie leicht es war und wie nahe es lag, diese, alle Gliederungen des socialen Organismus durchdringende

und in ihrer idealen Ausdehnung keine Schranke kennende Marine mit dem Verhältnisse des habfüchtigen Advocaten zu dem armen, der Plünderung ausgesetzten Bauern, dem geplagten Handwerker und allen in den Augen der Staatsgewalt presshaften Personen in Verbindung zu bringen. Zweitens aber wirkte auf die praktische Ausbildung jener Ansicht naturgemäß das Verhältniß ein, in welchem der Richter, besonders der Unterrichter, zum Advocaten steht. Gerade der Unterrichter, welcher seiner Stellung nach am meisten und unmittelbar mit den Gerichtsuntergebenen zu verkehren hat, dabei wohl auch noch die polizeiliche und die administrative Gewalt in seiner Person verbindet oder mit einem Collegen theilt, verfällt nur zu leicht in das Bestreben, sich in seinem Amtsbezirke zum Alleinherrscher zu erheben, und da ihm dabei die Advocaten sehr oft eine lästige Diversion machen, so ist er doppelt geneigt, ihre Wirksamkeit zu beschränken und den Glauben an die Nothwendigkeit solcher Beschränkung aufrecht zu erhalten. Endlich aber Drittens lag es überhaupt nicht in der Staatspolitik der frühern Zeit und ist auch noch jetzt nicht darin aufgenommen, bei dem Gebrauche der jedem Einzelnen zustehenden Rechte ein vernünftiges, redliches Wollen durch die Staatseinrichtungen herbeizuführen, indem man sich vielmehr darauf beschränkte, den bösen Willen — wie man wenigstens glaubt — an die Kette zu legen, statt den guten hervorzu rufen und zu beleben.

Dieser Grundansicht gemäß hat man nun, um den Nachtheilen vorzubeugen, welche für das Publicum aus einer moralischen und intellectuellen Verdorbenheit des Advocatenstandes ohne allen Zweifel hervorgehen, seiner Wirksamkeit zunächst subjectiv und objectiv zum Theil sehr enge Gränzen gesetzt, den Gerichten, bei welchen die Advocaten arbeiten, eine Disciplinargewalt anvertraut, welche oft von der Willführ nicht weit entfernt ist; man hat ferner den ihnen gebührenden Lohn durch Gesetze zu bestimmen gestrebt oder dessen Festsetzung den Gerichten übertragen und außerdem durch

strenge Strafbestimmungen ihrer heimlichen oder öffentlichen Gefährlichkeit entgegen zu wirken gesucht. Es läßt sich aber mit der größten Bestimmtheit behaupten, daß durch alle diese Maßregeln geradehin nichts gewonnen, daß vielmehr eben dadurch das Uebel, welches man verhüten wollte, hervorgerufen und auf die Spitze getrieben ist, und daß endlich, wenn im Ganzen genommen der Advocatenstand jetzt eine etwas ehrenvollere Stellung einnimmt, als vor einigen Jahrhunderten, die Ursache davon keineswegs in jenen Regierungsgrundsätzen und deren Verwirklichung, sondern in den Fortschritten der allgemeinen Civilisation überhaupt und besonders in denjenigen Wirkungen zu suchen ist, welche die Entwicklung der staatsbürgerlichen Freiheit auf alle gesellschaftlichen und bürgerlichen Einrichtungen äußert. Indes ist es nothwendig, diese Seite der Sache etwas näher zu beleuchten.

Die Beschränkungen, welche man der Wirksamkeit der Rechtsbeistände glaubte entgegensetzen zu müssen, sind sehr verschiedener Art. Bald beschränkte man bestimmte gerichtliche Behörden (besonders Untergerichte, Handelsgerichte, Polizeigerichte u. s. w.) von der Gegenwart der Advocaten, bald schloß man einzelne Arten von Gegenständen und zwar entweder nach Maßgabe ihrer Größe, (Prozeßführungen über geringfügige Sachen bis zu einer bestimmten Summe) oder ihrer generischen Natur (z. B. Injurienfachen, Ablösungs- und Gemeinheitstheilungs-Sachen *) oder endlich die Theilnahme an einzelnen bestimmten Handlungen im Prozeßverfahren (wie etwa beim Güterversuche, wo wenigstens der Richter die Befugniß haben soll, die Rechtsbei-

*) In diesem Punkte stimmen ziemlich alle deutschen Ablösungs- und Gemeinheits-Theilungs-Ordnungen überein, indem sie von der Ansicht ausgehen, oder vielmehr den Vorwand gebrauchen, daß es bei Verhandlungen der Art mehr auf ökonomische Kenntnisse (welche übrigens auch der leitenden Behörde nicht selten abgehen), als auf juristische ankomme.

stände zu entfernen) von ihrer gesetzlichen Thätigkeit aus. Betrachten wir diese Beschränkungen zunächst von der Seite ihrer rechtlichen Begründung, so müssen wir darin einen Eingriff in das nothwendigste und unveräußerlichste aller Menschenrechte, in das Recht der freien Vertheidigung wahrnehmen. So wahr es ist, daß eine unabhängige, rücksichtslose Rechtspflege die sicherste Grundlage der bürgerlichen Ordnung und Freiheit bildet, eben so wahr ist es, daß ohne Freiheit der Vertheidigung der unparteiische, rücksichtslose Richterspruch nichts weiter, als eine schöne Redensart ist. Der Richter, welcher sich vom Advocaten abwendet, neigt sich damit von selbst der Regierungsgewalt zu und wird von ihr abhängig. Es fehlt auch jenen Beschränkungen, insoweit es dabei nur auf die zweckmäßige Erledigung der Streitfragen ankommt, jeder politische (d. h. etwa durch die Klugheit, die Zweckmäßigkeit gebotene) Grund. Auch der Advocat ist kein Prophet, welcher durch höhere Offenbarungen, und kein Zauberer, welcher durch Geheimmittel seiner Partei zu Hülfe kommen könnte; Alles, was er vorbringt, würde denkbarer Weise auch die Partei selbst vorbringen können, und es ist nur zu erwarten, daß er dieß der Regel nach mit mehr Sachkenntniß, mit mehr Klugheit, Ruhe und Gewandtheit thun werde. Die Vertheidigung wird durch seine Hülfe nur vollständiger, besser, und worauf Jemand überhaupt einen rechtlichen, nicht zu versagenden Anspruch hat, das darf er sich auch in dem nach den Umständen vollkommensten Maße verschaffen. Die Verweigerung der übrigens allgemein erlaubten Vertheidigungsmittel im einzelnen Falle ist also unter gegebenen Voraussetzungen eine wirkliche Verweigerung der Vertheidigung selbst, und der Richter, dem dabei so oft eine discretionäre Gewalt anvertraut ist, spricht theilweise schon über die Sache selbst, indem er über die Zulässigkeit der allgemeinen Vertheidigungsmittel entscheidet. Auch da, wo rasche oder gütliche Beilegung der rechtlichen Differenzen regelmäßig für wünschenswerth gehalten wird, ist eine solche Beschränkung

nicht zu rechtfertigen; denn jener Zweck, so wichtig er sein mag, *) darf nie auf Kosten des höchsten Staatszweckes, des Rechtsschutzes, erreicht werden. Jemand bei Vergleichsunterhandlungen des Beistandes eines Rechtskundigen berauben und dann doch jene Unterhandlungen mit dem Einflusse einer amtlichen Autorität leiten, heißt eben so viel, als ihn ohne richtige Einsicht in seine eigenen Verhältnisse, ohne Benützung seines Rechts zum Nachgeben verführen. Am schreiendsten wird aber die Ungerechtigkeit in den nicht seltenen Fällen, wo bei Verhandlungen, in denen keine Rechtsbeistände zugezogen werden sollen, die eine Partei selbst der Rechte kundig ist, sich also im vollen Besitze der Bertheidigungskraft und der Bertheidigungsmittel befindet, welche man ihrem Gegner verweigert.

Man pflegt, um diese der Gerechtigkeit widerstreitende**) Anomalie zu beschönigen, sich darauf zu berufen, daß es noth-

*) Daß dieser Zweck übrigens auch oft überschätzt wird, hat schon Rittermaier (der gem. Deutsche bürgerl. Proc. Beitr. 1. [Ed. 2.] S. 7 u. 131.) bemerkt. Ueberhaupt dürfen wir bei aller Vorliebe für vergleichsmäßige Erledigung der Rechtsstreitigkeiten nicht übersehen, auf der einen Seite, daß die meisten deutschen Richter, welche früherhin vorzüglich auf Sportelbezug angewiesen waren, also eben so gut, wie die Advocaten, vom Streite leben mußten, jetzt durch Hirkung ihrer Gehaltsentnahme ein ganz entgegen gesetztes (nämlich auf Verminderung und Abfürzung ihrer Geschäfte gerichtetes) Interesse erhalten haben; so wie auf der andern die gewiß von jedem Praktiker anerkannte Erfahrung, daß in wichtigen und einigermaßen verwickelten Streitfachen die meisten Vergleiche gerade durch Mitwirkung der Rechtsbeistände und nicht selten durch diese allein erreicht werden. Der Beruf, Vergleiche zu stiften, kann und darf überall nur als Zugabe des Richteramts betrachtet, nie aber zur Hauptsache erhoben werden, wenn nicht die Justizpflege selbst ihre imponirende Würde verlieren und sich zu einer Märrin herabwürdigen will.

**) Auch Rittermaier (Archiv für civilistische Praxis Bd. 15. No. VII. S. 141.) klagt über die Beschränkungen, welche die Wirksamkeit der Rechtsbeistände durch Gesetzgebung und Praxis erleidet, und sagt bei der Gelegenheit: „Noch gibt es Staaten“

wendig sei, nicht minder der verderblichen Streitsucht der Parteien wie der Habgier der Advocaten entgegen zu wirken, die Ausgleichung der Streitfragen auf gütlichem Wege, wobei die Advocaten ihres Interesses wegen leicht hinderlich sein würden, zu befördern, das unverhältnißmäßige Anschwellen der Kosten bei geringfügigen Gegenständen zu verhüten und der Unerfahrenheit, besonders der untern Volksklassen, durch eine weise Bevormundung zu Hülfe zu kommen. Es ist diese Ansicht das oben schon angeedeutete Product jener sogenannten Beglückungsgewalt des Staates, ohne welche eine kurz-sichtige, verblendete oder böswillige Politik nun einmal glaubt, nichts Gedeihliches erreichen zu können, welche aber, wo und so lange sie sich im Ansehen erhält, der Entwicklung jeder wahren Gerechtigkeit fortwährend als ein Hinderniß im Wege stehen wird. Der Staat hat nur einen einzigen obersten Zweck, und das ist der Rechtsschutz; alle anderen Zwecke sind diesem untergeordnet und nur so weit zu billigen, als sie dazu dienen, die Erreichung jenes Hauptzweckes zu sichern oder zu befördern. Der constitutionelle Staat aber ist eben der volksthümliche, seine Regierung soll das künstliche, aber immer getreue Organ des vernünftigen Volkswillens sein, und der Regierung des constitutionellen Staates eine vormundtschaftliche Gewalt über die Gesamtheit der Staatsangehörigen einräumen, heißt eben soviel, als Jemand zum Vormunde über sich selbst machen. Es gibt keinen größern Widerspruch, als die Staatsgewalt, welche, als aus dem Volke hervorgegangen, und von diesem stets abhängig in der Idee gedacht werden muß, mit einer familienväterlichen Disciplinargewalt bekleiden zu wollen. Das Alles ist von Andern schon oft und umständlicher ausgeführt, doch fordert der Zusammenhang wenigstens diese kurzen Andeu-

(und wie viele!), „in denen man absichtlich die Advocaten von den Untergerichten entfernt, mündliche Verhandlungen zu Protocol verlangt und den Parteien gar nicht das Recht gibt, sich der Anwälte zu bedienen.“

tungen. Auch kann man nicht genug jede Gelegenheit benutzen, ein Verurtheil zu bekämpfen, welches, wie unmittelbar und auffallend es auch mit dem constitutionellen Grundprincipe im Widerspruche steht, doch noch immer hartnäckig an alle Entwicklungen und Bewegungen des Staatsorganismus sich festklammert, und um so mehr Anhänger findet und fortwährend in Schutz genommen wird, je mehr die Halbdenkler, welche immer gern der Autorität folgen, darin eine gewisse wohlthuende, heilende und ausgleichende Humanität finden, während die heimlichen und offenen Feinde des Liberalismus recht wohl wissen, daß sie den Krieg gegen die Freiheit nicht sicherer und erfolgreicher fortsetzen können, als wenn sie durch eine generelle, in den Augen der unwissenden Menge als heilbringend erscheinende, aber durch feste Grenzen gar nicht bestimmbare und deshalb die Willkür rechtfertigende und beschönigende Marine (wie eben die einer beglückenden Vormundschaft) die Vollmacht erhalten, das Recht, als die ausgesprochene Form, den Lehrbegriff der Freiheit, nach den Bedürfnissen ihrer (wahrlich nicht freiheitsfreundlichen) Zwecke zu beschränken und zu verlegen.

Daß nun aber dieses System der Bevormundung, auf die Zulässigkeit der Rechtshülfe bei gerichtlichen oder andern Verhandlungen bei Staatsbehörden angewandt, sich in eine baare Ungerechtigkeit auflöst, und zwar nicht etwa allein gegen die Advocaten, — welche dadurch als Solche bezeichnet werden, deren Habsucht gemeinschädlich und gemeingefährlich sei — sondern auch und hauptsächlich gegen das Publicum selbst, kann dem unbefangenen Blicke nicht leicht verborgen bleiben. Wenn Jemand, der übrigens im vollen Gebrauche seiner Rechte sich befindet, es für angemessen hält, zur Erreichung irgend eines sonst erlaubten Zwecks verhältnißmäßig große Anstrengungen und Aufwendungen zu machen, wie kann man dann der Staatsgewalt vernünftiger Weise die Macht einräumen, ihm hindernd entgegenzutreten, weil sie glaubt, daß er sein Geld vortheilhafter benutzen könne? Wie darf sie sich anmaßen, die Verhält-

nisse des Einzelnen genauer zu kennen, als dieser selbst, besser zu wissen, was ihm frommt, was sein Wohlsein befördert, wieviel ihm diese oder jene Sache, dieses oder jenes Rechtsverhältniß werth sei, ob die Aufwendung, welche er machen will, seinen Kräften angemessen sei oder nicht? Wer in einem Rechtsstreite sich befindet, mag selbst ermessen, ob sein Interesse fordert, daß er sich durch die Hülfe eines kundigen Beistandes waffne, nur er selbst ist im Stande, zu beurtheilen, ob der Gegenstand einen solchen Werth für ihn habe, ob seine eigenen Vertheidigungskräfte ausreichend seien. Aber wenn auch die Staatsgewalt in besondern Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen eine solche überwiegende Kenntniß und eine so heilbringende Erwägung hätte, woher würde ihr dann das Recht kommen, den einzelnen Staatsbürger auch gegen seinen Willen zu dem, was sie für Glückseligkeit und Wohlsein hält, zu zwingen? Die Polizeigewalt des Staates soll gemeinschädliche Uebel abwenden, aber sie wird selbst zum gemeinschädlichen Uebel, wenn sie sich für berufen hält, in die Privatverhältnisse der Einzelnen, welche sich selbst rathen können, gebietend oder verbietend einzugreifen, und wenn sie Alles glaubt verhindern zu dürfen und zu müssen, was unter bestimmten Voraussetzungen ihnen schädlich oder gefährlich sein kann. Schon Ramdohr *) hält es für ungerecht, die Advocaten bei Prozessen über Bagatellsachen auszuschließen, und was von solchen Sachen gilt, das tritt in allen übrigen Fällen ein, wo man bisher eine Beschränkung für nöthig gehalten hat. Eine discretionäre Gewalt, welche den Richtern oder andern Staatsbehörden oft eingeräumt ist, „ausnahmsweise und unter Umständen“ auch in solchen Fällen, wo regelmäßig die Rechtshülfe verboten ist, Advocaten zuzulassen, gleicht im practischen Leben und bei vernünftigen Beamten oft die Inconvenienz und Ungerechtigkeit, welche im Principe liegt, wenigstens dergestalt aus, daß dieses nicht äußerlich verlegend erscheint;

*) A. a. O. S. 38.

sie gibt aber oft den Justizdespoten — die man am meisten unter den jüngern, erst kürzlich mit dem Votum beglückten Beamten findet — ein ersöhntes Mittel in die Hände, ihre Nähe von der anruchtigen und unbequemen Gegenwart der Advocaten frei zu halten und diese das ganze Gewicht der Abhängigkeit, in welcher auch der viel erfahrenere Sachwalter zu dem jüngsten Richter steht, hochmüthig fühlen zu lassen. Es steht dabei wahrlich mehr auf dem Spiele, als nur die Frage, ob der Advocat hie und da noch einige Deserviten verdienen darf oder nicht, und der bewährte wird sich ohnehin nicht leicht mit Bagatellsachen befassen; es handelt sich aber zugleich um die Integrität einer für die öffentliche Freiheit und die Sicherheit des Rechtszustandes unschätzbar wichtigen Idee, der Idee der freien Vertheidigung. Unter zehn Fällen mag es nur einmal von praktischer Erheblichkeit sein, ob die Betheiligten Rechtshülfe gehabt haben oder nicht; allein ist jene Fundamentalidee einmal angetastet, so ist sie selbst gelugnet und zur bloßen Marime herabgewürdigt. *)

Allein das System der Bevormundung in seiner Anwendung auf die Wirksamkeit des Advocatenstandes ist nicht nur ungerecht, sondern auch politisch unrichtig, sogar

*) Eine andere Frage ist freilich die, ob und unter welchen Voraussetzungen bei Bagatellsachen die siegende Partei von dem Gegner, welcher in die Kosten verurtheilt ist, auch Erstattung der durch die Zuziehung eines Rechtsbeistandes veranlaßten Ausgaben fordern kann. Hier könnte man ihr zunächst den Ersatz unbedingt in dem Falle zusprechen, wo der Gegner zuerst einen Sachwalter angenommen und dadurch auch auf der andern Seite die Entwidlung gleicher Vertheidigungsmittel nöthig gemacht hat. Schwieriger ist der entgegengesetzte Fall, und hier bleibt bei der gegenwärtigen Einrichtung des deutschen Justizwesens nichts weiter übrig, als das Gesetz und im Zweifel das discretionäre Ermessen des Richters, gegen dessen Auspruch aber in jedem Falle die Berufung an den Oberrichter zulässig sein muß, wenn nicht am Ende die vielleicht gereizte Willkür des Unterrichters die einzige Norm für sogenanntes Recht sein soll.

seinem eigenen Zwecke widerstrebend. Wie in jedem andern Falle, so spricht sich auch hier der Grundsatz der ewigen Weltordnung aus, daß keine menschliche Einrichtung gute Früchte trägt, wenn man dabei über das Recht sich hinwegsetzt und dagegen die schwankenden, trügerischen Lehren einer sogenannten Staatsklugheit zur Richtschnur nimmt. Durch die bisherigen Beschränkungen hat man allerdings erreicht, daß die Advocaten, wo sie nicht zugelassen werden, auch nicht unmittelbar schaden können, allein daß sie heimlich zu Rathe gezogen wurden, daß sie aus ihren Schlupfwinkeln hinter den Kulissen die Komödie leiteten, welche die Parteien vor dem Richter aufführten, das konnte man mit aller Vorsicht nicht vermeiden. Man bewirkt vielmehr auch noch, daß selbst in den vielen Fällen, wo gerade durch die Mitwirkung redlicher Rechtsbeistände wohl bald eine gütliche Beseitigung der Streitsfrage erreicht wäre, diese unterblieb, weil die Parteien keine richtige Ansicht von dem Rechtsverhältnisse hatten und dem Richter nicht trauten; man erreichte ferner, daß der Richter sich in die Nothwendigkeit gesetzt sah, aus seiner unparteiischen Rolle herauszutreten und bald hier bald dort die des Sachwalters zu übernehmen; daß der bössartige Advocat, welcher unter den Augen des Richters gewiß viel weniger geschadet hätte, nun der Partei, die außergerichtlich Rath von ihm holt, auf alle mögliche Weise Mißtrauen gegen ihren Widersacher und gegen den Richter einzusößen sucht, daß er sie ausbeut, und den Argwohn, welcher gegen ihn als Grundsatz aufgestellt wird, tausendfältig bezahlt. Möchte man doch in der neuern Staatslehre überhaupt von der Täuschung geheilt werden, nur diejenigen Uebel für gefährlich zu halten, welche sich auf der Oberfläche zeigen und zunächst in die Augen fallen! Die eigentliche Kraft wohnt im Innern, aber auch die wahre Krankheit; diese drängt sich immer mehr nach den edlern Theilen zurück und wird um so schwieriger zu erkennen, je mehr man sich darauf beschränkt hat, nur der Reihe nach jedes Symptom zu bekämpfen.

Eine weitere Folge der nämlichen Grundansicht sind dann ferner diejenigen Bestimmungen, welche man ziemlich allgemein in Ansehung des den Advocaten gebührenden Lohns für nöthig gehalten hat. Wie sehr auch die verschiedenen deutschen Gesetzgebungen und in die Praxis übergegangenen Theorien von einander abweichen, so stimmen sie doch sämmtlich darin überein, daß sie die Abschließung eines Vertrags zwischen dem Sachführer und dem Clienten über eine Vergütung nur innerhalb gewisser Schranken *) für zulässig erklären und allgemein als Grundregel annehmen, daß die Bestimmung des Lohnes für die Vertheidigung und die Hülfe, welche überhaupt der Advocat gewährt, so viel als möglich der freiwilligen Uebereinkunft entzogen und dagegen von einer gesetzlichen Tare oder von der Feststellung durch die Gerichte abhängig gemacht werden müsse. Von der Habgier und der Beutelschneiderei der Advocaten sprechen ältere deutsche Landesgesetze als von einer ganz bekannten Sache, der man am sichersten durch eine allgemeine Advocatentare begegnen könne und müsse. Wie nun aber eine solche Tare einzurichten sei, darüber haben sich berufene und unberufene Gesetzgeber bis zum heutigen Tage vergeblich bemüht, allgemein zureichende und genügend bestimmte Normen aufzustellen. Man hat verschiedene Wege eingeschlagen, um zum Ziele zu gelangen. Zuerst suchte man die verschiedenen Proceßhandlungen in bestimmte

*) Hierher gehört das, was schon das — übrigens in der Auslegung dieser Lehre sehr bestrittene — römische Recht über das palmarium und die quota litis enthält, und was in deutschen Landesgesetzgebungen oft noch durch Strafandrohungen geschärft ist. Im Sinne des römischen Rechtes, welches daneben für eine heilig zu haltende Standesehre der Advocaten sorgte und Verträge der angeführten Art mit dieser für unvereinbar hielt, war ein solches Verbot wohl ganz natürlich; in neuern Zeiten hat man sich damit begnügt, das Verbot einfach beizubehalten, nicht weil die Standesehre der Advocaten, sondern weil vormundtschaftliche Rücksicht gegen die streitenden Theile dies fordere. Vergl. Jordan im Arch. für civil. Pr. Bd. 12. No. 11.

Kategorien zu bringen und für jede derselben (z. B. Klage, Vernehmung, Replik, Beweisantretung u. s. w.) eine allgemeine Tare aufzustellen, allein man mußte sich bald überzeugen, daß es durchaus unangemessen sein würde, alle in einer Rubrik stehenden Prozeßhandlungen nach einem gleichen Maßstabe zu messen und daß man daher nicht umhin könne, einen Spielraum zwischen einem höchsten und einem niedrigsten Satze zu gestatten, wodurch denn natürlich, da dieser Spielraum der Natur der Sache nach in den meisten Fällen sehr bedeutend sein muß, so ziemlich Alles wieder verloren ging, was man durch die Tare zu erreichen hoffte. — Ein zweiter Weg bestand darin, daß man für die schriftlichen Arbeiten nur ein relatives Längenmaß festsetzte und tarirte, also z. B. bestimmte, wie hoch das Honorar für einen geschriebenen Bogen sein dürfe. Diese Art der Tare hat bisher den meisten Beifall gefunden und ist unter allen zum höchsten Grade der practischen Ausbildung gelangt, und zwar in dem Maße, daß man vielfach nicht nur die Zahl der auf eine Seite zu schreibenden Zeilen, sondern auch die Zahl der Silben oder Buchstaben in jeder Zeile, ja sogar wohl den beim Anfange eines neuen Absatzes zum Einrücken gestatteten Raum bestimmt hat.^{*)} Die nächste und unausbleibliche Folge dieser Tarationsmethode ist das Streben der Advocaten nach einer unerträglichen Weitläufigkeit in den schriftlichen Arbeiten, wozegen dann wiederum nichts schützt, als eine dem Richter anvertraute discretionäre Gewalt, kraft welcher er in solchen Fällen die Gebühren herabzusetzen befugt ist. Auch sind solche Taren nie geeignet, für die vielen und zum Theil höchst wichtigen außergerichtlichen Geschäfte, welche der Advocat zu besorgen hat, zuverlässige Normen aufzustellen. Aus diesen Gründen hat man an anderen Orten für angemessener gehalten, gar keine gesetzliche Tare zu geben, dagegen aber dem Richter eine unbedingte

^{*)} Meissenburgerische Verordnungen vom 21. März 1771 und vom 2. Februar 1792.

ästimatorische Befugniß über den Ehrensold der Advocaten einzuräumen und ihm, vor dem die Geschäfte verhandelt werden, deren Würdigung nach Gehalt, Mühseligkeit und Zweckmäßigkeit zu übertragen. Ich muß gestehen, daß dieser Weg mir von allen noch immer als der zweckmäßigste und würdigste sich zu empfehlen scheint, jedoch nur unter Voraussetzungen, welche wir späterhin betrachten werden und welche dem deutschen Advocatenstande bis jetzt fehlen. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge hat die Einrichtung freilich unberechenbare Nachtheile. Der Richter, welcher gewohnt ist, den Advocaten in jeder Hinsicht als unter ihm stehend zu betrachten, bekommt dadurch gegen diesen, der ihn controliren soll, eine gefährliche Waffe in die Hände, welche er nach Willkühr zu gebrauchen um so leichter geneigt sein wird, je weniger der Advocat beflissen gewesen ist, um seine Gunst zu werben und sich darin festzusetzen. Man berufe sich gegen diese Bedenklichkeit nicht auf die beim Richter nothwendig vorauszusetzende Unparteilichkeit, so lange unsere Richterstühle nur mit Menschen besetzt sind; wer aus Erfahrung spricht, wird die Sache anders beurtheilen. Mancher Richter kann es nicht vertragen, wenn seine Erkenntnisse durch Rechtsmittel angegriffen werden, und ist dann nur zu leicht geneigt, den Advocaten, besonders wenn er einen abändernden Bescheid in höherer Instanz erwirkt hat, gelegentlich wegen seines Vorwises zu züchtigen. Ein anderer blickt wohl gar mit Reid auf den — doch wahrlich nicht auf Rosen gebetteten — Advocaten, rechnet ihm späthend den Verdienst nach, ohne vielleicht die vielen nutzlosen Störungen, der gerade der Advocat bei seinem Geschäfte so regelmäßig unterworfen, ohne die vielen, keinen Lohn verheißenden Zumuthungen und Aufforderungen, denen er seiner Stellung nach mehr wie jeder Andere ausgesetzt ist und denen ein Ehrenmann sich nicht leicht entzieht, ohne die mit der Eincaßirung ausstehender Forderungen verbundenen vielen Unannehmlichkeiten und Verluste zu berücksichtigen, er hält es für respectwidrig, wenn es dem fleißigen und sparsamen

Advocaten gelingt, seine Einnahme höher zu bringen, als die des Richters und glaubt deshalb das nothwendige Gleichgewicht wiederherstellen zu müssen. Besonders findet man es häufig bei jüngern Männern, daß sie, um dem erst kürzlich erlangten Amte Ehre zu machen und die Ordnung zu handhaben, für sehr nothwendig halten, an den ihnen zur Festsetzung vorgelegten Gebührenrechnungen der Advocaten zu mäkeln. Die Ermäßigung ist vielleicht nicht bedeutend, wohl auch ohne Grund gemacht (besonders in neuern Zeiten, wo es immer weniger üblich wird, den Richterstand aus den Advocaten zu ergänzen und wo Männer auf den Richtersthühlen sitzen, welche von dem Dekonomisch-Technischen der advocatorischen Praxis gar keinen auf eigene Erfahrung gebaueten Begriff haben), aber sie gilt für nöthig, damit der Advocat nicht übermüthig, damit er von Zeit zu Zeit daran erinnert werde, daß der Richter ihn in seiner Gewalt habe, gleichwie der Reiter auch dem wohl dressirten Pferde wohl den Schenkel anlegt, nur um ihm ins Gedächtniß zurück zu rufen, daß der Sporn dahinter sitzt. *) Endlich hält auch mancher Richter die Advocaten überhaupt für unnöthig, er sieht es für seine Pflicht an, ihre Mitwirkung so viel als möglich zu entfernen und abzuschneiden, und glaubt eben so sehr nach den Grundsätzen des Rechts, als im wahren Interesse der streitführenden Theile und des Publicums überhaupt zu handeln, wenn er von den Advocaturkosten streicht, was sich mit den — nach der Natur der Sache immer sehr allgemeinen und schwankenden — Worten des

*) Etwas grotesk, aber in der Hauptsache wenigstens mit richtigen Zügen, sagt darüber Künßberg (Beiträge zur Diagnose der deutschen Prozeßnoth S. 58.): „So wie die Gewohnheit den Glauben hervorgebracht hat, daß den Wölfen durchaus die Ohren und den Fädeln die Schweife abgestutzt werden müssen, eben so hat sich in vielen Gerichtspersonen die usuelle Meinung festgesetzt, daß die Advocaten nothwendig an ihren Deserviten zu kürzen seien. Und bei diesen Operationen fließt ja nicht einmal Blut!“

Gesetzes nur einigermaßen rechtfertigen läßt. — Zu alle diesem kommt nun noch, daß der Advocat gegen Verfügungen, welche seine Gebühren betreffen, in der Regel kein anderes Rechtsmittel hat, als eine Vorstellung bei demselben Richter, so daß also der Ausspruch der Gunst oder Ungunst, der Willführ, der Despotie eines einzigen Mannes in manchen Fällen ganz und gar die Stelle des Rechts vertreten muß.

Mit dieser Unterordnung der Advocaten unter die souveräne Gewalt des Richters in Ansehung seines Lohnes steht dann die Disciplinarbefugniß, welche man den Gerichten über die Advocaten gegeben hat, in der engsten Beziehung. Der Richter soll über die ganze Geschäftsführung des Advocaten die Obergewalt ausüben, ihm in eintretenden Fällen Verweise oder andere Disciplinarstrafen androhen und auferlegen, er gebietet nach manchen Gerichtsordnungen oder herkömmlich über die Handacten des Sachführers, muß auch wohl, wenn der Advocat eine Reise machen will, um Urlaub angegangen werden. Ja, in einigen Ländern (wie in Baiern und neuerdings auch in Hannover) hat man die disciplinarische Unterordnung unter die Staatsgewalt noch schärfer ausgeprägt, indem man sie ausdrücklich zu Staatsdienern erklärt hat, wovon denn z. B. ein Folge ist, daß der Advocat, der freie, rechts erfahrene Bürger nicht ohne besonders eingeholte Erlaubniß der Regierungsbehörden eine auf ihn gefallene Wahl zur Ständeversammlung annehmen darf.

Es leuchtet ein und die Erfahrung bestätigt es, daß bei einer solchen Einrichtung die Selbstständigkeit des Advocaten dem Richter gegenüber in den meisten Fällen bis auf einen winzigen Rest verschwinden muß, daß von einer strengen Beaufsichtigung der richterlichen Thätigkeit durch die Rechtsbeistände kaum noch die Rede sein kann, und daß die wenigen, welche characterfest genug sind, eine rücksichtslose Unabhängigkeit zu bewahren, leicht in desto höherm Maße die richterliche Ungnade auf sich laden. Wer von der Willführ eines Andern Etwas zu fürchten oder zu hoffen hat,

darf nie dazu bestimmt werden, denselben in seinen Geschäften zu controliren, wenn man sich nicht der doppelten Gefahr aussetzen will, entweder daß der Controleur sich abfinden läßt, oder daß beide sich in der gegenseitig zu übenden Aufsicht vertragen. Es muß also jener, das ganze Verhältniß umkehrende, Uebelstand beseitigt werden, wenn Besserung eintreten soll. Wie aber eine Ausgleichung möglich sei, werden wir späterhin sehen; hier genügt es, den Fehler nachgewiesen zu haben.

Nun kommt aber hierbei noch ein anderer Umstand von der höchsten Wichtigkeit in Betracht. Das deutsche Prozeßverfahren ist nicht öffentlich und sogar zum größten Theile auf schriftliche Verhandlungen gegründet. Die amtliche Wirksamkeit des Advocaten gelangt also unmittelbar nicht zur Kenntniß des Publicums, wird vielmehr nur dem Richter und der Partei — der letzten übrigens vollständig auch nur in seltenen Fällen — bekannt, und höchstens erregen einzelne besonders interessante Resultate eine etwas allgemeinere Aufmerksamkeit. Die Partei ist selten im Stande, über die Arbeiten des Advocaten zu urtheilen, sie hat auch wenig Interesse dafür, dieselben zu prüfen, und überläßt sich lieber einem auf Empfehlung oder eigener Erfahrung beruhenden allgemeinen Vertrauen bis dahin, daß sie vielleicht vom Gegentheile überzeugt wird. Die Regel ist daher, daß nur etwa die eigenen Amtsgenossen, vorzüglich aber die Richter in der Lage sind, ein gründliches Urtheil über die Tüchtigkeit und Fähigkeit des Advocaten zu fällen. Freilich hat sich meistens auch im Publicum ein Urtheil wenigstens über die bekanntern unter ihnen gebildet, allein dieses Urtheil, so weit es die Verunstüchtigkeit betrifft, gründet sich doch wesentlich oder fast nur auf die Empfehlung oder Verdammung, welche der Richter ausspricht. Denn der redliche Advocat wird sich nicht gern dazu verstehen, über seinen unfähigen oder gewissenlosen Collegen, der ja auch sein Concurrent ist, ein freimüthiges Urtheil abzugeben, und der unredliche wird wenigstens selten geneigt sein, die guten

Eigenschaften und Vorzüge des bessern aufrichtig anzuerkennen. So ruht denn also selbst das Höchste, was der Advocat hat, wovon seine Stellung in der Gesellschaft, seine ganze Existenz abhängt, es ruht sein Ruf größtentheils in der Hand des Richters, und die Art, wie dieser öffentlich über ihn urtheilt, ist der wichtigste Anhaltspunkt für Alle, welche für ihr concretes Vertrauen oder Mißtrauen Gründe suchen. Dem Richter kann es seiner Amtsverhältnisse wegen ziemlich gleichgültig sein, wie der Advocat über ihn denkt und urtheilt, denn sein Geschick hängt von dem Ausspruche der Regierung ab, welche nicht die Advocaten um Rath befragt, wenn sie Beförderungen vornehmen oder Gehaltszulagen erteilen will; der Richter kann aber umgekehrt dem Advocaten wesentlich nützen oder schaden, je nachdem er ihn lobt oder tadelt. Man würde nun aber alle menschliche Schwäche hinwegläugnen müssen, wenn man nicht als eine nothwendige Folge dieses Verhältnisses anerkennen wollte, daß in den meisten Fällen die Advocaten bemüht sein werden, vor allen Dingen die gute Meinung des Richterpersonals für sich zu gewinnen. Glaube man nicht, daß hier zu viel gesagt sei; es soll nicht behauptet werden, daß es keine edle Ausnahmen gebe, und daß es dem Stande der Rechtsfreunde ganz und gar an Männern fehle, welche selbst unter so schwierigen Umständen ihre moralische Kraft und Unabhängigkeit zu behaupten wüßten; allein wer in seinen Zweifeln weiter geht, der frage sich vor allen Dingen, ob ihm selbst die Prüfungsstunde schon geschlagen hat.

Werfen wir nun einen Rückblick auf das bisher Gesagte, so finden wir, daß der allgemeine Charakter der deutschen Gesetzgebung, so weit dieselbe auf die Organisation der Rechtsverteidigung sich bezieht, in einer mehr oder weniger mißtrauischen und argwöhnischen, ja nicht selten verlegenden, fränkenden und herabwürdigenden Ueberwachung des Advocatenstandes, so wie in einer, weder dem Rechte noch der Klugheit nach zu vertheidigenden, Beschränkung seiner Wirksamkeit besteht. Man bezeichnet diejenigen, deren Beruf es

mit sich bringt, daß der rechtsunkundige Theil des Publicums ihnen die Leitung oft seiner wichtigsten Privatangelegenheiten übergeben muß, officiell als solche, denen man nicht ohne sehr große Einschränkung trauen darf, und zwar nicht etwa, indem man nur Einzelne von ihnen besonders hervorhebe, oder irgend eine Ausscheidung der bessern möglich mache, sondern, indem man den ganzen Stand, den Advocaten als solchen, im Auge hat; man stellt sie, deren erste und wichtigste Pflicht die Beaufsichtigung des gerichtlichen Verfahrens ist, unter die Censur und Disciplinargewalt des Richters, macht sie von demselben abhängig, und begründet hiedurch, so wie durch den Einfluß, welchen der Richter auf ihr materielles Wohl in mannichfacher Beziehung äußern kann, eine auch in die bürgerlichen Verhältnisse übergehende Unterordnung des Advocatenstandes unter den des Richters. Der Letzte, weit entfernt, den Advocaten für seines Gleichen zu halten, behandelt ihn der Regel nach wenn auch mit Anerkennung, dennoch mit einem gewissen vornehmen, die hierarchische Unterordnung und Duldung bezeichnenden Anstande, und das Publicum, geleitet durch die allmächtige Autorität des Gesetzes und der in der Staatsdienerschaft herrschenden Standesvorurtheile, ist um so geneigter, der dadurch ausgesprochenen und einmal allgemein geltend gewordenen Ansicht zu folgen, je mehr ihm selbst größtentheils die Mittel abgehen, sich ein eigenes selbstständiges Urtheil zu bilden. Daß durch ein solches Mißverhältniß die Wirksamkeit auch des redlichen, tüchtigen und erfahrenen Advocaten auf ein sehr enges Gebiet beschränkt werden muß, ist Jedem einleuchtend, welcher weiß und begreift, daß seine Thätigkeit nur im Vereine mit einem ungetrübten Vertrauen des Publicums eine umfassende und segensreiche werden kann.

Allein alle diese Nachtheile, so sehr wir dieselben im Interesse des Rechts und des allgemeinen Wohls beklagen müssen, sind bei weitem nicht die einzigen und noch weniger die wichtigsten. Die traurigsten und bedenklichsten Folgen

treten bei den Mitgliedern des Advocatenstandes selbst hervor. Der Advocat, welcher sich vom Gesetze mit Geringschätzung behandelt, in seiner naturgemässigen Thätigkeit beschränkt und als verdächtig bezeichnet sieht, welchen eine fehlerhafte Einrichtung der Organisation seines Standes und tausend Rücksichten auf eigenes Interesse vom Richter abhängig machen, welchen selbst das Vorurtheil der öffentlichen Meinung verfolgt und herabsetzt; er, dem es auch bei den gediegensten Kenntnissen und Talenten, bei der angestrengtesten Thätigkeit und dem edelsten Charakter nur selten gelingt, mehr als eine vorsichtige, mit Furchtsamkeit vermischte Achtung bei seinen Mitbürgern zu erlangen, von dem selbst diejenigen, welche ihm wahre Liebe zollen, doch sehr oft zu denken pflegen: wäre er doch nur kein Advocat! — wie soll er jene Standhaftigkeit und Unererschrockenheit zeigen, welche nur das Gefühl der eigenen Würde gibt, wie jene Unabhängigkeit und Festigkeit des Charakters bewahren, welche nur da sich findet, wo die inwohnende Kraft, mit Redlichkeit und Entschlossenheit gepaart, ausreichend ist, um sich über die materiellen Annehmlichkeiten des Lebens zu erheben, wie soll er, gegen den das Gesetz so unfreundlich sich zeigt, doch das Gesetz über Alles werth und heilig halten, wie die Freiheit und Unabhängigkeit der Vertheidigung als seinen höchsten und umfassendsten Berufszweck betrachten, er, der durch die Bucht des Gesetzes, der Verhältnisse, der Convenienz und des Vorurtheils erniedrigt, zu Boden gedrückt wird! Es gehört wohl ein großartiger Charakter oder ein bitterer Nothstand dazu, wenn bei uns Jemand sein ganzes Leben dem Advocatenstande widmet, ohne durch die Hoffnung auf eine Versorgung durch irgend ein öffentliches Amt geleitet zu werden. Aber eben weil dann wahre Charakterstärke, Freimüthigkeit und unbezwungener Rechtsinn bei uns der Regel nach schlechte Empfehlungen zur Beförderung im Staatsdienste zu sein pflegen, finden wir auch in dieser Uebergangsstufe so unendlich viel hungernde Zahmheit, Augendienererei und geistige Schwäche. Der Advocat sieht in dem Richter

seinen natürlichen Feind und behandelst ihn danach, aber zugleich einen Feind, der ihm unendlich viel Schaden kann, und deshalb buhlt er um seine Gunst. Wie häufig sind denn überhaupt die Charactere, welche kräftig genug wären, einen solchen moralischen Widerspruch als Ehrenmänner zu lösen? Wundre man sich doch nicht, daß es unter den Advocaten so viele schlechte Subjecte gibt, daß wahre Rechts- und Freiheitsliebe, hochherzige Charactergröße so selten, dagegen schmutziger Eigennutz, moralische Seelenveräußerung, Kriecherei und Servilismus so häufig sind! Spricht einem Stande die bürgerliche Ehre ab, und ihr habt das sicherste Mittel gefunden, eine Schule der Verworfenheit zu bilden; vermindert, beschränkt den Anspruch auf Ehre, und ihr werdet in gleichem Fortschritte euch dem nämlichen Erfolge nähern. Die äußere Achtung, die Anerkennung wirklicher Verdienste ist auch für denjenigen, der Recht und Tugend um ihrer selbst willen liebt, ein wichtiger Lebensgenuß; wer aber von einem, allen Andern offen stehenden Lebensgenusse sich ausgeschlossen oder doch in seinen Ansprüchen darauf beschränkt sieht, der sucht sich auf andere Weise zu entschädigen — der Satz ist so alt, als die Welt. Die Juden würden nicht bis zu dem jetzigen Gefahr drohenden Maße Herren des baaren Geldes geworden sein, wenn man sie nicht durch Ausschließung von andern, nur den Christen vorbehaltenen Annehmlichkeiten des Lebens gezwungen hätte, in der Ansammlung von beweglichen Reichthümern Ersatz für das Entbehrte zu suchen und zu finden. Die Elasticität des menschlichen Geistes duldet allerdings wohl eine Zusammenpressung da, wo der Druck unmittelbar angebracht wird, aber sie wird dafür auch sicher an einer andern Stelle nach desto größerer Ausdehnung streben, und wehe, wenn man die natürlichen Bestrebungen unterdrückt hat und dann nach dem unvermeidlichen Gange der Dinge diese Ausdehnung nur in einer verderblichen Richtung möglich ist! Soll der Advocat berufen sein, das Recht, die Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen, so fordert eine vernünftige Ein-

richtung seiner Standesverhältnisse, daß er durch getreue Erfüllung seines Berufs auch in seinen Ansprüchen auf die äußern, materiellen Bedürfnisse des Lebens befriedigt werde. In Deutschland ist es aber umgekehrt; nicht in freier, rücksichtsloser Vertheidigung, nicht in der unerschrockenen Aeußerung eines in alle Verhältnisse dringenden Rechtsinnes, sondern in geschmeidiger Accommodation, in höfischer Obedienz, in gefälliger Augendienerei findet er der Regel nach den Schlüssel zu seinem irdischen Glücke.

Eine besonders ungünstige Wirkung äußert dieses Verhältniß nun aber auch auf die wissenschaftliche Bildung des Standes der Rechtsvertheidiger. Wer so sehr, wie der deutsche Advocat, auf die materiellen Seiten des Lebens durch die Verhältnisse seines Standes hingewiesen ist, wem jedes höhere, edlere Streben im Allgemeinen so wenig Lohn bietet, vielleicht gar Verfolgung und Feindschaft bereitet, der wird nur zu leicht in jenen handwerksmäßigen Schlandrian verfallen, welcher dem Bedürfnisse des täglichen Brotes auf eine bequeme Weise genügt und ohne sonderliche Anstrengung dem eigenen Interesse eben so viel gewährt, wie unfruchtbare Beschäftigung mit Theorie und Wissenschaft. Es gibt für einen wahrhaft gebildeten Mann keinen trübseligern Anblick, als den eines alten deutschen Advocaten von der Mehrzahl; ein solches Verrosten und Versauern in den Alltäglichkeiten des Lebens und der Wissenschaft, eine solche Abstumpfung gegen alle edlere Richtungen des Geistes, eine solche Indifferenz gegen die höhern Interessen der Menschheit bietet fast kein anderer Stand dar. Die Alten waren aber einst, als die Rührigkeit der Jugend ihnen noch etwas kräftige Haltung gab, eben so gewesen, wie jetzt die jüngern sind, und diese werden eben so werden, wie wir jene sehen. Allein man wird einwerfen, daß es in frühern Zeiten mit den wissenschaftlichen Qualificationen nicht so genau genommen sei, daß man jetzt schon bei den Prüfungen größere Leistungen fordere und daß durchschnittlich die jüngere Generation des Advocatenstandes scientifisch höher stehe, als

die ältere. Ich gebe zu, daß jetzt die Prüfungen strenger sind, als früherhin, allein wo einmal der Geist der Wissenschaftlichkeit fehlt und wo dieser durch die äußern Verhältnisse des Lebens nicht angeregt, sondern geradezu niedergedrückt wird, da ist auch die durch Prüfungen herbeigeführte höhere geistige Anspannung nur eine vorübergehende, es werden die bessern Köpfe fortwährend jede Gelegenheit ergreifen, in den Staatsdienst überzutreten, und im Advocatenstande neben den Wenigen, welche diesen als ein Asyl der persönlichen Unabhängigkeit zu würdigen verstehen, oder welche ihrer Characterfestigkeit wegen der Staatsdienst zurückschöpfen, hauptsächlich nur Solche bleiben, welche geistig zu schwach, zu träge, zu indifferent oder zu sinnlich sind, um sich über eine spießbürgerliche Lebensansicht und eine bloß handwerksmäßige Beschäftigung erheben zu können. Darf man auch etwas Anderes erwarten? Eine mäßige Routine in den Hauptgrundsätzen des bürgerlichen Rechts und des Proceßverfahrens, daneben noch etwas Criminalrecht, ernährt bei sonst regelmässiger, wenn auch ziemlich geistloser Thätigkeit seinen Mann schon ganz gut, zumal er die wichtigsten Arbeiten mit voller Gemüthsruhe an seinem Schreibtische erledigen und wo eigene Kenntniß nicht ausreicht, etwas Streuzucker von Gelehrsamkeit aus dem Bücherschranke holen kann. Die übrigen Theile der Rechtswissenschaft scheinen bisher dem Advocaten nur wenig Gelegenheit zum Handeln darzubieten, und besonders war und ist man vielfach auch noch sehr gewohnt, unter dem öffentlichen Rechte sich mehr ein halbgeordnetes Chaos von Satzungen und Regierungs-Maximen, als ein harmonisches, durch innere Nothwendigkeit gehaltenes und positiv durch Gesetze darstellbares vollständiges System zu denken, noch weniger aber zu glauben und zu begreifen, daß in einer vollständigen vernunftmässigen Entwicklung des öffentlichen, zumal des constitutionellen Staatsrechts, so wie in einer frischen, lebenskräftigen Auffassung und Handhabung desselben am Ende

die einzige Garantie für den ganzen positiven Rechtszustand zu finden ist. Die gedrückte Lage des Advocatenstandes lockte ihn ohnehin nicht sehr auf ein Feld der Wirksamkeit, wo mehr Gefahren, als lohnende Früchte seiner warteten, und selbst unter dem höher gebildeten Theile ist deßhalb die Zahl derjenigen, welche, um ihren Geist in wissenschaftlicher Lebendigkeit und Frische zu erhalten, sich auf die gelehrte Bearbeitung der einmal gangbaren Doctrinen legen oder zu ändern, der Rechtswissenschaft fremden Nebenstudien *) greifen, größer als derjenigen, welche einen Beruf und zugleich einen geistigen Genuß darin finden, nicht nur den positiven Theil des öffentlichen Rechts sich geläufig zu machen, sondern auch über dessen höhere wissenschaftliche Begründung nach den Richtungen der beiden Hauptschulen, der rationellen und der historischen, nachzudenken und in den wahren, lebendigen Geist dieser Lehren einzubringen. Wir werden erst späterhin die Frage nach allen Seiten hin prüfen, welchen Einfluß es auf die äußere Lage des Advocatenstandes haben müßte, wenn seine Mitglieder sämmtlich das Studium des öffentlichen Rechts mit derjenigen Kraft und Unabhängigkeit der Ansicht und des Urtheils auffaßten, wozu bei aller Ungunst der Verhältnisse doch ihre Stellung noch immer die geeignetsten Vorbedingungen darbietet; hier müssen wir uns darauf beschränken, die negative Seite der Sache hervorzuheben, nämlich auf diejenigen Nachtheile hinzuweisen, welche die unzertrennlichen Folgen jener Ein-

*) Es wird mich hier gewiß Niemand so mißverstehen, als ob ich behaupten wollte, der praktische Jurist solle sich überhaupt nicht mit Nebenstudien beschäftigen, welche nicht unmittelbar zu seiner Wissenschaft gehören, z. B. mit Velletristik, Philosophie, Sprachkunde, Geschichte u. s. w. Nur das tadle ich, daß manche Rechtsgelehrte ihre Nebenstunden auf Kosten ihrer eigenen Wissenschaft in deren vollem Umfange mit Studien ausfüllen, welche sie vielleicht nur mit einer etwas veränderten Richtung leicht in eine wohlthätige und fruchtbare Verbindung mit jener bringen könnten.

seitigkeit sind. Wenn die Advocaten das Studium des öffentlichen Rechts vernachlässigen, so opfern sie damit einen höchst wichtigen Theil der Rechtsvertheidigung, so wie der nach allen Seiten hin unabhängigen Rechtsansicht auf, und unterwerfen sich freiwillig dem Regimente der Staatsdiener-Hierarchie, welcher die Anwendung des öffentlichen Rechts vorzugsweise anvertraut ist. Sie räumen den Organen der Regierung in einem bedeutenden Theile des offenbar gemeinschaftlichen Wirkungskreises, sogar ohne den Versuch des Widerstandes, das Feld und erkennen eben so sehr deren natürliches Uebergewicht, als ihre eigene Unfähigkeit und Ohnmacht an. Daß ein solches von Schwäche zeugendes Zurückziehen nachtheilig auf die Achtung und Würde des Advocatenstandes einwirken muß, leuchtet von selbst ein, besonders aber, wenn man dabei die Abhängigkeit berücksichtigt, in welcher der Advocat schon durch seine Verhältnisse zum Richterstande steht und welche ihm natürlich den Gedanken nahe legt, daß es besser für ihn sei, die Staatsdiener zu Freunden, als zu Feinden zu haben. Wenn man erwägt, daß die Advocaten — als Stand betrachtet — den einzigen seiner äußern Stellung nach unabhängigen Theil des Volks bilden, bei welchem Rechtskunde nothwendig ist und daher vorausgesetzt werden muß, so begreift man wenigstens in einem Lande, in welchem man sich von der unermesslichen Wichtigkeit des öffentlichen Rechts für die individuelle Freiheit, die Sicherheit und Ordnung, so wie für das ganze geistige und materielle Wohlergehen nur einigermaßen überzeugt hat, welche Gefahr für das Volk daraus hervorgehen muß, wenn seine natürlichsten Rathgeber darüber ungründliche, unrichtige oder auch wohl gar keine Ansichten haben, wenn sie, deren Urtheil in jedem Falle der Art zuerst in Frage kommen sollte, offen ihre Unwissenheit *) oder gar

*) Ich habe es erlebt, daß ein alter Advocat mich ganz ernsthaft bat, ihm doch zu sagen, was eigentlich eine Städteordnung sei.

ihre Gleichgültigkeit gestehen, und entweder Andere irre machen, oder jene politische Gefühllosigkeit befördern, welche gerade in constitutionellen Staaten — denn in absoluten soll ja die geistige Theilnahme des Volks an der Beförderung seines eigenen Wohls eben ausgeschlossen werden — so leicht zum tödlichen Marasmus wird. Noch gefährlicher ist aber eine solche wissenschaftliche Einseitigkeit des Advocatenstandes in Zeiten, wo die Entwicklung des öffentlichen Rechts sich in einer Krise befindet, wo Unthätigkeit fast noch mehr schadet, als offener Widerstand, und wo die falsche Richtung, welche die Volksthätigkeit erhält, leicht zu dem nämlichen Punkte zurückleitet, von welchem die Entwicklung ausging. Das Volk aber kann unmöglich den ganzen Stand Derjenigen hoch ehren, welche, obgleich naturgemäß am meisten dazu berufen, doch nicht bereit oder fähig sind, ihm in seinen schwierigsten und wichtigsten Verwickelungen zu Hülfe zu kommen. Es kann nicht zur Vermehrung der äußern Achtung des Advocatenstandes beitragen, daß, während aus seiner Mitte gerade die meisten, tüchtigsten und geeignetsten Volksvertreter in den Ständerversammlungen hervorgehen sollten, man oft sehr lange suchen muß, bevor man einen zum Abgeordneten passenden Advocaten findet.

Fassen wir nun das Bisherige nochmals in den Hauptpunkten kurz zusammen, so finden wir, daß die Advocaten durch die Gesetzgebung und Regierungspraxis in eine falsche Stellung unter sich selbst, zu den Behörden und zum Volke gebracht sind, daß theils die Eigenthümlichkeiten dieser Stellung, theils aber auch die Ungunst der allgemeinen öffentlichen Verhältnisse in Deutschland die Auffassung und Geltendmachung der wahren hohen Bedeutung des Standes bei der überwiegenden Mehrzahl desselben erschwert und verhindert, daß aber das auf diese Weise herbeigeführte oder wenigstens beförderte Sinken des Standes in moralischer und wissenschaftlicher Hinsicht wiederum rückwirkend dessen Achtung und Wirksamkeit beim Publicum vermindern muß. Die vielen Mittel, welche man versucht hat und noch versucht, um die

in der Beschäftigungsweise der Advocaten als naturgemäß vorausgesetzten gefährlichen Tendenzen unschädlich zu machen, haben, weit entfernt, diesen Zweck zu erreichen, nur dazu gebient, die Zahl der Versuchungen zu vermehren, denen der Stand ausgesetzt ist, und eine durch unlautere Motive geleitete Handlungsweise oder geradehin eine völlige Indifferenz gegen alles Gute und Edle zu befördern. Die Mißgriffe, an deren Folgen die äußere und innere Lage der deutschen Rechtsbeistände leidet, treffen freilich mit einer für die allgemeinen deutschen Zustände geltenden Klage zusammen, welche darin besteht, daß man überhaupt mehr geneigt ist, anscheinend Gefährliches zu verhindern, als die Liebe für das Gute hervorzurufen, daß man mehr die polizeilichen Rücksichten gelten läßt, als die constitutionellen, und daß auch die im Volke selbst — die Advocaten mit eingerechnet — vorherrschende Passivität lieber gewähren läßt, als sich zur eigenen Thätigkeit entschließt. Doch ist dabei nicht zu verkennen, daß neben jener allgemeinen Maxime sich zugleich, besonders in vielen höheren Kreisen, die Ansicht geltend gemacht hat, man dürfe gerade die Advocaten in keine solche Stellung bringen, in welcher ihr moralischer Einfluß auf das Volk ein größerer werden würde, als er unter den jetzigen Umständen sein kann. Denn bei der überwiegenden Wichtigkeit derselben für den ganzen Rechtszustand eines Volks (welcher zuletzt und im einzelnen Falle seinen praktischen Anhaltspunkt immer in der Sicherstellung des Privatrechts finden wird, so wie dieses wiederum seine rein wissenschaftliche Begründung und Sicherstellung im philosophischen Staatsrechte) und bei der einleuchtenden Nothwendigkeit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu streben, daß die äußere und innere Stellung dieses Standes eine ehrenvolle, sittliche sei, könnte es Verwunderung erregen, daß bisher so wenig Wirksames zur Abhülfe der unleugbaren Gebrechen auch nur zu thun versucht ist, wenn man nicht recht gut wüßte, daß eine größere Selbstständigkeit des Advocatenstandes theils dazu die unentbehrliche

Vorbedingung, theils aber auch davon wieder die unausbleibliche Folge sein würde, und wenn nicht das Streben der modernen Staatspolitik immer mehr dahin gerichtet wäre, jede kräftige, tüchtige Selbstständigkeit in den abgemessenen Bewegungen eines nicht innerlich lebenden, sondern nur von außen geleiteten Staatsmechanismus untergehen zu lassen. Weit mehr noch als die Lehre wirkt das Beispiel unabhängiger Gesinnung und sich selbst fühlender Mannhaftigkeit; nicht die Lehre, sondern das Beispiel ist die wahre, auf die Dauer unwiderstehliche Propaganda der Freiheit, und das Beispiel muß man verhindern, wenn man die Freiheit nicht will.

IV. Mittel der Abhülfe.

Soll dem Advocatenstande wahrhaft geholfen, soll seine Thätigkeit für das allgemeine Wohl eine segensreiche und zugleich das unerfreuliche Bild, welches seine jetzige äußere Erscheinung im Staate und der bürgerlichen Gesellschaft der Regel nach darbietet, in ein wohlthuendes verwandelt werden, so besteht die Aufgabe einfach darin, seine Stellung und die äußern Bedingungen seiner Wirksamkeit so einzurichten, daß ein redliches gewissenhaftes Handeln für ihn regelmäßig auch das ehrenvollste und lohnendste wird. Der Advocat muß, um der hohen Bedeutung seines Berufs zu genügen, dieselbe mit der ganzen sittlichen und intellectuellen Kraft seines Geistes umfassen, und nicht in einen fortwährenden Kampf zwischen Selbsterniedrigung und Rücksichten auf das tägliche Brot gestellt werden, sondern den Forderungen der Wahrheit, des Rechts und der Ehre schon beschweigen folgen, weil sein eigener Vortheil dies erheischt. Er muß von Selbstgefühl beseelt werden, weil er sich im Besitze des Vertrauens und der Achtung seiner Mitbürger weiß, und es

muß Niemand glauben, ihn deshalb, weil er ein Advocat ist, geringer schätzen zu dürfen, als einen Staatsdiener und namentlich als den Richter. Sein Lohn sei genügend, ja reichlich, damit er nicht durch Nahrungsorgen zu Boden gedrückt werde, damit er gegen Gemeinheit gesichert sei, damit er gegen Dürstige Menschlichkeit üben könne, und damit ihm Muße bleibe, seine wissenschaftliche Ausbildung fortzusetzen und für das Wohl des Ganzen auch da zu sorgen, wo dasselbe nicht gerade von gerichtlichen Handeln abhängt.

Aber wie soll jene Aufgabe gelöst werden? Theorie und Praxis haben sich seit langer Zeit damit beschäftigt und es fehlt weder an Versuchen, noch an gutgemeinten Vorschlägen und Andeutungen zur gänzlichen Reorganisation des Advocatenstandes. Das Bedürfnis einer gesetzlichen Reform wird von allen Seiten gefühlt und zugestanden; nur über die Mittel war bisher keine Vereinigung zu erreichen. Das wichtigste Experiment hat Preußen gemacht, seitdem in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts dort die großen Reformen im Rechtszustande und in der Justizpflege begonnen, aus welchen der gegenwärtige Zustand hervorgegangen ist. Wo die Rechtspflege überhaupt demoralisirt ist (und wie sehr dieß in Preußen selbst beim Cammergerichte der Fall war, sehen wir aus der offiziellen Berrede zu dem im Jahre 1748 publicirten „Project des Codicis Fridericiani Marchici Thl. II. Tit. I. §. 1. 2. Tit. III. §. 1.), da können die Advocaten nicht leicht besser sein, als die Richter, sie werden aber naturgemäß den größten Theil des allgemeinen Unwillens auf sich nehmen. An der Möglichkeit einer moralischen Beredlung des Standes schien man zu verzweifeln und die Gesetzgebung mit einer schonungslosen Härte nicht für sie, sondern nur gegen sie gerichtet zu sein. Schon unter Friedrich Wilhelm I. erschien ein Edict, durch welches denjenigen Advocaten, die sich unterstehen würden, durch einen Potsdamschen Grenadier eine Bittschrift unmittelbar dem Könige überreichen zu lassen, eine Strafe angedroht wurde, deren gesetzliche Sanction allein schon ei-

ner Entehrung gleich steht. *) Auf dieselbe Weise und mit gleich rücksichtsloser Strenge verfuhr Friedrich II., welcher freilich durch seine Schwäche in der bekannten Sache des Müllers Arnold selbst die Unabhängigkeit der Gerichte auf das Tiefste erschüttert und die Veranlassung gegeben hatte, daß Mancher den Gang des Gesetzes zu umgehen suchte, um sich auf anderm Wege sein Recht oder seinen Willen zu verschaffen. Auch von ihm erging noch ein hartes, den Despotismus der damaligen Zeit athmendes Strafedict gegen die Advocaten und Winkelsconsulenten, „die das gemeine Volk zur Widerspenstigkeit oder zum Prozessiren aufwiegeln,“ **) indeß konnte aus dem Gesichtspunkte dieser Ansichten, da natürlich solche Maßregeln ihren Zweck regelmäßig verfehlen, kaum noch ein anderer Schritt geschehen, als die gänzliche Unterdrückung des Advocatenstandes. Dief erfolgte denn auch im Jahre 1780 gleichzeitig mit der Umgestaltung des Prozesswesens überhaupt. An die Stelle der Advocaten sollten künftig im Dienste des Staates stehende Assistenzräthe treten und freilich die Parteien mit Rath und Beistand versehen, zugleich aber auch mit dem Richter gemein-

*) Die Strafe bestand darin, daß der Advocat in Gesellschaft eines Hundes aufgehängt werden sollte. Bemerkenswerth ist noch die Anekdote, welche Förster in seiner Geschichte Friedrich Wilhelms I. erzählt, daß der König in dem von Cocceji ihm vorgelegten Entwurfe des Edicts, in welchem die Strafart offen gelassen war, diese sofort mit dem Pinsel am Rande symbolisch bezeichnete, da er sich zufällig an der Staffelei befand. Später hat man Bedenken getragen, dieses, doch auch die Königskrone nicht zierende Edict, in irgend eine Gesetzsammlung aufzunehmen.

**) Die Rechtsverteidiger wurden in solchem (natürlich allein nach den geltenden Ansichten der damaligen Zeit zu ermessendem) Fall mit »mehrjähriger Zerstungs- oder Zuchthausstrafe oder anderer empfindlicher Leibesstrafe« bedroht, und der Gesetzgeber fügte hinzu, daß sie nach ausgehandelter Strafzeit, »wenn sie sich auf andere erlaubte Weise nicht fortzubringen wüßten, übrigens noch zu Militärdiensten tauglich seien, an das Kowalskische Garnison-Regiment abgegeben werden sollten.«

schaftlich zur Aufklärung der Wahrheit und zur Verhütung von Chicanen mitwirken. — Schon die ersten zehn Jahre reichten indeß hin, um den Beweis zu führen, daß dieses, aus dem Hasse gegen den Advocatenstand und einer unklaren Theorie hervorgegangene Institut der Rechtsvertheidigung ganz und gar unpractisch sei. Die Assistenzräthe verschwanden ganz und gar aus dem Geschäftsleben, und die Advocaten traten nur unter dem veränderten Namen von Justizcommissarien wieder auf. Man wollte freilich von der einmal lieb gewonnenen Ansicht einer unparteiischen Vertbeidigung (womit sich übrigens kein klarer Begriff verbinden läßt) soviel als möglich auch jetzt noch festhalten und das ältere Advocatenwesen wenigstens nicht ohne wesentliche Umänderungen wieder herstellen; man wollte den — übrigens auch durch das Inquisitionsprincip des neuern preussischen Processes schon factisch beseitigten — Grundsatz der freien Vertbeidigung nicht anerkennen und unterwarf die Justizcommissarien daher einer viel strengern Disciplin der Gerichte. Dieselben sollten auch ferner noch im Wesentlichen als Gehülfenbeamte der Gerichte betrachtet werden, deshalb ein sehr genaues, mit pedantischer Umständlichkeit in der allgemeinen Gerichtsordnung vorgeschriebenes Instructionsprotokoll über die von ihren Klienten erhaltenen Mittheilungen aufnehmen und dasselbe auf Verlangen dem Richter zu jeder Zeit vorlegen. Das Rechtsverlezende, was in solchen Vorschriften liegt, gleicht sich freilich durch den Gebrauch wohl wieder aus, denn was die Partei etwa vor dem Richter zu verbergen haben möchte, wird ihr Vertbeidiger, wenn er nur einigermaßen vorsichtig ist, nicht in das Instructionsprotokoll bringen und der Richter daher vernünftig genug sein, um einzusehen, daß er auch auf inquisitorischem Wege nicht wohl mehr erfahren möchte, als was der Sachführer ihm zu sagen für gut hält. Allein die Stellung des Letzten ist dadurch offenbar durchaus verrückt und außerdem sein Subjectionsverhältniß noch bestimmter ausgesprochen in einer Menge kleiner und kleinlicher Bestimmungen, wodurch die

Ansprüche des Rechtsverteidigers auf Belohnung theils beschränkt, theils unter eine das Selbstgefühl verletzende Controle des Richters gestellt werden.

Fragt man nun nach den Erfolgen, welche man in Preußen durch die bisherigen Versuche erreicht hat, so entsprechen dieselben den Erwartungen keineswegs. Die Klagen über die ungünstige Stellung des Advocatenstandes sind dort eben so häufig, als in andern Ländern, *) und was sich darin etwa gebessert haben möchte, ist der Sitte der Zeit, nicht den Einrichtungen zuzuschreiben. Der Advocatenstand ist dort um nichts besser und gebildeter, und sofern er sich nicht etwa der vielgestenden Beamtenaristokratie anschließt, auch um nichts geachteter und einflussreicher, als in den übrigen Theilen Deutschlands. Es ist dabei freilich zu erwägen, daß das Grundprincip des preussischen Processes überhaupt eine kräftige Selbstständigkeit des Rechtsverteidigers nie gestattet wird, und daß schon durch dieses Princip eine Unterordnung unter die richterliche Gewalt ausgesprochen ist, welche sich fast nothwendig auch auf andere Verhältnisse übertragen muß; allein auch außerdem würde selbst dann, wenn Preußen wieder zu der Antragsmarine überginge, **) der dortige Advocatenstand noch immer in einer äußerlich beschränktern Stellung sich befinden, als in der Mehrzahl der übrigen deutschen Länder, und an ein wahres Gedeihen desselben ist auch dort so leicht noch nicht zu denken.

*) Als ein Beweis dafür mag auch die oben angeführte kleine Schrift von Straß gelten, welche, wenn sie auch im Ganzen auf keinem sehr hohen Standpunkte steht, doch manche sprechende Thatfachen anführt.

**) Dafür haben sich in der neuern Zeit kräftige Stimmen erhoben. J. G. Sonnenschildt: einige Bemerkungen über das Civil-Process-Verfahren in Neu-Vorpommern und Rügen und die bei der Redaction einer neuen Preussischen Gerichtsordnung etwa zu berücksichtigenden Vorzüge desselben vor dem jetzigen Processverfahren in den ältern Preussischen Provinzen. Greifswald, 1839. J. D. H. F e m m e, kurze Bemerkungen über den gemeinen Deutschen und den Preussischen Process. Leipzig, 1840.

Neben diesem, aus den Ideen des größten Fürsten seiner Zeit hervorgegangenen und im Ganzen doch so erfolglosen Beispiele verdienen dann die Ansichten über Verbesserung des Advocatenstandes, welche bisher auf rein theoretischem Wege sich Eingang zu verschaffen gesucht haben, wenigstens einer summarischen Andeutung. Als den ausführlichsten der dahin gerichteten Vorschläge dürfen wir denjenigen betrachten, welchen v. Ramdohr in seinem schon mehrmals angeführten Buche entwickelt, und von welchem hier die Hauptumrisse eingeschaltet werden mögen, weil er, wenn auch schwerlich annehmbar, doch theils seiner Originalität wegen, theils aber auch deshalb Aufmerksamkeit verdient, weil man daraus sieht, daß wohlmeinende Männer schon vor vierzig Jahren auch in Deutschland wenigstens ahneten, wo der Sitz der Krankheit zu suchen sei.

Ramdohr geht bei seiner Organisation des Advocatenstandes von der Nothwendigkeit einer allgemeinen Bertheidigungsanstalt im Staate aus, welche den Grundsatz des allen Hilfsbedürftigen zu gewährenden Rechtsschutzes practisch darstellen, demnach außer den eigentlichen advocatorischen Geschäften zugleich die Vormundschaften, Curatelen und ähnliche allgemeine Geschäftsverwaltungen von Amtswegen und ausschließlich besorgen soll. Jene Bertheidigungsanstalt besteht aus dem Corps der Advocaten und wird von einer obern Behörde unter dem Namen des Defensionsamts geleitet. Die Mitglieder dieses Amtes werden von den Advocaten und aus ihrer Mitte gewählt und dem Landesfürsten zur Bestätigung präsentirt; sie erhalten Besoldung aus einer durch Beiträge der Advocaten gebildeten gemeinschaftlichen Casse. Die Candidaten der Advocatur werden zuerst vom Defensionsamte geprüft und wenn sie bestanden sind, als Practicanten einem bereits angestellten Advocaten, welcher sie verhältnismäßig besolden muß, zur Hülfe und zur eigenen weiteren Fortbildung beigegeben; nach fünf Jahren dürfen sie sich zum Hauptexamen melden, welches durch ein Obergericht veranstaltet wird und wobei das

Defensionsamt eine beratende Stimme hat. Das letzte ist zugleich Pupillen-Collegium. Die Zahl der angestellten Advocaten ist bestimmt, und neue Anstellungen erfolgen nur bei Vacanzen. Kein Advocat ist gezwungen, gegen seinen Willen Armensachen und Prozesse gegen den Staat so wie gegen reiche, angesehene Personen zu übernehmen; wer in solchen Fällen der Rechtshülfe bedarf, wendet sich an das Defensionsamt, welches ihm einen Beistand bestellt und dabei vorzugsweise auf die Practicanten Rücksicht nimmt, denen außer einer mäßigen Belohnung (in Armensachen aus der gemeinschaftlichen Cassé) für jede wohlgerathene Arbeit ein Theil der fünfjährigen Vorbereitungszeit erlassen werden kann. Beim Amtsantritte erlegt jeder Advocat in die Cassé eine Summe von Tausend Thalern, welche zur Hälfte als Caution für die Geldstrafen, die er vielleicht verurtheilt, zur andern Hälfte aber als Fonds für die gemeinschaftlichen Ausgaben, namentlich auch zur Einrichtung einer Pensionsanstalt, dient. Das Defensionsamt führt eine fortwährende Aufsicht über die Advocaten, controlirt sie in ihren Geschäften, warnt die Unredlichen oder Unfleißigen und trägt, wenn das nicht hilft, auf Entfernung der Unverbesserlichen vom Amte bei der Regierung an. Alle drei Jahre versammeln sämtliche Advocaten sich am Sitze des Defensionsamtes zu einer Synode. — Die Disciplinargewalt des Richters kann nicht ganz entbehrt werden, ist aber in enge Gränzen einzuschränken, und das Defensionsamt hat die Befugniß, sich des ungerecht Behandelten durch Beschwerden und Rechtsmittel anzunehmen. Die Belohnung des Advocaten soll anständig und reichlich sein und seine jährliche Einnahme mindestens der Besoldung eines Unterrichters gleichkommen; er erhält statt einer Tare für jede einzelne Bemühung gewisse Prozente vom Streitgegenstande, wofür er die ganze Sache zu Ende führen muß, und wodurch die Partei gegen Uebervortheilung durch den Sachführer, so wie dieser gegen Willkühr des Richters sicher gestellt wird. Alle Verträge über das Honorar sind verboten, der

Advocat darf sogar dasjenige, was ihm zukommt, nicht von der Partei selbst erheben, sondern es wird dasselbe vom Gerichte neben den Gerichtskosten eingezogen und ihm zugestellt. Er darf ferner kein Nebengeschäft betreiben, nicht einmal Procuraturen — weil der Procurator die Gerichtskosten für die Partei auszulegen hat, diese aber zugleich mit den Advocaturgebühren vom Gerichte erhoben werden sollen — übernehmen, besonders nicht als Räfler dienen; er wird aber auch durch offene und versteckte Beeinträchtigungen von Winkeladvocaten durch die Bestimmung geschützt, daß Niemand selbst in eigener Sache die gerichtliche Vertheidigung führen kann, wenn er nicht Advocat ist. — Die Advocaten erhalten den Rang der Unterrichter, die Mitglieder des Defensionsamts den der Oberrichter.

Man sieht hieraus, daß Ramdohr wohl fühlte, wo der Fehler liegt, daß er wesentliche Reformen für nöthig hielt, und daß er neben manchen gewiß zweckmäßigen Vorschlägen selbst kühne Maßregeln nicht scheute, um einen bessern Zustand herbeizuführen. Er wollte das Amt der Fürsprecher angenehmer, ehrenvoller, lohnender und selbstständiger machen. Wo dieser Zweck anerkannt wird, fehlt es wenigstens nicht am ernstern Willen, das Unwesen bei der Wurzel zu ergreifen, und wir mögen in unserm Urtheile nachsichtig sein, wenn wir mit der Wahl der Mittel und nicht überall einverstanden erklären können. Und allerdings, wenn man dem Advocatenstande eine allgemeine Vertheidigungspflicht in dem Sinne, wie Ramdohr die Sache aufsaßt, d. h. mit Inbegriff aller vormundschaftlichen Obergewalt, übertragen wollte, so würde seine amtliche Geltung im Staate und damit seine äußere Achtung und Ehre wohl bei Denjenigen steigen, welche für die Schätzung persönlichen Werthes überhaupt keinen andern Maßstab kennen, als die Bedeutung, welche die Regierung den Individuen oder dem Stande beilegt; allein der Wirkungskreis der Advocaten würde zugleich nicht nur erweitert, sondern auch verändert, mit der Unterordnung der Vertheidigung unter eine

Beaufsichtigung durch Andere würde deren Freiheit untergraben werden, die Advocaten würden in dem Pupillen- und Curatelwesen sogar Unterbeamte der Regierung, welche die leitende Oberaufsicht doch wohl nicht aus den Händen geben könnte; sie würden durch die Besetzung des mit Dienstgehaltem verbundenen Defensionsamtes von derselben sogar persönlich abhängig werden. Es würde sich freilich ein *esprit de corps* unter ihnen bilden (und darin, daß es an diesem fehlt, hat Ramdohr eben den rechten Fleck getroffen), dieser aber in Beamtenaristocratie ausarten, sie würden dem Volke, welchem sie ganz und gar angehören sollen, entfremdet werden und überhaupt in eine durch und durch falsche Stellung kommen. Die Art, wie ihre Belohnung regulirt werden soll, ist aus dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit nicht zu vertheiligen, da sie auf einem Durchschnittsmaßstabe beruht, wo menschliche Weisheit gar nicht ausreicht, einen sichern Durchschnitt zu bestimmen, sie ist unausführbar und endlich doch ungenügend, weil in allen Fällen, welche das Gesetz nicht vorsehen, oder wegen Unsicherheit der Beurtheilung bei der Tare vorher nicht berücksichtigen kann, doch das richterliche Ermessen den Knoten zerhauen muß; ja dem Richter soll sogar nach Ramdohr in jedem Falle eine nachhelfende Befugniß dergestalt zustehen, daß er für Arbeiten, bei welchen der Advocat besondern Fleiß und Geschicklichkeit gezeigt hat, eine über die Tare hinausgehende Belohnung zubilligen darf. Wir sehen also, daß es auch bei dieser Einrichtung nicht gelingen würde, den Advocaten vom Richter unabhängig zu machen, ja die Abhängigkeit muß hier noch größer werden, indem da, wo das persönliche Ermessen vom Gesetze dispensiren kann, die Ansprüche auf solches Ermessen naturgemäß sich häufen, die Gewährung derselben aber wesentlich von der guten Meinung und dem Wohlwollen des Richters abhängt. — Das Bestreben, die Rangverhältnisse durch gesetzliche Normen ordnen und von diesen die äußere Achtung abhängig machen zu wollen, ist ein trübseliger Nothbehelf,

welcher unter einem gebildeten freien Volke nie seinen Zweck erreichen wird; nur in despotischen Staaten, wo durch eine lange Stufenleiter in der Staatsdienerhierarchie der weite Abstand zwischen Oberhaupt und Unterthanen anschaulich gemacht werden muß, seine eigentliche Heimath hat, und in den Augen der Aufgeklärten nicht einmal den Nachtheil ausgleichen kann, welcher für die öffentliche Achtung nothwendig daraus entsteht, daß das Gesetz durch Befreiung des einzelnen Advocaten von der Pflicht der Rechtshülfe gegen Mächtigere oder gegen den Fiskus die Freigiebt der öffentlichen Rechtsvertheidiger in Schutz nimmt und befördert.

In ähnlicher Weise, wenngleich nicht mit der nämlichen Originalität und Kühnheit wie Ramdohr, haben vor und nach ihm wohlmeinende Schriftsteller in einer bessern Organisation des Advocatenstandes das einzige Mittel zur Abhülfe zu finden geglaubt. So viel wahre Ansichten über die Sache nun auch auf diese Weise im Laufe der Zeit verbreitet und festgestellt worden sind, so leiden doch die meisten jener Vorschläge entweder an dem Fehler, daß man, um den Rechtsvertheidigern eine angenehmere, vortheilhaftere und ehrenvollere Stellung zu bereiten, Maßregeln verlangte, welche theils den Zweck keineswegs erreichen, theils aber sie dem Volke noch mehr als bisher entfremden und noch abhängiger machen würden; oder an der Unvollständigkeit, daß man sich den Advocatenstand als ein isolirt für sich bestehendes Institut dachte, welches man, wenn es abgenutzt oder altmodig geworden sei, nur etwas umformen und verbessern dürfe, um es wieder dauerhaft und zum guten und sichern Gebrauche aufs Neue geeignet zu machen. Besonders im letzten Falle übersah man, daß der Stand der Jurisprecher ein organisches Glied unserer ganzen Rechtsverfassung bildet, daß er mit seiner ganzen Eigenthümlichkeit in den Fundamenten derselben wurzelt, und daß man also, um ihn allein loszutrennen und umzuformen, entweder seinen eigenen Lebensnerv zerreißen oder jene Fundamente

erschüttern mußte, oder gar Beides *). So zerstört Ramdohr — und mit ihm viele Andere — die Unabhängigkeit

*) Aus diesem Gesichtspunkte erscheint mir auch die Ansicht, aus welcher S. P. Gans in seinem übrigens trefflichen Buche: von dem Amte der Jurisprudenten vor Gericht, 2te Ausg. Gießen, 1827, die Sache beurtheilt, nicht umfassend genug, obgleich ich nicht nur nach mehren Stellen dieses Buchs, sondern auch nach dem spätern Artikel „Advocat“ im Rechtslexikon annehmen darf, daß der gelehrte Verfasser in allen Hauptpunkten mit mir einverstanden sein wird. — Abweichender ist schon die Auffassung in der kürzlich erschienenen Schrift von J. G. Beschorner: die Reform des Advocatenstandes in Deutschland, mit besonderer Beziehung auf das Königreich Sachsen (Dresden und Leipzig, 1840). Der Verf. geht wieder zurück auf einen Standpunkt, welchen schon manche seiner Vorgänger eingenommen haben, indem er die Regeneration des Advocatenstandes lediglich von einer Reform seiner äußern Verhältnisse, namentlich von der Errichtung einer Advocaten-Corporation und von Disciplinarkammern, weniger jedoch von Umänderungen in der Staats- und Gerichtsverfassung hofft. Es wird an spätern Stellen noch Gelegenheit genommen werden, diese Hauptabweichung, welche der Referent in Gersdors's Repertorium mit den Worten anerkennt, daß der Verf. „weit davon entfernt sei, von gewissen radicalen Mitteln eine besondere Hülfe zu erwarten,“ beiläufig im Einzelnen zu berühren; nur möge die allgemeine Bemerkung hier noch Platz finden, daß ich, abgesehen freilich von dieser Verschiedenheit der Ueberzeugung im Grundprinzip, mit dem Reiffen, was der Verf. sagt, völlig einverstanden bin und die Schrift, besonders wegen der Zusammenstellung vieler historischen und statistischen Notizen für sehr verdienstlich halte. — In ähnlichem Sinne spricht sich auch eine andere, fast gleichzeitig erschienene kleine Schrift aus: J. Ehr. Bleichschmidt, Ideen zur Verbesserung der Stellung des Advocatenstandes im Königreiche Sachsen, als Petition der hohen Ständeversammlung überreicht. Leipzig, 1840. Da übrigens beide Verfasser durch die Hoffnung, daß die Gesetzgebung Sachsens sich bald mit den Verhältnissen des Advocatenstandes beschäftigen werde, also durch locale und temporäre Umstände veranlaßt sind, das Wort zu ergreifen, so war es allerdings auch in der Ordnung, daß sie ihre Aufmerksamkeit zunächst auf Dasjenige richteten, was durch die Gesetzgebung für die Verhältnisse des Standes selbst und unmittelbar geschehen kann.

des Advocatenstandes und gefährdet dadurch mittelbar die Unabhängigkeit des Richterspruchs. So werden noch jetzt von vielen Seiten für die Advocaten Rang und Titel gefordert, aber die Zeiten, wo die öffentliche Achtung durch eine Rangordnung bestimmt werden konnte, sind vorüber, und der Himmel verhüte, daß sie wiederkehren. So sieht man ein, daß das Geschäft des Advocaten einträglichler werden muß, als es bis jetzt ziemlich überall in Deutschland ist, aber als Mittel dazu wagt man nicht leicht weiter, als bis zu einer neuen Tarordnung und einer Beschränkung der Advocaten auf eine bestimmte Zahl *) zu gehen, ohne zugleich dafür zu sorgen, daß der höhere Lohn auch dem wahren Verdienste zusalle, was bei unsern jetzigen Einrichtungen durch alle Tarordnungen in der Welt nicht zu errei-

*) Daß die Festsetzung einer gesetzlich zulässigen Zahl von Advocaten, also die Monopolisirung der Rechtsverteidigung eben so verwerflich sei, als die unbedingte Freigebung derselben, und daß nur die Nachweisung einer gehörigen Qualifikation die einzige Bedingung für die Gesuttung der advocatorischen Praxis sein dürfe, hat besonders Rittermaier (Arch. für civ. Prar. Bd. XV. S. 280) gründlich gezeigt, indem er dabei auch dem Verf. des mehrmals angeführten Buchs: Deutschlands Rechtspflege S. 272 in diesem Falle entgegentritt. Seinen Gründen — welche vorzüglich in der Aufhebung oder wesentlichen Beschränkung der gerade für die lebendige geistige Thätigkeit und Regsamkeit der Rechtsverteidigung so notwendigen Concurrency, so wie in der durch jene Monopolisirung gesörderten Idee einer Anstellung, eines Staatsamtes bestehen — füge ich nur noch hinzu, daß bei einer geschlossenen Advocateninnung dem freiwillig aus dem Amte zurücktretenden Staatsdiener gar keine Zuflucht übrig bleiben würde, um seine Ehre und Selbstständigkeit aus dem Kampfe zwischen Nahrungsorgen und unerträglichen Zummuthungen zu retten. Wer übrigens die entgegengesetzte Meinung, wenn auch nicht gerade sehr glänzend, doch sehr eifrig verteidigt lesen will, der möge die Schrift von Dr. & A. P. Straß: über die Reform des Advocatenstandes im Preussischen Staate (Berlin, 1840) zur Hand nehmen. Wir werden gewiß nichts erreichen, so lange wir nur um das tägliche Brot jammern.

chen ist, und daß das Publicum auch in den Stand gesetzt werde, die Größe des Verdienstes zu würdigen, weil es sonst jede, auch die geringste Vermehrung der äußern Annehmlichkeiten und Vortheile des Advocatenstandes nur als eine Vergrößerung seiner eigenen Last betrachten wird.

Darüber freilich sind alle Verständigern längst einverstanden, daß eine wahre Reform nur dann möglich ist, wenn sie von der Grundansicht ausgeht und den Hauptzweck verfolgt, den Advocaten in eine solche Stellung zu bringen, daß er nicht nur sich selbst achtet, sondern auch vom Publicum als solcher geachtet wird. Bei jeder öffentlichen Einrichtung soll und muß ein reines, gutes Gewissen Derjenigen, welchen eine bestimmte Wirksamkeit übertragen ist, allerdings erwartet und verlangt werden, allein es ist immer fehlerhaft, darauf allein zu rechnen, weil der wohl organisirte Staat weder das Recht, noch die Gewalt hat, auf das Gewissen des Einzelnen einzuwirken. Diesen Fehler hat man nun freilich bei dem Advocatenstande in Deutschland wohl vermieden und ist weit entfernt gewesen, im Zweifel strenge Gewissenhaftigkeit vorzusetzen; allein statt zur Bürgschaft für ein redliches, tüchtiges Handeln denjenigen Hebel zu benutzen, welcher überall in der Welt als der sicherste erkannt wird, um das zu befördern, was auch die Moral verlangt, nämlich die Ehre, hat man in den tiefften Kreis der menschlichen Interessen gegriffen und Redlichkeit allein zu befördern geglaubt, indem man durch die materiellsten Güter lohnte und strafte. Das Gewissen steht zu der Ehre gewissermaßen in einem ähnlichen Verhältnisse, wie das ewige, der individuellen Forschung überlassene Recht zu dem formalen, d. h. zu demjenigen, welches äußerlich als wirklich geltendes anerkannt und als bindende Norm für die menschlichen Handlungen benutzt wird: auch über das, was das Gewissen fordert, mag Niemand mit dem Andern rechten, aber die allgemeine Stimme hat sich über bestimmte Hauptprincipien des Handelns vereinigt, nach welchen sie die Sittlichkeit der Handlungen,

so wie die Achtung abnimmt, die sie dem Handelnden zollt, und das Gefühl für den Werth dieser Achtung, das Streben nach ihrem anerkennenden und die Scheu vor ihrem tadelnden Urtheile erzeugen und unterstützen da, wo man diese Regungen richtig zu leiten und zweckmäßig zu benutzen versteht, wenigstens in einem sehr hohen Grade die Wirksamkeit eines noch wachenden Gewissens. Unsere höhere Staatskunst ist keineswegs unbekannt mit dieser Wahrheit, obgleich die Resultate, welche man durch die Benutzung des Ehrgeizes erreicht hat und erreicht, zum Theil selbst die Güte des Mittels verdächtig machen könnten, wenn man nicht berücksichtigt, daß hier nur von derjenigen Ehre gesprochen wird, welche nicht von den einseitigen Ansichten und Vorurtheilen herrschender Parteien oder einzelner Gewalthaber abhängig ist, sondern von derjenigen, welche unter der Censur und dem Schutze einer wahrhaften und aufgeklärten öffentlichen Meinung steht.

In den Genuß einer solchen äußern Achtung konnte nun aber bei uns der Advocat bisher schon deshalb nicht gelangen, weil es bei uns überhaupt noch viel zu sehr an einem lebendigen, kräftigen Rechtsgesühle fehlt. Damit aber begreifen wir, daß, um das äußere Verhältniß der Rechtsvertheidigung überhaupt günstiger zu machen, wir den Horizont viel weiter ausdehnen müssen, als bisher regelmäßig geschehen ist. Worin liegen die Ursachen des bei uns so wackelnden, fränkenden und ungeläuterten Rechtsinnes? Theilweise darin, daß ein geordneter und gesicherter Rechtszustand im Staate überhaupt von organischen Grundeinrichtungen abhängig ist, welche bei uns noch in der Kindheit sich befinden, theilweise aber auch in der Eigenthümlichkeit unserer bürgerlichen Gesetzgebung und unsers Prozeßverfahrens. Auch darüber sind Klagen von vielen Seiten laut geworden, gegründete und grundlose, und in eben solcher Mannigfaltigkeit sind Verbesserungsvorschläge gemacht; wenn man aber gerade aus der Mitte des Publicums über keinen Zweig der öffentlichen Einrichtungen so allgemeine und so leidenschaft-

liche Klagen hört, als über die Mangelhaftigkeit unserer Justizverfassung, so mögen wir uns wohl hüten, den Grund der Beschwerden immer auch da zu suchen, wo die Volksmeinung ihn der Regel nach gefunden zu haben glaubt. Ueber Kostspieligkeit der Prozesse wird ziemlich Jeder klagen, der die Erledigung einer Streitfrage im gerichtlichen Wege für ein freilich unvermeidliches, aber in Ansehung der Sicherheit des Erfolges kaum über dem Glückspiele stehendes Uebel hält, und Richter wie Advocaten nur als Menschen betrachtet, welche von der Zankucht Anderer leben wollen; der Gang des Verfahrens wird Jedem zu langsam erscheinen, welcher selbst in seiner eigenen Sache diesem Gange nicht in seinem allmäligen Fortschreiten folgt, sondern nur in einzelnen Hauptstadien desselben von den Resultaten Notiz nimmt, und diese Resultate nach Maßgabe der verbrauchten Zeit und des aufgewandten Geldes dann um so weniger für genügend hält, je ungeduldiger der Eigennuz immer dem Siege entgegensteht und je unbedingter die Verblendung ihn für erreichbar hält. Wie wir auch an unserer ganzen Rechtsverfassung und namentlich am Prozeßverfahren bessern und heilen mögen, es wird, soll anders nicht der Hauptzweck, d. h. ein genügender Rechtsschutz, aufgeopfert, soll nicht türkische Einfachheit und Schnelligkeit an die Stelle ruhiger Prüfung gesetzt werden, an Kürze und Wohlfeilheit wenig mehr zu gewinnen sein, als was schon jetzt in manchen deutschen Staaten erreicht ist. Jene Klage muß also wohl einen andern Grund haben, und es ist nothwendig, denselben mit unbefangenen Blicke aufzusuchen, weil nur Leichtsinns oder Verblendung eine allgemein ausgesprochene Beschwerde unbeachtet lassen kann, wenn sie auch in der Form, wie sie ausgesprochen wird, ein irriges Urtheil enthalten oder auf ein falsches Ziel gerichtet sein sollte. Besonders aber liegt eine allgemeine Verständigung darüber im Interesse der Advocaten, weil sie zunächst es sind, auf welche die Vorwürfe fallen, wenn das Publicum die deutsche Prozeßführung zu langsam und zu theuer findet. Wo man einem lebhaften

und durch den größten Theil des Volks gehenden Wunsche nicht genügen kann, weil er auf einem Irrthume beruht, da ist es Pflicht, diese irrige Ansicht zu heilen und solche Einrichtungen zu treffen, daß klare Einsicht Allen zugänglich werde; eine dem gesunden Blicke sehr einleuchtende Wahrheit, welche jedoch von der heutigen Politik leider nur zu oft vernachlässigt wird, weil man sich selbstgefällig dem Wahne hingibt, als bedürfe es nicht der Zufriedenheit der Staatsangehörigen mit den Institutionen, sondern nur der äußern Ruhe. Betrachten wir aber unsere Rechtsverfassung aus diesem Gesichtspunkte, so hat sie unzweifelhaft sehr Vieles nachzuholen. Das Recht mit seinen organischen Einrichtungen ist dem Volke zu fremd geworden, darum muß vor Allem dafür gesorgt werden, daß das Volk wieder bekannter damit werde und Vertrauen dazu gewinne. Die Römer, unsere großen Lehrer und Meister in diesem Punkte, würden ein scharfes Urtheil über den Rechtsinn desjenigen Volks gefällt haben, bei welchem die Anstrengung eines ganzen thätigen Lebens, die ganze Hingabe eines glücklich organisierten Geistes dazu gehört hätte, um aus einer Menge in mancherlei Sprachen geschriebener Rechtsbücher der verschiedensten Zeiten und Nationen nur mit einiger Vollständigkeit und Sicherheit Dasjenige herauszufinden, was im eigenen Lande überhaupt als Recht gilt, und bei welchem man die Verhandlung über die wichtigsten materiellen Interessen des Einzelnen dem geheimen Schriftwechsel unter dritten Personen und dem Verfahren hinter verschlossenen Thüren überlassen müßte. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn selbst die beim Streite unmittelbar beteiligten Parteien nur für Dasjenige Interesse haben, was geworden ist, nicht auch dafür, wie es so geworden ist, so wie, daß sie das Verdienst nur nach dem Erfolge abmessen und zwar um so geringer würdigen, je vollständiger sie von der Gerechtigkeit und Einfachheit ihrer Sache von vorn herein überzeugt waren.

Nach diesem allgemeinen Blicke auf das Ganze werden

wir schon näher auf Dasjenige geführt werden, was aus dem oben bezeichneten Gesichtspunkte als Fehler unserer heutigen Rechtsverfassung erscheinen muß. Indem wir dieselben nunmehr einzeln betrachten, werden wir uns jedoch einer Prüfung und Abwägung der in solcher Hinsicht schon von Andern aufgestellten allgemeinen Gründe und Gegenstände zu enthalten und uns auf dasjenige zu beschränken haben, was mit dem Hauptzwecke unserer Untersuchung in näherer Verbindung steht. Das erste Bedürfnis ist die Einführung neuer bürgerlicher und peinlicher Gesetzbücher, wo es daran noch fehlt. Soll das Recht bei uns wieder populär werden, soll ein kräftiges Rechtsgefühl, welches andere Völker, namentlich das englische, so sehr auszeichnet und so hoch hebt, bei uns wieder einkehren, so wird Jeder zugeben, daß das bei dem jetzigen Stande unserer Jurisprudenz und der Eigenthümlichkeit ihrer Quellen eine reine Unmöglichkeit ist. Freilich würde es abgeschmackt sein, zu fordern, daß alle Staatsangehörigen eine vollständige, bis in die kleinsten Einzelheiten dringende und genügende Rechtskenntnis haben müßten, und zu glauben, daß sich ein solcher Zustand der allgemeinen juristischen Bildung durch neue Rechtsbücher erreichen ließe, was natürlich nur bei einer dem rohesten Culturzustande entsprechenden Einfachheit des Rechtssystems oder bei einer allseitigen gründlich wissenschaftlichen Erlernung desselben möglich wäre; dahin aber kann und wird man dadurch gelangen, daß wir ein Recht erhalten, welches der Ausdruck unserer eigenthümlichen Ansichten und das Product unserer wahren selbstgefühlten Bedürfnisse ist; ein Recht, welches in keiner andern Sprache redet, als der vaterländischen, dessen Quellen auch dem Laien wenigstens zugänglich sind und dessen Entscheidungen das Volk nicht als Orakelsprüche betrachten muß, deren wissenschaftliche Nothwendigkeit ihm eben so wenig begreiflich ist, als die inspirirende Kraft des Pyrrhais von Delphi. Gilt der Advocat jetzt, wo auch der Einfältigste sich wenigstens den Schein geben muß, als verstände er die gebräuchlichsten

totden und lebenden Sprachen, wo er, sei es aus Gewohnheit oder Windmacherei, jeden Augenblick dunkle, vieldeutige Rechtsparömien als Paradesperde vorreitet, und vielleicht um so mehr mit lateinischen Brocken um sich wirft, je weniger er wahrhaft tiefe, wissenschaftliche Bildung besitzt, gilt er jetzt beim großen Haufen, der ihm in die finstern Gewölbe seines geheimnißvollen Wissens gar nicht nachfolgen kann, gewissermaßen als ein Zauberer, der durch unbekannte Kräfte Recht schaffen und zerstören könne, und dessen Hülfe man sich durch Opfer erkaufen müsse, so wird wenigstens diese Ansicht eine hellere werden, sobald die wissenschaftliche Sprache des Rechts auch die des Volkes geworden ist, dieses in den Gesetzen den Ausdruck seiner Eigenthümlichkeiten, Bedürfnisse und Ansichten findet und Rechtskenntniß überhaupt nur als eine besondere Seite der Nationalbildung erscheint. In dem Maße aber, als das wahrhaft vaterländische Recht von dem Volke als ein Product seines eigenen organischen Lebens erkannt wird, muß auch die Liebe zu demselben aufs Neue erwachen, und dadurch, wenn auch erst allmählig, doch desto sicherer, jenes gesunde, kräftige Rechtsgefühl hervorerufen werden, von welchem die Achtung vor den zum Schutze des Rechts dienenden Instituten wesentlich abhängt. Es ist auch ein sehr ungerechter Vorwurf, wenn man die Advocaten beschuldigt, daß sie eben die Einführung neuer vaterländischer Rechtsbücher nicht wünschten und derselben hinderlich seien, weil in diesem Falle Jeder sich selbst die nöthige Rechtskenntniß verschaffen könnte und ihre Hülfe also entbehrlich werden würde. Ich bin freilich weit entfernt, diesen Vorwurf mit der Versicherung beseitigen zu wollen, daß der heutige deutsche Advocatenstand durchgängig Selbstverleugnung genug besitze, um eine Verbesserung der Rechtsverfassung, selbst auf Kosten seiner Existenz, zu wünschen; das darf man indeß behaupten, daß nur die größte Unkunde eine solche Folge aus der Einführung neuer Rechtsbücher erwarten könnte. Vieles wird dadurch allerdings zusammenhängender, einfacher, leichter, faßlicher und

bestimmter, manches Vorstudium entbehrlich oder doch minder wichtig werden, auch dem Laien eine vollständigere Belehrung über die wichtigsten Beziehungen seiner äußern Verhältnisse zu Gebote stehen; allein so lange die Cultur nicht zurückschreitet, alle gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wieder zu jener Einfachheit zusammenfließen, welche uns die Geschichte nur in den Kinderjahren der Völker zeigt, so lange wird auch die Rechtskenntniß eine Wissenschaft bleiben, welche nicht durch flüchtiges, planloses Naschen, sondern nur durch ernstes Studium erlernt werden kann, und wir werden in dieser Hinsicht schon außerordentlich viel gewonnen haben, wenn wir durch Vereinfachung der Wissenschaft es nur dahin bringen, daß es auch mittelmäßigen Köpfen möglich wird, sich in allen Theilen des Systems, und besonders in denjenigen, welche jetzt so sehr vernachlässigt werden, einigermaßen vertraut zu machen. Die Ansicht jener alten Doctoren von Bologna, daß eigentlich doch nur dasjenige wirkliche Recht sei, was die römischen Rechtsbücher lehren, spukt noch mehr in der juristischen Welt umher, als man glauben sollte, und wird nicht eher mit der Wurzel ausgerottet werden, als wenn namentlich unser bürgerliches Recht eine neue, einheimische Grundlage erhält und dadurch das Rechtssystem, welches jetzt als ein nur mechanisch zusammenhängendes Conglomerat der fremdartigsten Bestandtheile erscheint, seinem ganzen Umfange nach zu einem harmonisch gegliederten, klaren und lebendig organischen Ganzen umgeformt wird. Erst dann ist es auch möglich, einen in wissenschaftlicher Hinsicht — wenigstens der Mehrzahl seiner Mitglieder nach — tüchtigen Advocatenstand zu erhalten, welcher seine hohe Aufgabe nicht nur begreift, sondern derselben auch gewachsen ist, wogegen es jetzt nach den Forderungen, die wir stellen müssen, nur einzelne gute Advocaten gibt.

Noch viel wichtiger aber für die Sicherstellung des ganzen Rechtszustandes, und dabei von unmittelbar entscheidendem Einflusse auf die Stellung der Advocaten ist

die Einführung einer öffentlichen und mündlichen Rechtspflege. Der oben ausgesprochenen Absicht gemäß beschäftigen wir uns hier nicht mit denjenigen allgemeinen Gründen, welche dieselbe nothwendig machen, und welche schon ihre geistvollsten, scharfsinnigsten und beredtesten Vertheidiger gefunden haben *); unsere Aufgabe beschränkt sich darauf, denjenigen Einfluß nachzuweisen, welchen eine solche Reform des Gerichtswesens auf den Advocatenstand ausüben würde. Zunächst werden selbst die Gegner der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit nicht bestreiten, daß auch darin ein wesentliches Mittel enthalten ist, den öffentlichen Rechtssinn des Volkes zu schärfen, den Werth des Rechts zu erhöhen und die Achtung vor den Mitteln des Rechtsschutzes zu vermehren. Fassen wir dann aber Dasjenige, was oben über die Gebrechen der jetzigen Stellung des Advocatenstandes gesagt wurde, mit einem Blicke zusammen, so finden wir deren Hauptursache darin, daß durch die Abgeschlossenheit, in welcher die Rechtsverhandlung und Rechtsvertheidigung dem Publicum gegenüber bei der jetzigen Gerichtsverfassung sich befindet, alles Dasjenige, was dem Jurisprudenten seinen Stand werthvoll und theuer machen soll, sein Einkommen, seine Ehre, seine Zufriedenheit und Ruhe fast ganz und gar in die Hände des Richters gelegt, daß dadurch seine Unabhängigkeit vernichtet, er selbst, der wachend und beaufsichtigend neben dem Richter stehen sollte, widernatürlich demselben untergeordnet, daß selbst die Anerkennung seines Werthes

*) Vor Allen v. Feuerbach, Betrachtungen über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeitspflege. Gießen, 1821. (Ein Buch, welches fast alle andern Werke über diesen Gegenstand entbehrlich gemacht hat) Rittermaier, der gemeine deutsche bürgerliche Proceß im Vergleiche mit dem Preussischen und Französischen Civil-Verfahren, in vier Beiträgen. Bonn, 1822. (Besonders Beitr. I. Cap. X.) Deutschlands Rechtspflege, wie sie ist und sein sollte. Th. I. Altenburg, 1831. (Nedoch wegen der zum Theil dem constitutionellen Liberalismus feindlichen Ansichten mit Vorsicht zu gebrauchen.)

und seiner Tüchtigkeit beim Publicum fast nur oder doch dem größten Theile nach durch die Vermittelung der richterlichen Schätzung möglich ist. Hier also muß geholfen werden, wenn überhaupt Hülfe ernstlich beabsichtigt wird, denn hier liegt die Wurzel des Uebels. Nur bei öffentlich und mündlich vor den Augen und Ohren des ganzen Volks verhandelter Rechtspflege kann dem Advocatenstande jener höhere wissenschaftliche, moralische und geistige Schwung gegeben werden, von welchem nicht nur seine innere Tüchtigkeit, sondern auch seine äußere Achtung abhängt. Haben wir bisher über den Schlenbrian des Advocatenwesens mit Recht zu klagen gehabt, so ist Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens das sicherste Mittel, denselben bis auf das Unvermeidliche zu vermindern. Ein deutscher sogenannter Rechtsgelehrter, der von seinen Universitätsjahren gerade genug Erinnerungen im Gedächtnisse behalten hat, um seine oberflächliche Ansicht von der Sache in ein Gemisch von deutschen und lateinischen Kunstwörtern einzunwickeln, der bei jedem Rechtsfalle, bei jeder einzelnen Arbeit mechanisch seinen Leisten von der Wand herablangt und darüber den gelieferten Stoff schlägt und dehnt, so gut oder schlecht es gehen will, der nun einmal keinen auch nur halbwegs brauchbaren Gedanken anders fassen kann, als am Schreibtische im Schlafrode und in der Nachtmüze, der bei jeder Rechtsfrage erst Belehrung aus zehn Compendien oder gar nur aus einem einzigen sich holen muß, ehe er nur überhaupt im Stande ist, sich zu fassen, ein solcher Fürsprecher oder vielmehr Fürschreiber — und sie sind wahrlich so ganz selten nicht — würde schwerlich lange das Feld behaupten gegen denjenigen, der, vollständig vertraut mit dem Stoffe, dabei mit Geistesgegenwart, Fassung und raschem Blicke begabt, sich nicht nur in dem künstlichen, schwerfälligen Organe der Schrift, sondern auch in dem natürlichen, gefälligen und eindringlichen der mündlichen Rede gewandt, kräftig und deutlich auszudrücken versteht. Alles, womit Ignoranz, Pedanterie und Gewohnheit den eigentlichen gesunden Kern einer schriftlichen Darstellung zu

umgeben pflegen, würde beim mündlichen und öffentlichen Verfahren wie unnützer und geschmackloser Plunder von selbst abfallen und hohle Phrasenjägerei einer einfachen, gediegenen Wissenschaftlichkeit Platz machen. Freilich wird gerade von diesem Gesichtspunkte aus nicht selten ein Einwurf ganz entgegengesetzter Art erhoben, indem man die Besorgniß hegt, daß beim mündlichen Verfahren die Gründlichkeit leiden und an die Stelle der ruhigen, scharfen und besonnenen Prüfung, welche vollständig doch nur innerhalb der vier Wände des traulichen Arbeitszimmers möglich sei, eine gehaltlose Oberflächlichkeit und leere Wortmacherei treten, daß also Alles, was wir jetzt noch an Wissenschaftlichkeit im Advocatenstande besitzen, bei der öffentlichen Mündlichkeit verloren gehen würde. Indeß wird bei diesem Einwurfe gewöhnlich übersehen, daß auch dem mündlichen Verfahren, soll anders dasselbe zweckmäßig geordnet werden, ein schriftliches Vorverfahren nothwendig vorhergehen muß und von allen Schriftstellern, welche die Mündlichkeit fordern, zur Bedingung gemacht wird. Was also die schriftliche Erörterung in dieser Hinsicht Gutes gewährt, das soll in vollständig genügendem Maße beibehalten und der Ungründlichkeit, so weit dieselbe als Folge des rein mündlichen Verfahrens zu besorgen sein möchte, ein Damm entgegengesetzt werden. Außerdem aber könnte man der so oft und viel gerühmten deutschen Besonnenheit doch auch wohl soviel zu trauen, daß die Richter sich nicht so leicht durch das leichte Geschwätz eines unwissenden Raissenneurs werden bestechen lassen. Bloße Mundfertigkeit ohne Klarheit der Gedanken und Tiefe des Wissens kann nur, so lange sie neu ist, bei vernünftigen Männern imponiren und blenden; hat man einmal seinen Mann kennen gelernt, so wird ihm aller declamatorische Prunk nichts mehr helfen. Dagegen aber ist es eine Thatsache, welche Jeder bestätigen wird, der einmal Veranlassung gehabt hat, über irgend einen wissenschaftlichen Gegenstand öffentlich und mündlich zu verhandeln, daß ein solcher Kampf ungleich mehr Festigkeit, Sicherheit und Ge-

wandtheit in der Vorbereitung erfordert, als eine schriftliche Erörterung am Schreibpulte, wo ja die Möglichkeit des Streichens so leicht sorglos macht. Daß übrigens auch bei dem mündlichen Verfahren eine Täuschung möglich sei, wird Niemand leugnen wollen, aber vor Täuschungen, vor Verkennung der Wahrheit und des Rechts sind wir sterblichen Menschen überhaupt nie sicher, und auf jeden Fall weniger, wenn ein geheimes Verfahren auch geheime Motive begünstigt, als vor aller Augen, wo die Schaam selbst den Ehrgeiz läutert. Und finden wird nicht gerade da, wo schon seit langer Zeit die Rechtspflege öffentlich und mündlich gehandhabt wird, zumal in England, Frankreich, Nordamerika u. s. w. die gelehrtesten, scharfsinnigsten und tüchtigsten Männer unter den Advocaten? Hier gilt der Stand der Rechtsvertheidiger nicht nur als die natürlichste und beste Schule für die parlamentarische Laufbahn und den Staatsdienst, sondern auch eine Menge der berühmtesten Schriftsteller zählt er unter seinen Mitgliedern. Der Unterschied ist also vielmehr wohl nur der, daß Ungründlichkeit, Oberflächlichkeit und Ignoranz bei dem schriftlichen und geheimen Verfahren unter den Acten begraben werden, also der Welt verborgen bleiben, bei dem öffentlichen und mündlichen aber an das Licht des Tages kommen und desto rascher ihre Rolle ausspielen. Wenigstens würde man sich durch die Erfahrung sehr getäuscht finden, wenn man glauben wollte, daß die jetzige schriftliche Verhandlungs-Maxime dem gründlichen, gediegenen Wissen Vorschub leistete. Man werfe nur einen Blick in die Acten, wie sie nicht nur bei den untern, sondern auch bei den obern Gerichten sehr häufig, ja fast regelmäßig geführt werden, wie die Parteischriften oft von Flachheiten, Ungereimtheiten, nicht selten sogar von den größten Sprachfehlern wimmeln, wie Alles von dem Streben zeugt, nur Bogen zu füllen und dem, was einmal geschehen muß, wenigstens formell zu genügen, und man wird sich überzeugen, daß wir wahrlich keinen Nachtheil zu befürchten haben, wenn die träge Indolenz, das handwerksmäßige mechanische Schreiberleben durch

Schaam und Ehrgeiz eine wohlthätige Fermentation erhält. Das Papier ist, nach deutscher Redeweise, geduldig, und nimmt eben so leicht eine Dummheit, als den erhabenssten Gedanken auf; der Schreiber aber kommt vielleicht nicht einmal zu der Ahnung, daß er eigentlich ein hirnloser Tropf sei, zumal wenn es Demjenigen, der hinterher über das Geschriebene wohl zu urtheilen Gelegenheit hätte, nur Widerwillen verursachen würde, nicht nur die Unrichtigkeit, sondern auch die geschmacklose Form der Darstellung nachzuweisen und das schriftstellerische Product des Sachführers wie das Exercitium eines Schulknaben zu corrigiren. Bei dem mündlichen Verfahren aber findet jedes Wort seinen Richter in der öffentlichen Meinung, welche ihr Urtheil sehr bald sich bilden und verkünden wird, und welche sicherer und vollständiger lobt und straft, als das Aeternwesen möglich macht. Eines erheblichen Irrthums schriftlich überwiesen zu werden, pflegt nicht für eine sonderliche Niederlage zu gelten; wer aber offen vor dem versammelten Gerichte und vor dem Volke seine Unwissenheit anerkennen mußte, der wird sich gewiß hüten, daß ihm das nicht zum zweiten Male begegnet. Ein weiterer Einwurf gegen die Zweckmäßigkeit des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, in so weit dasselbe auf die Verhältnisse der Advocaten von Einfluß sein würde, ist auch wohl *) daher entnommen, daß dabei oft derjenige Advocat unbemerkt bleiben möchte, dem bei den tiefsten Kenntnissen und dem hellsten Verstande die Gabe der freien Rede nicht verliehen sei. Die Besorgniß an sich ist überhaupt wohl nicht so groß, als sie Manchem erscheinen möchte. Wir müssen nur erwägen, daß jetzt unsere ganze praktische Uebung fast allein eine schriftliche ist, und daß, wenn auch einige ältere Sachführer vielleicht etwas in das Gedränge kommen möchten, sobald sie auf einmal den Schriftwechsel verlassen und einen Prozeß plaidiren sollten, doch die jüngere Generation sich sehr bald mit dem neuen Geschäftsgebrauche be-

*) Beschorner a. a. O. S. 67.

kannt machen und in demselben eben so vertraut werden würde, als jetzt in der Führung der Feder. Blieben dann aber auch einzelne Männer übrig, denen es, ungeachtet ihres Geistes und ihrer Kenntnisse, an der Fähigkeit oder vielmehr an der Anlage zur freien Rede fehlte, so würde man — gleich, wie früher bei der Frage über die Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen — freilich von ihnen sagen müssen, daß sie zu allem Andern taugen möchten, nur nicht zu guten Advocaten.

Die wichtigste Seite der Sache besteht aber darin, daß nur durch Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtswesens dem Advocatenstande jene moralische Würde gegeben werden kann, welche allein im Stande ist, nicht nur den Anspruch auf äußere Ehre und Achtung zu begründen, sondern auch diese selbst zu sichern. Ehre ist die Achtung des Publicums vor den Eigenschaften und Vorzügen Einzelner, und sie wird überall, wo nicht alle Selbstständigkeit im Denken vernichtet, und an die Stelle der eigenen Prüfung ein bewußtloser Autoritätsglaube, eine gewohnheitsmäßige Submission getreten ist, von dem freien Urtheile des Publicums und denjenigen äußern Merkmalen abhängen, an welche dasselbe seine Begriffe von wahrem Werthe und Bedeutung in der Gesellschaft zu knüpfen gewohnt ist. Diese Würdigung wird aber in demselben Maße klarer und lebendiger sein, in welchem die Thätigkeit eines Individuums offen vorliegt, und umgekehrt in Gleichgültigkeit ausarten, wo unmittelbare Beobachtung unmöglich ist, ja wohl gar in blinde und ungerechte Geringschätzung sich verwandeln, wenn daneben zufällige Umstände, Irrthum oder Verläumdung ein ungünstiges Vorurtheil veranlassen. Soll ein Institut irgend welcher Art gut und achtungswürdig bleiben, so muß man es unter den Schutz und die Aufsicht der öffentlichen Meinung stellen, und dafür sorgen, daß diese Gelegenheit und Freiheit erhalte, sich zu bilden; der Satz läuft, obgleich bisher wenig beherzigt, durch unsere gesammten bürgerlichen und politischen Verhältnisse.

In Deutschland wird aber die eigentliche Wirksamkeit des Advocatenstandes dem Publicum gar nicht bekannt, was man davon außerhalb der Gerichtsstube zu erfahren pflegt, sind die erlangten Resultate, die Kostenrechnungen und die Geringschätzung, mit welcher das Gesetz und die Staatsdiener-Hierarchie den Stand regelmäßig behandeln. Wie unsicher aber die Schätzung nach den Resultaten sei, das wird mancher Advocat schon mit Seufzen erfahren haben; vielleicht hat ein gewissenloser Eid, die Verfälschung einer Urkunde oder irgend ein anderer Spießbubenstreich den Prozeß gegen den tüchtigsten redlichsten Vertheidiger entschieden, vielleicht war — um den umgekehrten Fall zu nehmen — der Richter verständiger und umsichtiger, als der unwissende Rechtsbeistand und reichte diesem den Siegerfranz, den er mit seinen Waffen wenigstens nie erkämpft hätte, oder endlich das Urtheil war auch wohl gar durch Motive bestimmt, deren die Entscheidungsgründe klüglich nicht gedenken. In allen diesen Fällen kann der Unredliche, der Dummkopf das Verdienst erndten, und der Rechtschaffene, der Einsichtsvolle für beschränkt gelten. Noch mehr: mit schwierigen, verwickelten und auf zweifelhaften Rechtsfragen beruhenden Sachen wendet man sich der Natur der Sache gemäß mehr an tüchtige, bewährte Advocaten, als an die schwächern, denen die einfachern Geschäfte zuzufallen pflegen. Einen zweifelhaften Prozeß — wenn er nicht offenbar ungerecht ist — kann man mit allen Ehren verlieren, wenn man ihn nur mit Ehren geführt hat; soll aber das Verdienst nach dem Erfolge vertheilt werden, so ist das Verhältniß des tüchtigen Advocaten leicht ungünstiger, als das des unfähigen. — Ueberall aber, und selbst da, wo der Schluß nach den Resultaten nicht täuscht, fehlt doch der öffentlichen Meinung Dasjenige, was in der Regel die Hauptsache ist, nämlich die Würdigung und Beurtheilung der Anstrengungen, welche der Advocat gemacht, des Fleißes und der Mühe, welche er aufgewandt, der Rechtskenntnisse und des Scharfsinnes, welche er entwickelt hat, um zu diesem Resultate

zu gelangen. Und hierin allein liegt doch das wahre Verdienst bei allen Bestrebungen, deren Erfolg der Einzelne nicht unmittelbar in seiner Hand hat. Wie vorsichtig mußte vielleicht der Fürsprecher jeden Schritt berechnen, jede Stellung verschanzen, jede Seite decken, um den Chicanen des Gegners entgegenzuarbeiten! Welcher Ueberblick gehörte vielleicht dazu, um in die rohe, ungeordnete Masse von Thatfachen, Behauptungen, Vermuthungen, Ansprüchen und Beweismitteln Ordnung zu bringen! Wie schwer hielt es vielleicht, dem von einer vorgefaßten Meinung befangenen Richter eine wahrheitsgemäße Ansicht von der Sache beizubringen! Wie verwickelt, wie zweifelhaft war vielleicht die Rechtsmaterie, in welcher die Streitfrage sich bewegte! Kommt es nun darauf an, auch diese Wirksamkeit des Advocaten, als die Ursache des erlangten Resultats zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, so gewährt in solcher Hinsicht — wie gestehen es — die öffentliche Mündlichkeit keineswegs Alles, aber doch im Verhältnisse zu Demjenigen, was wir jetzt haben, außerordentlich Vieles, und auf jeden Fall liegt das, was der Advocat vermag, was er wirklich leistet, seine rebliche, kräftige, talentvolle Anstrengung, ungleich klarer vor, als bei dem geheimen Actenprozesse. Im Lichte der Deffentlichkeit sondert sich das reine, gediegene Korn von dem Unkraute, denn es gehört ein höherer Grad von sittlicher Verdorbenheit dazu, eine Lüge, eine Schändlichkeit öffentlich, vor allem Volke zu behaupten, eine Unge rechtigkeit zu vertheidigen, sich hinter spitzfindigen Zweideutigkeiten und Ausflüchten zu verstecken, als daheim, wo der flügelnde Verstand leicht beschäftigt ist, Entschuldigungs- oder Beschönigungsgründe aufzufinden, wo oft die größte Kunst und die höchste Aufgabe des Advocaten nur darin gesucht wird, durch alle möglichen chicanirenden Hindernisse dem Gegner das Leben sauer zu machen und den Rechtspruch zu verhindern, und wo nicht einmal Schaam noch die Wache vor der Seele hält, welche das Gewissen längst verlassen hat. So wenig nun freilich ein Zauberwort im

Stande ist, in einem Augenblicke einen vorhandenen Zustand in den entgegengesetzten zu verwandeln, eben so wenig wird die Oeffentlichkeit der Rechtspflege allein aus allen schlechten Advocaten sofort gute machen, und auch in England und Frankreich klagt man über Eigennuz, Streitsucht und Gewissenlosigkeit vieler Advocaten; aber sie wird dem Volke Gelegenheit geben, die Bessern und Besten von den Mittelmäßigen und Schlechten zu unterscheiden, sie wird das tüchtige Talent, die erprobte Rechtlichkeit in den Stand setzen, sich geltend zu machen, und der Mittelmäßigkeit wenigstens ein Reizmittel sein, sich dieselbige Achtung zu erwerben, von welcher in der Lust der Oeffentlichkeit selbst ihre äußere Existenz wesentlich abhängt. Es ist überhaupt ein unrichtiger Gesichtspunkt, aus welchem man die Oeffentlichkeit im Staatsleben sehr oft auf der einen Seite in Schutz nimmt, auf der andern angreift, indem man nämlich bald glaubt, daß durch sie alles Böse aus der Welt geschafft werden würde, bald ihren Verteidigern einwirft, daß selbst da, wo sie überall herrscht und alle Institute des Staatsorganismus durchdrungen hat, dennoch Mängel und Schlechtigkeit unvermeidbar zu sein scheinen, während in andern Staaten, wo man nur eine vorsichtig beschränkte oder gewissermaßen gar keine Oeffentlichkeit duldet, Alles viel ruhiger, friedlicher und anständiger hergehe. Gegen jene übertriebenen Erwartungen habe ich mich schon oben verwahrt; dem letzten Einwurfe müssen hier noch einige Bemerkungen gewidmet werden. Der nächste und wichtigste Zweck der Oeffentlichkeit besteht nur darin, daß alle Erscheinungen im Volksleben, das Gute wie das Böse, rascher, vollständiger und unmittelbarer dem ganzen Volke bekannt werden, daß also das Gute, welches sich zeigt, besser aufgefaßt, gewürdigt und benutzt werden, das Böse aber, welches unter dem Mantel der Verborgenheit am sichersten wucherte, weniger schaden kann; oder mit andern Worten, daß den in der Menschheit ruhenden Elementen des Guten, Wahren und Edlen der wirkliche Sieg über das Treiben der Beschränktheit, des Eigennuzes und

der Bosheit verschafft wird. So würde also die Oeffentlichkeit schon dann von außerordentlich wohlthätigen Folgen für die Entwicklung eines Volkes in seinen materiellen, geistigen und sittlichen Beziehungen sein, wenn ihre Wirkung eine allgemeine, nicht die Willensrichtung der einzelnen Individuen umfassende und bestimmende wäre. Daneben aber läßt sich auch unmöglich die ganz in der menschlichen Natur liegende und psychologisch wie geschichtlich unbestreitbare Wahrheit weglängnen, daß im freien Lichte der Oeffentlichkeit auch die guten Anlagen des Menschen besser gedeihen, als im Dunkel des Geheimnisses, daß sie ein eigenthümliches Sittlichkeitsgefühl hervorruft und erhält und daß die Gewöhnung an das Gute, Edle, sei sie auch ursprünglich nur die Folge des Schaam- oder Ehrgefühls gewesen, doch allmählig auch Liebe dafür erzeugt. Die Hinweisung auf das anständige Aeußere, welches die Erscheinung der dem Oeffentlichkeitsprincipe nicht geneigten Staaten zeigt, beruht auch in der That auf eitler Täuschung. Man gebe solchen Staaten nur einmal auf kurze Zeit die Freiheit der Presse und aller öffentlichen Erörterung, und man wird sich wundern über die Menge des Scandals, welcher an den Tag kommt. Das Böse existirt darum nicht weniger, weil man nicht soviel davon hört. Wir verdecken unsere Krankheitsbeulen mit einem sorglich erhaltenen Gewande, unter dem die Heilung nicht vor sich gehen kann, und geben Andere für kränker aus, welche die leidenden Theile des Körpers nicht verbergen, aber auch die zweckmäßigen Gegenmittel anwenden. Wir setzen den Anstand höher als die Wahrheit.

Wenden wir nun diese der allgemeinen höhern Staatslehre angehörenden Betrachtungen auf das Verhältniß des Advocatenstandes an, so würde für ihn, wie für das Interesse des Ganzen durch die Oeffentlichkeit der Rechtspflege schon sehr viel gewonnen sein, wenn sie nur das Mittel darböte, das Volk mit den geistigen Fähigkeiten und dem Charakter seiner Fürsprecher bekannt zu machen. Aber eben

darin, so wie in der eigenthümlich veredelnden Kraft der Oeffentlichkeit liegt dann auch die sichere Bürgschaft dafür, daß auch der Advocatenstand in seiner ganzen Erscheinung moralisch gehoben werden muß. Wenden wir doch hin auf jene Länder, wo die Rechtspflege offen vor den Augen des Volkes gehandhabt wird, auf England oder Frankreich: dort ist die Schranke vor dem Gerichtshofe derselbe Platz, auf welchem der junge Rechtsgelehrte zuerst Gelegenheit erhält, seine Kräfte, seine Kenntnisse anzuwenden und sich dem Volke zu zeigen. Als Advocat hält er seine ersten Reden und bereitet sich dadurch zu der höhern, ehrenvollern Laufbahn, der parlamentarischen vor; vor dem Gerichtshofe muß er es zur Meisterchaft bringen, um späterhin vor dem Volke als Candidat zu einem Siege im Parlamente auftreten zu können und damit sich den Weg zum höhern Staatsdienste zu bahnen. Hier hängt für ihn Alles davon ab, daß er seine Laufbahn als Advocat beginne und sich darin auszeichne, und die Söhne der angesehensten Familien drängen sich deshalb zu dem Amte der Rechtsverteidiger. Da kann der Stand ein hochgeachteter, geehrter sein, während man bei uns Denjenigen zu bedauern pflegt, den Vermögensverhältnisse zwingen, sich einer solchen kaum für ehrlich gehaltenen Lebensbeschäftigung zu widmen. — *)

*) Beschorner an mehreren Stellen seines oben angeführten Buchs (z. B. S. 2. 3. 8. 10. 67 u. 68.) legt weniger Werth auf eine nach den Grundsätzen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit vorzunehmende Umänderung der deutschen Gerichtsverfassung und die damit allerdings in näher Verbindung stehende Pressfreiheit, so fern davon eine wohlthätige Rückwirkung auf die Verhältnisse des Advocatenstandes erwartet wird: ja er scheint beiden Instituten, namentlich der Pressfreiheit, nur mit einer vorsichtigen Beschränkung gewogen zu sein. Der Unterschied liegt vielleicht hauptsächlich darin, daß der Verf. (Einleitung S. 2.) überhaupt nicht den Zweck verfolgt, dem Advocatenstande eine so hohe und bedeutungsvolle Stellung zu geben, wie derselbe sie in England, Frankreich und Nordamerika behauptet, denn eben an dieser frühern Stelle werden die außerordentlichen Vorzüge in den Verhältnissen

Endlich aber müssen wir zu denjenigen Reformen in der Justizverfassung, von welchen wesentlich eine vortheilhaftere Stellung der Rechtsvertheidiger abhängt, auch die Wiederherstellung der gerade im altgermanischen Volkscharakter tiefbegründeten Geschwornengerichte im Strafprozesse zählen *).

der englischen, französischen und nordamericanischen Advocaten doch wiederum ganz allein der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens und dem Palladium bürgerlicher Freiheit, der Freiheit der Presse" zugeschrieben. Wenn der Verf. daher späterhin (S. 7—9) hervorhebt, daß auch in England über schlechte Advocaten geklagt werde (freilich meist mit Bezugnahme auf Autoritäten, welche schon über 40 Jahre alt sind) und wenn wir wissen, daß es an ähnlichen Klagen auch in Frankreich, was doch seine Advocaten-Corporationen hat, leider nicht fehlt, so muß man doch in der That bezweifeln, ob die Bildung solcher Corporationen auch ohne jene Reform des Gerichtswesens und ohne Pressfreiheit das einzige, sichere Mittel sei, um moralische Integrität im Stande der Jurisprecher zu erhalten." (S. 70.) Der Verf. sagt (S. 61.) selbst, daß überall die Achtung, in welchem der Stand der Advocaten steht, mit der politischen Bildung des Volks steigt; mit jener Achtung geht aber auch die moralische Integrität so innig Hand in Hand, daß man unmöglich sagen kann, es sei für diese genug gethan, so lange man gesehen muß, für jene werde durch die bestehenden Staats- und Gerichtseinrichtungen noch nicht hinlänglich gesorgt. Ich bin übrigens, wie das weiter folgende zeigen wird, keineswegs der Meinung, daß es etwa Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens allein sei, wovon die Vereblung des Advocatenstandes abhängt, sondern habe vielmehr die Ueberzeugung, daß nur mit wahrhaft lebenskräftiger Entwicklung einer vernünftigen Freiheit überhaupt das Ziel vollständig erreicht werden kann, und ich habe dabei gerade die vom Verf. (S. 62.) angeführten Erscheinungen für mich, daß nämlich in der neuern Zeit die Bedeutung und die Wirksamkeit des Advocatenstandes nur in solchen Staaten befriedigend genannt werden kann, welche eine freie Verfassung haben und namentlich der Pressfreiheit sich erfreuen.

*) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dürfte die Einrichtung bedentlicher und weniger nothwendig sein.

Blid so scheinen, als wenn für die Verhältnisse des Advocatenstandes im Ganzen wenig darauf ankomme, ob das Urtheil über die reine Thatfache einem Volksoausschusse oder den vom Staate angeordneten Richtern übertragen werde; allein die Bedeutung des Instituts für unsere Frage liegt darin, daß durch die Theilnahme des Volkes am Richtersprüche und die ihm dabei zugewiesene Controlo dessen Selbstgefühl, dessen Rechtsinn gehoben und veredelt wird, daß die Verwaltung der (Straf-) Rechtspflege eine größere Unabhängigkeit und dadurch mehr Achtung und Würde erhält, und daß die Heiligkeit der ganzen Rechtsverfassung in demselben Maße beim Volke steigt, als ihm deren Schutz und Aufrechterhaltung mit übertragen wird. Wer könnte mit aufrichtiger Ueberzeugung behaupten, daß bei der jetzigen Einrichtung der deutschen Criminaljustiz die persönliche Freiheit wahrhaft gesichert sei? Wie kann der einzelne Staatsbürger bei Conflicten mit den individuellen Richtungen der Staatsgewalt auf unbedingten Rechtsschutz rechnen, wenn die Anwendung des Strafgesetzes auf seine Handlungen lediglich von Männern ausgeht, welche der Staat besoldet, belohnt, befördert? Freilich sind es hauptsächlich *) nur die sogenannten politischen Vergehen, durch deren strafrechtliche Be-

*) Jedoch keineswegs allein. Wie wenig Fälle von Brandstiftung, Rothzucht, Kindermord und dergl. werden im deutschen Untersuchungsverfahren zur sogenannten juristischen Wahrheit gebracht, und wie viele müssen dagegen unbestraft bleiben, weil nun einmal, obgleich kein Unbefangener an der Schuld des Angeklagten zweifeln würde, doch der durch die Formen unseres Criminalprocesses geforderte (und bei der jetzigen Besetzung der Gerichte auch ohne die Gefahr wahrer Justizdespotie nicht zu entbehrende) juristische Beweis nicht geführt werden kann! So besteht also der größere Rechtsschutz, welchen Geschworenengerichte dem Volke gewähren, nicht bloß darin, daß jeder Einzelne aus seiner Mitte gegen die Gefahr gesichert wird, bei politischen Anschuldigungen nach den Ansichten der Popularen abgeurtheilt zu werden, sondern wesentlich auch darin, daß gemeine Verbrechen nicht so leicht unbestraft bleiben.

handlung die Geschworenengerichte jedem freien Volke hochwichtig werden, allein eben in der Entscheidung darüber, ob eine Handlung politisch erlaubt sei oder nicht, liegt ja am Ende für jeden Einzelnen die ganze Bedeutung seiner staatsbürgerlichen Freiheit. So wie aber ein Volk seine persönliche Freiheit gesichert weiß, wird es auch die Einrichtungen, von welchen diese Sicherheit abhängt, mit allen ihren organischen Umgebungen höher achten, als da, wo in den für den einzelnen freien, redlichen Mann wichtigsten Fragen am Ende nichts entscheidet, als die Gunst der Mächtigen. Wo das Volk selbst einen Theil des Richteramts auszuüben hat, da kann der Advocat unmöglich verachtet sein; denn in den Vorurtheilen, der Eifersucht und auch wohl der Herrschsucht der Behörden wurzelt jetzt zum größten Theile die Geringschätzung, welche auf ihm lastet. —

Machen wir hier einen Ruhepunkt und überblicken wir das bisher Gesagte, so werden wir einsehen müssen, daß wenn der Advocatenstand sittlich und intellectuell gehoben, wenn seine äußere Lage verbessert werden soll, für alle Reformen ein höherer Standpunkt gesucht und eine ungleich breitere Grundlage gewonnen werden muß, als nur die Einführung besonderer, allein auf den Advocatenstand berechneter Einrichtungen und Reformen. Die Pflanze, welche auf den freien Höhen der Alpen ihre prangenden Blüthen treibt, gedeiht selten in der flachen, tonlosen Ebene, und ein Institut, welches seinem ganzen Zwecke nach wesentlich auf die Idee der Freiheit gegründet ist, kann nicht anders zur heilsamen Entwicklung und Kraft gelangen, als in seinem eigenthümlichen Elemente. Nur da also, wo die ganze Rechts- und Justizverfassung auf solche Weise umgeformt, wo eine Reformation derselben an Haupt und Gliedern vorgenommen ist, werden besondere Organisationsgesetze für den Advocatenstand sich segensreich zeigen, und nur in dieser Voraussetzung dürften wir von Demjenigen, was zu solchem Zwecke allerdings geschehen kann und zum Theil sehr nothwendig geschehen muß, die volle Wirkung erwarten.

In dieser Hinsicht müssen wir zunächst völlige Unabhängigkeit des Advocaten von der Administrativgewalt des Staats, und hauptsächlich Unabsegbbarkeit in eben dem Maße fordern, wie dieß beim Richterstande als unumgänglich nothwendig überall anerkannt wird. In manchen deutschen Staaten gilt der letzte Grundsatz wohl allgemein, ohne jedoch durch das Gesetz ausdrücklich sanctionirt zu sein; in andern dagegen hält man die willkürliche Entfernung der Advocaten vom Amte für unbedenklich. Wer nach der Willkühr der Administrativgewalt in seiner Thätigkeit gehemmt und dadurch augenblicklich brotlos gemacht werden kann, der ist keiner selbstständigen Gesinnung fähig und wird ziemlich regelmäßig ein Werkzeug der herrschenden Gewalt werden, wenn nicht charakterlose Indifferenz ihn gegen Ansechtung schützt oder hochherzige Geisteskraft ihn darüber erhebt. Mag immerhin von den wirklichen Staatsdienern gefordert werden, daß sie mit ihrer ganzen amtlichen Thätigkeit sich in der Richtung halten, welche die Regierung bezeichnet und verfolgt; der Advocat darf schon deshalb nicht in seiner Wirksamkeit beschränkt werden, weil er sich überhaupt an keine Partei binden soll, und weil derjenige Schutz, welcher gegen Uebergriffe der Regierungsgewalt gewährt wird, unter Umständen der wichtigste sein kann, den der Staatsbürger zu suchen hat. Soll aber, wie wir es oben (Abschn. I.) verlangt haben, der Advocat der rechtskundige Führer und Rathgeber seiner Mitbürger in allen Lagen und Verhältnissen sein, wo ihre individuellen oder gemeinschaftlichen Interessen in Frage kommen, so setzt ein solcher Beruf nothwendig eine völlige Unabhängigkeit von der Administrativgewalt des Staates voraus. Es ist auch — wenn man nicht eben die Beredlung des Advocatenstandes hindern will — wirklich kein Grund vorhanden, die willkürliche, etwa ministerielle Entfernung des Advocaten vom Amte für eine politische Nothwendigkeit zu erklären, so lange man den Gerichten die Befugniß zur Suspension und Absetzung durch Erkenntniß wegen wirklicher erwiesener Ver-

brechen vorbehält; denn der Advocat steht nicht im Dienste der Regierung; hat also gegen sie keine weitere Verpflichtung, als die jedes Staatsbürgers, und kann deshalb auch in seinem Verhältnisse zu ihr und ihrem Systeme keine andere Gränze des Handelns überschreiten, als die allgemeine staatsbürgerliche; wo aber kein Vergehen oder Verbrechen möglich ist, da ist auch eine Strafe rechtlich nicht denkbar. Uebrigens darf nichts in der äußern Erscheinung des Advocaten auch nur zu der Vermuthung führen, daß man ihn irgendwie in das Verhältniß der Staatsdiener bringen wolle, weder ein Titel oder etwa das Prädicat „königlich“ u. s. w., welches man ihm gibt, noch ein Heranziehen zu Pflichten und Leistungen, denen nicht in gleichem Maße alle übrigen Staatsbürger unterworfen wären, wie die Erneuerung des Homogialeides beim Regierungswechsel. Möge man doch solches Eingehen in anscheinend unerhebliche Nebendinge nicht für mikroskopisch halten! Man kann in der That hier die Gränzlinie nicht streng genug ziehen, und wo hierarchisches Streben auf der einen Seite und kurzfristige Eitelkeit auf der andern sich so leicht in der nämlichen Richtung begegnen und einander in die Hände arbeiten, da dienen oft Kleinigkeiten zu Haltpunkten, an denen die Bucherpflanze eines ganzen verderblichen Systems sich emporSchlingt. Vom Gesetze fordere ich nicht, daß es dem Advocatenstande Ehre und Würde gebe, sondern nur, daß es ihm die Achtung seiner Mitbürger nicht nehme; es gewähre ihm nur eine äußere unabhängige Stellung, und er wird sich die Würde, die Achtung nicht nur seiner Mitbürger, sondern auch den Staatsdienern gegenüber schon erobern. Es ist ein lächerlicher Streit, wenn man darüber nicht einig werden kann, ob der Advocat im Range neben oder unter dem Richter stehen müsse; die glücklichste Stellung für ihn ist offenbar die, wo er gar keinen Rang hat, nur auf seine inwohnende Mannskraft angewiesen ist und zeigen kann, daß er eines Titels, eines Ranges nicht bedürfe, um ein geachteter Mann zu

sein und um durch Talent, Charakter und Bildung Etwas in der Gesellschaft zu gelten *).

Ein weiteres, unmittelbar auf Emancipation des Standes berechnetes Mittel ist dann die Einführung von Advocatenkammern, welchen die Disciplin über ihre Mitglieder, die Ordnung und Ueberwachung der gemeinschaftlichen Interessen übertragen und bei der Aufnahme neuer Mitglieder wie bei der Ausstoßung unwürdiger die Entscheidung, oder doch wenigstens eine angemessene Mitwirkung eingeräumt ist. Von allen Verbesserungsvorschlägen hat dieser besonders im Advocatenstande selbst bisher die meisten Anhänger gefunden, und obgleich wirkliche Advocatenkammern, wie die französischen, noch in keinem deutschen Staate gestattet und errichtet sind, so zeigen doch die Advocatenvereine oder Anwaltgesellschaften, welche hie und da zusammengetreten sind, wie eifrig man bemüht ist, dem Ziele näher zu kommen, und wie groß die Hoffnungen sind, welche man darauf setzt. Und in der That leuchtet ein, daß dadurch die Unabhängigkeit des Standes wesentlich gesichert, seine Stellung natürlicher und freier werden und seine Kraft und sein Einfluß bedeutend gehoben werden müßte. Denn wie überhaupt der Corporationsgeist der sicherste Wächter des Selbst-

*) Straß (in der oben angeführten Schrift S. 52 und 53.) ist anderer Meinung, und wünscht, daß den Advocaten „öfter eine angemessene Ermunterung und Auszeichnung durch Rang, Titel und Orden zu Theil würde.“ Er geht dabei ins Einzelne, hält den Titel eines Justizraths und den rothen Adlerorden vierter Classe, womit man im Preussischen einzelne Advocaten wohl ausgezeichnet hat, nicht für genügend, sondern meint, man könne bis zum Titel eines Geheimraths und zum rothen Adlerorden dritter Classe, „wohl gar mit der Schleife“ gehen. Wüßte man doch nicht durch solche Forderungen selbst dazu beitragen, den Huch des Lächerlichen über den Advocatenstand zu bringen! Selbst die Vernünftigen unter den Laien müssen ja irre werden, wenn sie dergleichen von einem Rechtsverteidiger hören.

gefühls, des Vertrauens auf eigene Kraft und der gesellschaftlichen Ehre ist, so würde er unzweifelhaft auch beim Advocatenstande wesentlich dazu beitragen, das Edlere zu befördern und zur Blüthe zu treiben, das Gemeine, Schlechte aber zu unterdrücken, oder doch unschädlich zu machen. In der jetzigen Zersplitterung des Standes, wo Jeder immer nur auf seinen eigenen Muth, seine eigene Kraft angewiesen ist, Jeder sich in seiner Stellung so gut verschanzen muß, als es gehen will, Jeder den Angriffen Aller sich ausgesetzt sieht, muß nothwendig der Einzelne sich verlassen fühlen und der Schwächere leicht muthlos werden; wer sich aber bewußt ist, als festgeschlossenes Glied einem organisch geordneten Ganzen anzugehören, auf dessen Hülfe er im Nothfalle zählen kann, der wird auch leichter den Muth finden, das Edlere in sich aufrecht zu erhalten und die Achtung vor sich selbst, die nothwendige Grundlage alles Sittlich-Guten zu bewahren. Daß die Disciplin, von den Genossen geübt, wirksamer sein würde, als die Strafe, welche der Richter verfügt, kann eben so wenig bezweifelt werden. Der Argwohn einer aus Mißgunst, Despotismus oder verkehrten Ansichten von der Amtsgewalt hervorgehenden Strenge, welcher jetzt so leicht auch die wohlmeinenden Bestrebungen der Staatsbehörden vereitelt, könnte nicht aufkommen, und der Stand, welcher sich selbst vom Staate geachtet, als Corporation anerkannt sähe, würde durch das Gefühl seiner Würde, seiner Bedeutung unablässig darauf hingewiesen werden, selbst jeder sittlichen Ausartung seiner Mitglieder wachsam entgegenzuarbeiten. — Das Alles ist unzweifelhaft rathig und der Aufmerksamkeit aller wahren Rechtsfreunde werth. Auch ist nicht zu leugnen, daß gerade im jetzigen Augenblicke die Vereinigung der Advocaten in Gesellschaften und Corporationen ihre besondere und wichtige Bedeutung haben würde. In einer Zeit und unter Verhältnissen, wo so Vieles mangelhaft ist und wo dabei verhältnißmäßig noch so wenig klare Ansichten über den Grund des Uebels und die Mittel der Abhülfe sich Bahn gebrochen haben, kommt es vor allen Din-

gen darauf an, daß man sich verständige, um zu einem gemeinschaftlichen Entschlusse zu gelangen, und ein klar erkanntes Streben, von der Kraft der Association unterstützt, würde auf die Dauer sein Ziel gewiß nicht verfehlen. Allein dennoch darf man den Werth und die practische Bedeutung der Advocatenkammern nicht zu hoch anschlagen, am wenigsten alles Gewicht darauf legen und dann, wie so oft geschieht, den höhern Standpunkt, aus welchem die Sache nothwendig aufgefaßt werden muß, übersehen. Schon der Umstand, daß man in England und Nordamerika keine Advocatenkammern hat, und daß doch dort die äußern Verhältnisse des Standes im hohen Grade günstig sind, sollte in dieser Hinsicht etwas bedenklich machen, und daneben nicht unbeachtet bleiben, daß die Verhältnisse Frankreichs, woher man das Muster entnommen hat, keineswegs und am wenigsten überall die unsrigen sind. Abgesehen nämlich davon, daß Advocatenkammern, wenn sie nicht in kleinliche Spielereien ausarten und dann ihren Zweck unausbleiblich verfehlen sollen, immer nur in größern Gerichtsbezirken möglich sind, in welchen eine hinreichende *) Anzahl von Advocaten versammelt ist, um ein Achtung gebietendes Corps zu bilden, und daß also bei der Einrichtung unserer deutschen Gerichtsverfassung regelmäßig wohl nur die größern Städte dazu geeignet sein möchten, gehört auch, wie Mittermaier **) richtig bemerkt, schon ein höherer Grad von Vertrauen, als der Advocatenstand im jetzigen Augenblicke hat, sowohl beim Volke, als bei den einzelnen Mitgliedern dazu, um jenem die Gewißheit, daß die durchaus nothwendige Disciplin auch

*) In Frankreich soll nach der Ordonnanz vom 27. August 1830 der Ausschuß oder die eigentliche *chambre de discipline* in keinem Falle aus weniger, als fünf Mitgliedern bestehen, was also immer eine bedeutend größere Zahl der zu dem Bezirke und dem Vereine gehörenden Advocaten voraussetzt. Wo wegen zu geringer Zahl derselben eine *chambre* nicht gebildet werden kann, da wird auch in Frankreich die Disciplin von den Gerichten gehandhabt.

**) Archiv für civ. Pr. Bd. XV. No. 15. S. 304.

ohne Standesvorurtheile ausgeübt werde, und diesen die Beruhigung zu geben, daß nicht Brotneid an die Stelle der Unparteilichkeit trete. Dieses Vertrauen aber, wenngleich auch darauf die Thätigkeit der Advocatenkammern rückwirkenden Einfluß haben kann, muß doch wesentlich erst durch andere Umgestaltungen in den innern und äußern Verhältnissen des Advocatenstandes begründet und befestigt werden, vor Allem durch eine genügend controlirende Oeffentlichkeit. Hiernach entscheidet sich auch leicht der Streit, welcher wohl darüber geführt worden ist, ob die Advocatenkammern als Mittel, eine bessere Stellung des Standes herbeizuführen, demnach als Ursache, oder, wie z. B. Gans *) will, als Wirkung einer solchen erst vorher auf andern Wegen zu erreichenden Verbesserung seiner äußern Verhältnisse zu betrachten sei. Für gemeinsame Erörterung der wahren Bedürfnisse des Standes, für die Erweckung des noch so sehr schlummernden allgemeinen Rechtsgefühls, für die Vereinigung zu gemeinschaftlichem Streben nach dem nämlichen Ziele, wenn dieses erst allseitig und klar erkannt ist, wird auch im jetzigen Augenblicke ein näheres Zusammentreten der Rechtsvertheidiger von wohlthätigen, segensreichen Folgen sein, und sofern man eine solche Art der Association im Auge hat, muß dieselbe allerdings als ein wichtiges Mittel zur Beförderung des Guten anerkannt werden. Wirkliche Advocatenkammern aber, wie man sie in Frankreich hat, sind ohne eine radicale Umänderung nicht nur unsers Gerichtswesens mit allen seinen organischen Umgebungen, sondern auch vieler Grundeinrichtungen unsers gesammten öffentlichen Zustandes theils nicht möglich, theils nicht so wohlthätig wirksam, als dort, und insofern ist es also auch richtig, wenn man die Advocatenkammern erst als Folge anderer Reformen betrachtet. — Am größten aber ist die Täuschung Derjenigen, welche mit der Errichtung von Advocatenkammern zugleich eine veränderte Stellung der Advocaten zur Regie-

*) a. a. O. S. 209.

rungsgewalt fordern, und zwar in der Hinsicht, daß sie zu Staatsdienern erklärt, oder doch diesen gesetzlich gleichgestellt werden sollen. Auf solche Weise hat man wohl geglaubt, die öffentliche Achtung des Standes zu heben und der Geringschätzung, welche ihm nicht nur vom Publicum, sondern auch und mehr noch von den Staatsbeamten widerfährt, eine genügende Schranke entgegenzusetzen. Allein je gebildeter das Volk im Allgemeinen ist, desto weniger wird das Gesetz allein im Stande sein, durch seine Satzungen unmittelbar über die Ehre und Achtung, welche den einzelnen Individuen gebührt, zu entscheiden, und auf der andern Seite würde gegen dasjenige, was etwa an erzwungener, gesetzlicher Achtung gewonnen werden möchte, der Rest der natürlichen Achtung, welche nur in der völligen Unabhängigkeit des Advocatenstandes ihren Grund hat und in dem eben darauf gegründeten Vertrauen des Publicums besteht, aufgegeben werden. Der Advocat soll und muß dem Volke angehören, mit diesem auch der Regierung gegenüber nur ein Interesse haben und wenigstens durch seine amtliche Stellung selbst nie in einen Conflict zwischen Pflichtgefühl und persönliche Rücksichten gebracht werden. Kein äußeres Verhältniß darf ihn binden, am wenigsten ein solches zu derjenigen Gewalt, deren richtige Stellung zum Volke fortwährend die sorgsamste und umsichtigste Aufmerksamkeit wie die gründlichste Prüfung der Verhältnisse erfordert. Dabin also dürfen die Advocatenkammern uns nie führen, daß wir dadurch auch nur einen Theil der Selbstständigkeit aufopfern, ohne welche eine freie Vertheidigung gar nicht denkbar ist, und wäre hier die Vergleichung mit einem andern Bilde aus der Wirklichkeit nöthig, so würden wir daselbe weit lieber von den Innungen, als von der Hierarchie der Staatsgewalt entlehnen.

Endlich können die Staatseinrichtungen dem Advocatenstande unmittelbar durch zweckmäßigere Regulirung seiner Einkommensverhältnisse zu Hülfe kommen. Es ist eine durchaus verkehrte, dabei jedoch leider von ge-

hässigen Volksvorurtheilen unterstützte Politik, wenn man, wie so vielfach geschieht, durch Gesetzgebung und Praxis darauf hinarbeitet, den Ehrensold der Rechtsverteidiger so weit wie nur irgend möglich herabzudrücken. Wenn ein Advocat bei regelmäßigem Fleiße soviel verdiene, als erforderlich sei, eine Familie mit anständiger Beschränkung bürgerlich (d. h. auch wohl etwas knapp) zu ernähren, so sei das, meint man wohl, vollkommen genug und alles Mehre vom Uebel. Es ist aber nichts ungerechter, nichts unweiser, als eine solche Ansicht. Soll der Advocat seinen hohen Beruf in seinem vollen Umfange mit Liebe und Treue umfassen, soll er nicht in die Versuchung gerathen, seine Thätigkeit immer nur nach der Seite zu wenden, von woher der größte Vortheil winkt, und dem Verdienste hungrig nachzugehen, so muß er durch seine äußern Verhältnisse gegen kleinliche Lebensorgen gesichert sein. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß, während der Staatsdiener auch in Krankheiten und im Alter vom Staate unterstützt wird, ja während dessen Fürsorge sich noch auf die Nachkommen erstreckt, der Advocat nur so lange ein Einkommen hat, als er arbeiten kann, und selbst noch seine Kinder nicht selten gegen die Kinder der Staatsdiener bei Aemtern und Versorgungen zurückstehen müssen. Es sind weiter die bedeutenden Verluste in Anschlag zu bringen, welchen der Advocat in höherm Maße, als selbst der gewöhnliche Kaufmann ausgesetzt ist, so wie die Zeit, welche er — wohl auch noch mit baaren Auslagen — der Führung der Armensachen *) widmen muß,

*) Die Armensachen bilden bei der Organisation des Advocatenstandes eine besondere Schwierigkeit. Der Arme kann nicht bezahlen, man begreift aber die Nothwendigkeit, ihm Rechtsschutz und damit auch Rechtsverteidigung zu gewähren, schon aus der für das allgemeine Wohl erheblichen Rücksicht, damit er nicht noch das Wenige verliere, was auf rechtlchem Wege für ihn vielleicht noch zu retten ist, und die Last der Erhaltung auf allgemeine Kosten nicht jetzt oder demnächst größer werde, als sie den Umständen nach sonst sein würde. In der Zeit der römischen Republik wurde die Rechts-

und endlich, daß die eigentlichen Verurtheilungen nicht seine ganze gemessene Arbeitszeit und seine Kräfte in Anspruch neh-

pflege überhaupt unentgeltlich verwaltet und das Patrocinium der Rechtsverteidiger consequent ebenfalls als eine Ehrensache betrachtet, für welche jede Belohnung unstatthaft sei. (Zimmermann, Geschichte des röm. Priv. Rechts Bd. 3, §. 166.) Bei dieser Gleichheit der Verhältnisse war es sehr erklärlich, daß, als späterhin unter den Kaisern Gerichtskosten für den Staat eingeführt wurden, und zugleich ein Honorar für die Bemühungen der Patrone üblich geworden war, man die Advocaten für verpflichtet hielt, da, wo der Staat die Gerichtskosten erließ, auch seinen Verstand unentgeltlich zu gewähren (L. 9. §. 5. D. de off. proc. 1, 16.) zumal da die Kosten der Advocaten nach den damaligen Rechtsansichten auch unter die *sportulae* gehörten. (Const. 13. §. 9. Const. 15. C. de jud. 3, 1.) Diese Ansicht nahm man in Deutschland um so leichter auf, je mehr man sich daran gewöhnt hatte, die Advocaten als Hülfsofficiare der Gerichte zu betrachten und der Disciplinargewalt des Staates zu unterwerfen. Es ist nicht zu leugnen, daß sehr erhebliche Bedenken gegen eine solche Einrichtung sprechen. Den Armen selbst wird dadurch in der Regel keine ausreichende Rechtsverteidigung gewährt. Verpflichtungen, deren innerer Rechtsgrund nicht einleuchtet und deren äußerer wenigstens bestritten werden kann, werden gewöhnlich nur mit Widerwillen und Unzufriedenheit übernommen, und die meisten Advocaten betrachten die Geschäftsführung für Arme nur als eine unangenehme Last, welche man ertragen müsse, weil sie unvermeidlich sei, dagegen sich auch so leicht machen dürfe, als es gehen wolle. So findet man denn bei den Armenprozessen in der Regel die leichtfertigkeit, leichteste Arbeit, der Sachführer ist froh, wenn er der Form nothdürftig genügt hat, und der Arme, welchem natürlich in seiner bedrängten Lage keine Wahl bleibt, muß vielleicht das wichtigste materielle Interesse, welches für ihn noch vorhanden ist, der verdrossenen und schläfrigen Zuhörung eines Mannes anvertraut sehen, zu welchem er — weil das Gericht die Wahl getroffen — nie persönliches Vertrauen gehabt hat. Wohl ist es wahr und wird von jedem erfahrenen Geschäftsmann anerkannt werden, daß die Armenprozesse im Ganzen viel mehr in ungerechten Ansprüchen und Weigerungen ihren Grund haben, wie die Streitigkeiten Derjenigen, welche zahlungsfähig sind, und nicht nur die Bedrängnis der Reih, welche den Prozeß als ein wohlfeiles Mittel zur Bereicherung oder doch zur augenblicklichen Erleichterung erscheinen

men dürfen, wenn er nicht in seiner wissenschaftlichen Fortbildung so wie in seinem edlern Streben für die höhern Interessen der Menschheit gehindert werden soll. Endlich erwäge man doch, welche Selbstverläugnung unter den jetzi-

läßt, sondern auch die durch schmutziges Elend immer beförderte moralische Erniedrigung sind die hauptsächlichsten Gründe dieser Erscheinung; allein dadurch wird der Staat nicht berechtigt, die Rechtshülfe den Armen im Allgemeinen zu beschränken oder es doch indirect so einzurichten, daß dieselbe ungenügend werden müsse. — Ein zweiter und vielleicht noch wichtigerer Einwurf liegt in der Ungerechtigkeit gegen den Stand der Advocaten, welche mit jener Einrichtung verbunden ist; wenigstens scheint folgende Argumentation das vernünftige Recht für sich zu haben. Ist der Staat verpflichtet, für die Rechtsvertheidigung der Armen — als notwendige Bedingung des Rechtsschutzes — zu sorgen, so muß er auch die damit verbundenen unvermeidlichen Ausgaben selbst übernehmen, und diese sind, wie alle übrigen gemeinschaftlichen Lasten, von sämmtlichen Staatsangehörigen nach gleichmäßigen Grundsätzen herbeizuschaffen. Eine allgemeine Last allein auf eine Classe von Staatsbürgern zu wälzen, läßt sich aber aus staatsrechtlichen Gesichtspunkten nicht wohl verteidigen, und in der That hat noch Niemand den Schuhmachern zugemuthet, daß sie die Armen unentgeltlich mit Fußbekleidung versehen, oder den Speisewirthen, daß sie dieselben umsonst ernähren müßten. — Trotz der Wichtigkeit dieser Einwürfe geschehe ich, daß ich dieselben nur als Zweifelsgründe gelten lasse, und in meiner Hauptansicht mich für eine Vertheilung der jetzigen Einrichtung erklären muß. Es ließe sich kaum ein Weg ausfindig machen, die Bezahlung der Advocaturkosten in Armenprozeßten aus öffentlichen Mitteln oder Armenecassen dergestalt zu reguliren, daß dadurch nicht entweder der Gewinnsucht ein neues gefährliches Reizmittel bereitet, oder gerade der höchste Zweck, nämlich die unbeschränkte Freiheit der Rechtsvertheidigung, gefährdet würde. Daneben wäre auch nichts so geeignet, die ohnehin schon so allgemeine Mißstimmung gegen die Advocaten noch zu vermehren, als wenn sie gar aus den Armenecassen ihre Rechnungen bezahlt erhielten, und in ihrem eigenen Interesse liegt es daher, daß sie keine strenge Gerechtigkeit fordern. Aber um so nöthiger ist es dann, sie äußerlich so zu stellen, daß sie außerordentliche Opfer, welche sie auf diese Weise bringen, auch verschmerzen können und sich der Sache des Armen mit gleichem Eifer annehmen, wie der des Reichen.

gen Verhältnissen für einen unabhängigen Mann dazu gehört, sich freiwillig und auf seine ganze Lebenszeit einem so ungünstig bedachten Stande, wie dem des Rechtsverteidigers, zu widmen, und daß man wahrlich nicht durch Verkümmerung des Lohns noch darauf hinwirken darf, ihn lediglich zu einem Zufluchtsorte für den Auswurf des rechtskundigen Publicums zu machen. Will man einen tüchtigen Advocatenstand, so muß man ihn anständig dotiren und ihm nicht kärglich und kümmerlich das tägliche Brot zumessen. Wie sehr man auch die moralische Freiheit des menschlichen Geistes in Schutz nimmt und nehmen muß, so gibt es doch in den äußern Verhältnissen des bürgerlichen Lebens eine gewisse Gränzlinie, die mit der Befreiung von ängstlichen und lähmenden Sorgen um die Existenz den Anfang des Gebiets bezeichnet, in welchem die höhere, geistige und sittliche Entwicklung ihre regelmäße Heimath hat. Redlichkeit, Ehrlichkeit und hausväterliche Tüchtigkeit findet man genug auch unter dieser Gränzlinie, aber der Regel nach mit einer gewissen spießbürgerlichen Engherzigkeit und Aengstlichkeit verschwifert; wahres Hochgefühl meist nur über derselben. Ich fürchte hier nicht so mißverstanden zu werden, als ob ich der Aristokratie des Reichthums das Wort reden wollte; denn zwischen dem genügenden Auskommen und dem Ueberflusse, zwischen der reichlichen Belohnung der geistigen Arbeit und dem politischen Uebergewichte des Geldcapitals ist doch noch ein sehr bedeutender Unterschied. Es gibt freilich in der Geschichte erhebende Beispiele von Männern, denen auch unter dem ärmlichen Kleide ein reiches Herz für die Menschheit schlug, und vielleicht gehörte es gerade zur Schule der erhabensten Geister, daß sie durch die Hemmnisse und Schwierigkeiten des Lebens sich die mühsame Bahn brechen mußten, aber was die Kraft des Heroenjünglings stärkt und stählt, das drückt den gewöhnlichen Menschen zu Boden, und es würde der größte Fehlgriß sein, wenn man die Erziehung des Menschengeschlechts auf Voraussetzungen bauen wollte, welche nur für das Außerordentliche gelten.

So leicht man sich nun aber auch über den Grundsatz vereinigen mag, so schwer ist es, denselben auf eine wirklich zweckmäßige Weise in Ausführung zu bringen. Es treten uns dabei wiederum die Eigenthümlichkeiten unserer gesammten deutschen Rechtsverfassung hindernd entgegen, in welchen allein auch der Grund des Uebels gesucht werden muß. In Frankreich tritt überhaupt wohl nur selten der Fall ein, daß über den dem Advocaten gebührenden Lohn ein Streit entsteht. Sitte, Anstand, Rechts- und Ehrgefühl gleichen die zwischen dem Rechtsvertheidiger und seinem Schützlinge bestehenden materiellen Verhältnisse ohne allen Conflict aus, und wo dem Advocaten nicht freiwillig gezahlt wird, da hält er es unter seiner Würde, gerichtliche Hülfe in Anspruch zu nehmen. Allein auch der nur freiwillig, ohne widerliches Dingen und Feilschen, ohne die kränkende Dazwischenkunft der Abschätzung durch Dritte gegebene Ehrensold ist dort — wenigstens bei den ausgezeichnetern Mitgliedern — in der Regel so reichlich, daß dem tüchtigern Advocaten ein genügendes, ja glänzendes Auskommen mit dem Bewußtsein, daß ihm Alles bereitwillig und gern gegeben sei, dennoch vollkommen gesichert ist, daß er sich nicht in ein ärgerliches und dem Zartgefühl widerstrebendes Nachsagen nach böswilligen oder zahlungsunfähigen Schuldnern einzulassen braucht, und daß er es für eine wahre Ehrensache hält, auch der bedrängten Armuth seine Hülfe zu gewähren.

Ich mag es in der That kaum wagen, an dieses Bild den Maßstab deutscher Verhältnisse zu legen und die Unterschiede hervorzuheben. Das aber wird auch ohne weitere Andeutung einleuchtend werden, daß wir nur nach alter deutscher Gewohnheit an den Symptomen zu curiren suchen und das Uebel bei der Wurzel zu ergreifen uns scheuen, wenn wir glauben, allein durch einige gesetzliche Bestimmungen die Einkommensverhältnisse der Advocaten nicht nur materiell vortheilhafter, sondern auch in der That ehrenhafter und erfreulicher gestalten, und, was doch immer die Hauptsache bleibt, die Verhältnisse des ganzen Standes damit

verbessern zu können. Wir müssen dabei nur nicht vergessen, daß Geld denn doch am Ende bei weitem nicht das Einzige und eben so wenig das Wichtigste ist, was ihm bisher fehlt. Ueber die Höhe der den Advocaten gebührenden Vergütung wird schon jetzt genug im Publicum geklagt, mit und ohne Grund, und die Richter, durch die bei ihnen grundsatzmäßig vorherrschenden Minderungsansichten, tragen nicht wenig dazu bei, jenen Klagen einen scheinbaren Anhaltspunkt zu gewähren. Es ist auch nicht zu leugnen, daß in manchen deutschen Staaten oder Gegenden und wenigstens in sehr vielen Fällen die Advocaten für Das, was sie leisten, schon jetzt mehr als hinlänglich belohnt werden. Eine Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse dürfte daher — wenn nicht gleichzeitig für eine wahrhaftere Herausbildung der Idee des Rechtsvertheidigers gesorgt wird — sehr leicht nur dahin führen, die ohnehin schon genugsam im Publicum verbreitete Abneigung gegen den ganzen Stand zu vermehren und den Neid, besonders des jüngern Richterpersonals noch gefährlicher zu reizen. Wenn wir mithin diese Seite der Sache als eine abgesonderte betrachten und darauf hin Verbesserungsvorschläge bauen, so kann begreiflich, in der Voraussetzung der einstweiligen Fortdauer unserer jetzigen Einrichtungen im Verfassungswesen und in der Justizpflege, selbst der durch Verbesserungen zu erreichende Zustand immer nur ein leidlicher, nie aber ein günstiger werden. Wir mögen allerdings auch in dieser Hinsicht den Weg der speciellen Reformen einschlagen, weil dadurch doch wenigstens manche Inconvenienz abgestellt, eine andere erträglicher gemacht werden wird, und weil vielleicht auch diese Uebergangsstufe erst hinter uns liegen muß, bevor der Sitz des Uebels wie das Mittel der Heilung allseitig erkannt wird.

Gegen die gewöhnlich geforderte Abhülfe einer durch das Gesetz aufzustellenden Taxe habe ich schon oben meine Bedenken ausgesprochen und hier nur noch Einiges hinzuzufügen. Wo der Hauptsache nach ein mündliches Verfahren Statt findet, da ist eine Taxe vielleicht möglich und zweckmäßig,

obgleich sie auch hier am ersten entbehrlich werden wird; allein die schriftliche Arbeit nach der Elle abmessen zu wollen, ist bei der Ungleichheit der Waare eben so ungerecht als unzureichend, da das arbiträre Ermessen des Richters nie ausgeschlossen werden kann. Das günstigste Verhältniß bei der jetzigen Einrichtung unserer Rechtspflege würde ohne Zweifel sein, wenn durch Anerkennung des wahren Werthes und der Bedeutung der Hülfe, welche die Rechtsbeistände leisten, sich allgemeine Haltpunkte für deren Abschätzung durch den Gebrauch bildeten, und dann das richterliche Ermessen, wo dasselbe nothwendig eintreten müßte, unter angemessene Controle gestellt würde. Aber auch da, wo man durch eine gesetzliche Tare den Hauptzweck zu erreichen denkt, ist wegen des Spielraums, welcher der richterlichen Willkühr gelassen werden muß, eine solche Garantie durchaus unentbehrlich, und es kommt also immer darauf an, wie dieselbe erreicht werden kann?

Wir dürfen, indem wir die Frage untersuchen, des Zusammenhanges wegen hiemit einen andern verwandten Gegenstand verbinden, welcher, wenn auch nicht streng hierher gehörend, doch auch die äußere Stellung des Advocatenstandes betrifft und mit dem vorliegenden unter dem nämlichen Gesichtspunkte steht, nämlich die Ausübung der Disciplinargewalt durch die Gerichte, vor welchen der Advocat ein Geschäft führt. Nicht nur bei der Festsetzung von Kosten, sondern auch bei Erkennung von Disciplinarstrafen, so wie überhaupt in allen Fällen, wo auf Veranlassung einer geführten Rechtsvertheidigung der Advocat selbst und unmittelbar durch eine Verfügung des Richters getroffen wird, ist er zu seinem Schutze der Regel nach nur auf eine natürlich selten wirksame Vorstellung bei demselben Richter angewiesen. Der Abhängigkeit, in welche der Advocat auf diese Weise von dem Richter nothwendig geräth, und der Möglichkeit, daß dieser ihm seinen redlichen Lohn verkümmere, kann, so lange man nicht etwa dazu schreitet, jene jetzt richterlichen Befugnisse auf Advocatencollegien zu über-

tragen, nur dadurch abgeholfen werden, daß dem Advocaten in allen Fällen, wo sein eigenes Interesse bei Gelegenheit einer Geschäftsbeforgung für Andere berührt wird, unbedingt freisteht, die Revision der gegen ihn ergangenen Entscheidung durch das Obergericht zu verlangen, und daß diese Revision ohne alle Kosten erfolge. Man wird hiergegen vielleicht einwerfen, daß darin eine unbillige Begünstigung der Advocaten liege, welche sich doch mindestens allen denjenigen Beschränkungen, Umständlichkeiten und Aufwendungen unterziehen müßten, die für andere Privatpersonen mit der Rechtsverfolgung verbunden seien, und daß die Anträge auf Revision unverantwortlich mißbraucht werden würden, wenn sie selbst im Falle des Unterliegens keine Kosten nach sich zögen. Allein es kommt auch nicht allein darauf an, das Privat-Interesse der Advocaten, sondern auch und hauptsächlich, ihre unabhängige Stellung gegen den erkennenden Richter zu sichern, die Begünstigung kommt freilich zunächst ihnen, demnächst aber in noch viel höherm Maße dem Publicum, der allgemeinen Volkswohlfahrt zu Gute, und Mißbrauch ist nicht leicht zu fürchten, da in denjenigen Fällen, wo der Advocat wirklich im Unrechte sich befindet, er der Regel nach wünschen wird, daß die Sache nicht weiter bekannt werde und durch die Berufung an den Oberrichter nicht eine unangenehme Oeffentlichkeit erhalte. Wollte man aber dieses Hülfsmittel durch die Möglichkeit eines weitem vielleicht nicht unbedeutenden Kostenverlustes erschweren, so würde schon damit der Rechtsschutz beschränkt werden und die freie Stellung des Advocatenstandes gefährdet bleiben.

Indem ich die Aufzählung und Prüfung derjenigen Maßregeln, durch welche dem Advocatenstande von Seiten des Staates unmittelbar geholfen werden könnte, hiemit beschließe, bemerke ich nur noch, daß es keineswegs meine Absicht gewesen ist und auch nicht sein konnte, den Gegenstand durchaus vollständig und erschöpfend zu behandeln. Es ist dieß von Andern schon genügend geschehen, und die jegige Erörterung durfte sich darauf beschränken, theils die

Hauptgesichtspunkte anzudeuten, von welchen aus eine künftige Reorganisation des Advocatenstandes etwa aufzufassen sein möchte, theils aber auch darauf hinzuweisen, an welchen Mängeln und Unvollständigkeiten manche der bisherigen Verbesserungsvorschläge leiden. Der Hauptfehler scheint darin zu bestehen, daß man in den Untersuchungen nicht weit genug bis zur Quelle des Uebels hinaufgegangen ist und deshalb Manches für eine Hauptsache gehalten hat, was doch bei näherer Betrachtung erst auf zweiter Linie steht, so wie, daß bei allen Vorschlägen der enge Zusammenhang der innern und äußern Verhältnisse des Advocatenstandes mit dem ganzen Stande unsers öffentlichen Lebens zu sehr außer der Berechnung geblieben ist. Darüber, daß eine Emancipation des Advocatenstandes dringend nöthig sei, um ihm die erforderliche Würde und Bedeutung zu geben, werden die Verständigen und Wohlwollenden sich leicht vereinigen, aber daß diese Emancipation erst mit einer fundamentalen Umänderung unsrer ganzen Justizverfassung möglich sei, darauf ist noch immer viel zu wenig hingewiesen. Die Aufgabe erscheint hiernach allerdings als eine viel schwierigere und der zu überwindende Widerstand ungleich bedeutender, als wenn man nur die unmittelbaren Standesverhältnisse herausgreift und Reformen dafür zurichtet; aber selbst in den schwierigsten Sachen ist schon viel gewonnen, wenn man nur den wahren Zielpunkt richtig erkannt hat und nicht mehr allein in Bestrebungen seine Kräfte und seine Ausdauer verzehrt, welche für sich allein mindestens sehr problematisch genannt werden müssen.

V. Resultate.

In den bisherigen Abschnitten haben wir die Materialien gesammelt, aus welchen nun, wenn anders der Stoff und die Auswahl richtig war, leicht das Gebäude zusam-

mengefügt werden wird. Wir haben gesehen, daß der deutsche Advocatenstand im Allgemeinen die Bedeutung keineswegs erreicht, welche ihm bei einer natürlichen und angemessenen Stellung der Verhältnisse im Staats- und Volksleben zugetheilt werden muß, und daß seine ganze äußere Lage an einer Bedrückung und Unbehaglichkeit leidet, welche ein freudiges, hingebendes Umsassen des Berufes selbst bei den Bessern zu einer sehr schwierigen Aufgabe macht; wir haben ferner gesehen, daß der nächste Grund davon zum Theil allerdings in dem Zustande seiner sittlichen und intellectuellen Bildung, zum Theil aber auch, und der entfernte Grund ganz allein in äußern Umständen, und besonders in denjenigen Staatseinrichtungen zu suchen ist, welche seine Wirksamkeit bestimmen, regeln und leiten. In diesen vorläufigen Resultaten liegen nun auch die Andeutungen desjenigen, was wir von den Advocaten selbst fordern dürfen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Stellung wünschen, und es kommt nur darauf an, die schon gewonnenen Umrisse gewissermaßen auf ein reines Blatt zu tragen, etwas schärfer auszuführen und Licht und Schatten hineinzubringen, damit das Bild lebendig und anschaulich hervortrete.

Befolgen wir dabei den Gang, welcher nach jenen Andeutungen der natürlichste zu sein scheint, indem wir bei demjenigen Uebelstande beginnen, welcher zuerst in die Augen fällt, nämlich bei der eigenen unmittelbaren Verschuldung der Mitglieder des Standes. Der alte Spruch, daß, wo Verbesserung Noth thut, dieselbe von Innen ausgehen müsse, hat mehr Wahrheit, als Viele glauben wollen, im Leben der Völker wie der Individuen, wenngleich es auch eben so unbestreitbar ist, daß er oft nur von den Feinden des Bessern mißbraucht wird, um ein gerechtes Streben nach Reformen ad calendas graecas zu verschieben. Den Segen eines Zustandes, dessen man wahrhaft froh werden will, muß man sich selbst verdienen, und nur Dasjenige wird man beharrlich festhalten, was man als den Preis mühevoller Anstrengungen, als den Werth der eigenen Würde

betrachten kann. Und eben so wahr ist es, daß selbst der dauernde Besiß einer günstigen äußern Stellung bei Völkern, wie bei Menschen nicht anders gesichert wird, als durch innere Tüchtigkeit. Wenn daher verlangt wird, daß der Advocatenstand seine Regeneration bei sich selbst anfangen soll, so steht dem auch nicht entgegen, was oben gezeigt wurde, daß es nämlich vor Allem die äußern Verhältnisse sind, welche seit Jahrhunderten so ungünstig und fast planmäßig auf die Demoralisirung und Herabwürdigung des deutschen Advocatenstandes eingewirkt haben; denn so heillos ist keine Lage im menschlichen Leben, daß sie es dem kräftigen Charakter unmöglich machte, seine moralische Würde zu behaupten, und dem gebildeten Talente, sich Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Wir würden auch überall mehr Achtung bei Andern finden, wenn wir nur besser verständen, selbst in gedrückter Lage unsern Männerstolz zu behaupten. Denn jene Achtung hängt wesentlich mit von der Würde ab, welche man sich selbst beilegt, so wie von der Art, wie man diese zu behaupten weiß. Wer sich überall als den gehorsamen Diener jedes Handelsüchtigen zeigt, überall begierig nach Clientelen ambirt, sich freiwillig in das Dienstgefolge der Mächtigen, Reichern im Lande begibt, der darf sich nicht wundern, wenn man seine Habsucht höher anschlägt, als seinen Ehrgeiz, seine Gewissenhaftigkeit und seinen Rechtsinn. Eine so kleinliche Krämerseele verdient auch ganz die Verachtung, womit die öffentliche Meinung sie brandmarkt. Der Advocat soll kein *Slave* des Publicums sein, sondern dessen Freund, und er giebt selbst die natürlichen Vortheile seiner Stellung auf, wenn er seine eigene Würde so sehr verkennet und verscherzt, daß er sich zum demüthigen Clienten derjenigen erniedrigt, deren „Beschützer“ er ursprünglich sein soll. Aber auch den Staatsbehörden, besonders dem Richter gegenüber, soll der Advocat eine würdevolle Stellung behaupten, würdevoller, als er sie bisher größtentheils genommen hat. Er soll freilich nie die Achtung vergessen, welche er, wie jeder Andere, den Functionen

nären der Staatsgewalt schuldig ist, aber er soll auch sich und seinen Stand nicht erniedrigen und beschimpfen durch Kriecherei *), Speichelleckerei und bettelhaftes Buhlen um die Gunst der Behörden; er soll immer sich dessen bewußt bleiben, daß auch er einen hohen, wichtigen Beruf im Staatsorganismus zu erfüllen hat. Denn wer sich selbst wegwirft, der darf nicht erwarten, von Andern geehrt zu werden. Achtung und Bedeutung zu erzwingen ist für den Advocaten schwieriger, als vielleicht für irgend eine andere Classe der Staatsbürger, weil er sich nicht nur über die mittlere Höhe seiner Standesgenossen zu erheben, sondern auch noch tief eingewurzelte Vorurtheile zu bekämpfen hat; aber er muß das Ziel erreichen, weil er es kann. Tüchtige gediegene und umfassende wissenschaftliche Bildung, klares, besonnenes Urtheil, gründliche, ausdauernde Arbeit, Ordnung und Pünktlichkeit, ein strenger und gewissenhafter Rechtsinn, Redlichkeit, Treue und Uneigennützigkeit, unerschrockener Muth mit Geduld und besonnener Ruhe gepaart, endlich und vor allen Dingen ein kräftiges Selbstbewußtsein auf fleckenlose Sittenreinheit gegründet: das sind die Eigenschaften, welche ich vom Advocaten fordere. Werfe man mir nicht ein, daß ich damit nicht etwa das besondere Bild eines tüchtigen Advocaten, sondern überhaupt das eines tüchtigen Mannes ge-

*) Der nationale Hang des Deutschen zu nichts sagenden, aber doch folgenreichen Höflichkeitsformen hat auch in unserer Justizverfassung seine trübseligen Denkmäler errichtet, und dazu beigetragen, die gesunde Ansicht über die Erhabenheit des Instituts zu trüben. Gibt es z. B. eine größere Blasphemie gegen die Justiz, als wenn der Richter gebeten wird, daß er „gencigen“ oder „gerufen“ möge, das Recht zu verwalten? Werden durch solche Ceremonialformeln, welche nur zu Mancher als das aufnimmt, was sie zu sein doch nur scheinen sollen, nicht die unheilvollen Vorstellungen von Gunst und Gnade in das Heiligthum der Gerechtigkeit geschwärzt? Zur Freude der Menschheit hat dieses Unwesen sich in den neuern Zeiten mehr und mehr vermindert, aber Jeder sollte nach Kräften dazu beitragen, auch die letzten Spuren zu vertilgen.

zeichnet habe: ich verlange eben auch, daß der Advocat ein *vir probus et doctus* sei, und meine, daß er dann sich und seinen Stand schon zu Ehren bringen werde. Aber das ist zu erwägen, daß der Advocat, um sich Ehre und Achtung zu verschaffen, der meisten jener Eigenschaften in einem höhern Grade bedarf, als Andere, eben weil sie bei ihm eher, als bei jedem Andern bezweifelt werden. Sei der Advocat eben so klug, so gelehrt, so redlich, als der Richter, man wird in der Regel diesen doch für klüger, gelehrter und redlicher halten, und der Advocat muß in der That eine Stufe höher stehen, bevor in der Perspective, aus welcher der große Haufen zu betrachten gewohnt ist, die gerade Linie sich bildet.

Indeß gehören alle diese Forderungen nicht speciell zum Zwecke unserer Untersuchung, weil sie unter allen Umständen, und nicht etwa bloß in der Voraussetzung einer bestimmten Verfassungsform des Staates gemacht werden müssen. Nur deswegen, weil in ihnen eben die Grundlage aller Tüchtigkeit des Advocatenstandes beruht, und damit man nicht glaube, ihre Wichtigkeit werde vermindert, wenn etwa besondere Staatsverhältnisse andere Ansprüche und Anregungen hervorrufen sollten, nur deswegen mußte ihrer hier wenigstens kurz gedacht werden. Die Hauptfrage entsteht nun aber: inwiefern das Streben und Wirken des Advocaten durch die eigenthümliche Natur des constitutionellen Staates besondere Richtungen erhält? Und mit dieser Frage wenden wir uns unmittelbar zu dem Kerne unserer Aufgabe.

Dasjenige nun, was hier den Angelpunkt bildet, läßt sich in den Worten zusammenfassen: Der Advocat muß einsehen und tief durchdrungen werden von der Wahrheit, daß seine Sache keine andere ist, als eben die Sache der Freiheit und des volksthümlichen Rechts. Sorgen wir also, so viel und so weit wir können, für die Befestigung, Entwicklung und Ausbildung constitutioneller Grundsätze, und wir werden am sicher-

sien für die Verbesserung des Advocatenstandes und seiner äußern Verhältnisse sorgen. Dieser Satz erheischt übrigens noch eine weitere Ausführung, indem wir die verschiedenen in dem Bisherigen hie und da abgebrochenen Fäden wieder aufnehmen, einzelne auch wohl etwas fortspinnen und dann alle zu einem Ganzen vereinigen.

Zur Grundlage möge uns dabei eine Thatsache dienen, welche auf einer durch die Geschichte aller Zeiten und Völker bestätigten Wahrnehmung beruht, die Thatsache nämlich, daß die Achtung vor dem Advocatenstande, der Einfluß desselben beim Volke und seine eigene innere Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit in demselben Maße steigt und fällt, in welchem die politische Freiheit des Volkes auf einer höhern oder niedrigeren Stufe steht. So sehen wir in der Blüthezeit der römischen Freiheit die angesehensten Staatsmänner sich mit der Rechtsvertheidigung vor dem Gerichte beschäftigen, wogegen einige Jahrhunderte später der Stand schon verachtet wurde und auch theilweise verächtlich war, und während in Frankreich und England der Weg zu den Reichthümern, zu den ersten Staatsämtern, zum Ministertische fast nur durch die Advocatenstube geht und auch später die Rückkehr dahin niemals für auffallend oder anstößig gehalten wird, während es in Nordamerika häufig ein einfacher Advocat war, welcher nach der Wahl des freien Volkes den Präsidentenstuhl bestieg, werden die Rechtsbeistände in China von den Mandarinen mit Stöckschlägen gezüchtigt, wenn sie eine (nach der Meinung der letzten) ungerechte Sache vertheidigt haben. Worin liegt aber der Grund dieser Erscheinung und in wiefern hängt derselbe wesentlich mit der Natur des constitutionellen Staates zusammen? Diese Frage muß hier etwas näher betrachtet werden, weil daraus deren innige Verbindung mit dem Hauptgegenstande anschaulich werden wird. Indem ich aber dabei etwas tiefer in das Wesen der absolut monarchischen und des verfassungsmäßig beschränkten Staates einzugehen veranlaßt bin, muß ich zur Vermeidung von Mißverständnissen die Bemerkung voraus-

schicken, daß Dasjenige, was in der Idee sich oft schroff einander gegenübersteht, vielleicht gar sich gegenseitig auszuschießen scheint, durch die vielfachen Verschlingungen, Bewegungen und die wunderbare Plastik des Lebens in der äußern Erscheinung sich häufig mildert, abrundet und erträglich macht, daß nichtsdestoweniger da, wo es die Untersuchung des wahren Wesens einer Sache gilt, auch die doch immer vorherrschend bleibende Idee in ihrer ganzen Schärfe und Reinheit aufgefaßt und dargestellt werden muß.

Recht und Freiheit sind bei richtiger Anschauung zwei gleichgeltende Begriffe. Denn Freiheit ist nur der Inbegriff des — bei Berücksichtigung der gleichen Ansprüche Anderer — weitest möglich ausgedehnten und gesicherten Maßes von Rechten jedes Einzelnen; sie ist also die vollkommenste Erscheinung des praktisch darstellbaren Rechtszustandes. Je größer also die Freiheit eines Volkes ist, desto ausgebreiteter ist bei ihm das Gebiet und die Herrschaft des Rechts *), und umgekehrt. Will man nun nicht alles Bestehende ohne Weiteres für vernünftig oder mit den Anhängern der historischen Schule für Recht und zwar für abschließliches Recht erklären, will man also Demjenigen, was für alle Menschen oder doch für die Genossen eines Staates als heilige Norm des Handelns, als äußere Bedingung des geistigen und materiellen Wohlergehens gelten soll, eine höhere, ewige Grundlage geben, so kann man in einem gewissen Sinne sagen, daß da, wo der Wille eines einzigen Menschen über dem Willen Aller steht, überall kein eigentliches Recht vorhanden sei. Denn in weitester und consequenter Ausdehnung der Idee haben dann diesem Einen gegenüber alle Andern gar keinen Willen, und jener Einzelne auf der andern Seite wird in dem, was er will, durch keine Pflicht beschränkt, weil eben sein Wille Recht

*) Hier zeigt sich die Freiheit im schroffsten Gegensatz zur Willkür, welche alles Recht zerstört.

und Pflicht in sich vereinigt. Für die Untergebenen gibt es dann aber auch überall keine Rechte, weil ja jedes selbstständig im Staate bestehende — und eben deshalb nach allen Seiten hin des Schutzes bedürftige — Recht dem absolut regierenden Willen Schranken setzen und weil dann dieser Wille aufhören würde, absolut und unbeschränkt zu sein. Im verfassungsmäßig beschränkten (constitutionellen) Staate dagegen beruht das Rechtsgesetz auf der freien Vereinigung Aller und geht hervor aus dem vernünftigen Gesamtwillen. Hier also wird die selbstständige Persönlichkeit jedes Einzelnen nicht nur möglich gemacht, sondern sie wird sogar gefordert, weil der Idee nach wiederum der selbstständige Wille jedes Einzelnen hinzukommen muß, um das Gesetz zu schaffen. Insofern daher durch die Verfassung für eine zweckmäßige und unverfälschte Vorbereitung und Ermittlung des vernünftigen Gesamtwillens gesorgt ist, erscheint das Gesetz als die Darstellung Desjenigen, was als vernünftig erkannt ist und als solches so lange gelten muß, bis eine abweichende oder entgegengesetzte Erkenntniß sich geltend gemacht hat. — So scharf ausgeprägt ist nun freilich im wirklichen Leben das Verhältniß weder dort, noch hier; auch im unumschränktesten Staate ist der Alleinherrscher gezwungen, bis zu einem gewissen Grade auf die Stimmung des Volkes Rücksicht zu nehmen, bestimmte Gewohnheiten, Ansichten und Vorurtheile zu schonen; und umgekehrt wird nicht leicht eine constitutionelle Staatsform zu finden sein, welche den Ausdruck der wahren öffentlichen Meinung ohne alle Beimischung von Willkür, von Parteiinteressen und einseitigem Einflusse darstellte. Allein ungeachtet dieser durch die Natur der Dinge regelmäßig und unausbleiblich herbeigeführten Modalitäten spricht doch der allgemeine Charakter des absoluten wie des verfassungsmäßigen oder constitutionellen Staates seinem Wesen nach sich fortwährend in jenen Grundverschiedenheiten aus, und immer wird der constitutionelle Staat vorzugsweise den Namen des Rechtsstaates verdienen, weil objectiv Darstellung und Schutz des als vernünftig erkannt-

ten Rechtes seinen Zweck, und zwar seinen obersten Zweck bildet.

Je größer nun die Freiheit eines Volkes, je ausgebildeter und gesicherter also sein ganzer Rechtszustand ist, desto höher steht bei ihm auch das Recht im Werthe; eine Wahrheit, welche freilich die Freiheitsfeinde nicht gern zugeben wollen, jedoch im Angesichte der sprechendsten Thatfachen nicht zu bestreiten vermögen. Wir möchten doch sehen, ob es auch in Deutschland eben so, wie in dem freien England, bei einem Volksaufreure gelingen würde, die Tumultuanten lediglich durch die leise Berührung mit dem Stäbchen des Constablers zum Gehorsam gegen das Gesetz zurückzuführen!*) Und in welchem despotisch regierten Lande würde das freie Spiel der politischen Parteien so ohne alle Gefahr für die Grundfesten der Staatsverfassung, ja zu deren segensvollstem Gedeihen sich entwickeln dürfen, wo würde eine solche Aufregung, wie sie der große irische Agitator seit langer Zeit fast fortwährend unterhält, geduldet werden können, ohne daß die Bewegung, wäre sie einmal entstanden, auch sofort alle Schranken des Rechts und des Gesetzes durchbräche und in offene blutige Revolution überginge, während dort die Regierung ruhig ihren Gang fortsetzt? — Diese größere, lebendigere Rechtsliebe im Volke erklärt sich aber zunächst daraus, daß überhaupt im constitutionellen Staate die Rechtsidee vorherrscht, allgemein als Staatszweck erkannt wird und so überhaupt tiefer in den Geist des Volkes eindringt. Denn darin eben besteht das wahre Wesen und der große Vorzug des constitutionellen Staates, daß hier jeder

*) Wenn man hiergegen etwa das Beispiel der neuern Chartistenaufstände in England anführen wollte, so muß man doch anerkennen, daß es schwerlich in einem andern Lande gelungen wäre, diese Aufstände mit so geringen Mitteln zu unterdrücken, so wie sich überhaupt gerade bei dieser Gelegenheit der gesunde Rechtsinn der großen Mehrheit des englischen Volkes auf das Glänzendste bewährt hat.

Bürger nicht nur seine Pflichten, sondern auch seine Rechte genau und bestimmt kennt, daß er die Erhaltung jener nur durch eine pünktliche Erfüllung der letzten gewährleistet weiß, daß er aber auch im Besitze seiner Rechte sich vollkommen ruhig fühlt, so lange er selbst das Gesetz achtet. Sie erklärt sich ferner aber und ganz vorzüglich aus den practischen Beziehungen, in welche das Volk selbst durch seine Verfassung zum positiven Rechte gebracht wird. Durch Abgeordnete nimmt das Volk an der Gesetzgebung Theil — eine Theilnahme, bei welcher freilich nur dann das wahrhaft Gute und Vernünftige verbürgt wird, wenn ihr die wichtige Unterstützung einer freien öffentlichen Besprechung, besonders durch die Presse, nicht entzogen ist; — das Recht wird dadurch etwas vom Volke selbst Erschaffenes, es wird sein innigstes Eigenthum und als solches ihm heilig und theuer, wie Alles, was es besitzt. Dann aber beruhen im constitutionellen Staate auch alle diejenigen Einrichtungen, welche den Schutz des bestehenden Rechts zum Zwecke haben, wesentlich auf der Mitwirkung des Volkes. Die wichtigsten Volksrechte, die — freilich bei uns noch auf viel bestimmtere Grundsätze zu bringende — Verantwortlichkeit der Minister, die Unabhängigkeit der Gerichte, sind der Wachsamkeit der Volksabgeordneten so wie der moralischen Kraft der öffentlichen Meinung anvertraut, und vor allen Dingen wird dadurch, daß der staatsbürgerliche Gehorsam durch die Verfassung in ein geregeltes Verhältniß zur ausübenden Staatsgewalt gestellt ist, jeder einzelne Staatsbürger zum Schutze des bestehenden Rechtszustandes eben so verpflichtet, wie befähigt. So verbindet sich im constitutionellen Staate ein klarer Rechtsbegriff mit allen Erscheinungen des staatsbürgerlichen Lebens und gewinnt eine innere Kraft und Festigkeit, welche er selbst in den am besten regierten unumschränkten Staaten nie erhalten kann. Daher jener tiefeindringende, vorherrschende Rechtsinn, der uns gerade in England, dem Mutterstaate aller neuern Constitutionen, so wohlthuend auf-

fällt, daher der hohe Werth, den das Volk dort auf alle Institutionen legt, von denen die Erhaltung des Rechtszustandes abhängt. Denn je mehr die Rechtsidee durch positive Institutionen practisch dargestellt und geschützt wird, desto höher steigt der Werth des Rechtes selbst, desto mehr gewinnt dasselbe an Anhänglichkeit im Volke, und desto wichtiger werden die nicht nur dem ganzen Volke, sondern auch jedem seiner Mitglieder für den einzelnen Fall zu Gebote stehenden Mittel der Vertheidigung. Was man nicht hoch achtet, was man vielleicht nur auf prekäre Bedingungen — etwa aus Gnade oder nach willkürlicher Gestattung — befißt, weshalb soll man sich viele Mühe geben, das sorgfältig und energisch zu vertheidigen, da vielleicht der sicherste oder gar der einzige Schutz in Unterwürfigkeit besteht? Der nächste Wechsel der Laune entreißt vielleicht das mühsam Festgehaltene und ein neuer Glückswurf bringt wohl, wenn nicht das Verlorene selbst zurück, doch Ersatz dafür wieder. Wo aber das Gesetz nicht von einseitiger Willkür eines Einzelnen abhängt, wo vielmehr das ganze Volk verfassungsmäßig berufen ist, über die Aufrechthaltung des Rechtszustandes zu wachen, wo derselbe mit den erforderlichen constitutionellen Garantien umgeben und gesichert ist, da verbindet sich mit dem kräftigern Selbstgefühl im Volke auch ein festerer Wille, sein Recht aufrecht zu erhalten, und eben in diesem Willen selbst besteht der sicherste Rechtsschutz.

bleiben wir nun bei dieser, als der allgemeineren Seite der Sache stehen und ziehen wir daraus diejenigen Folgerungen, welche sich als die Aufgabe des Advocatenstandes darstellen. Wenn der constitutionelle Staat der eigentliche und wahre, ja der einzige wirkliche Rechtsstaat ist, insofern nur die Darstellung und der Schutz des Rechtes in seinem obersten Zwecke liegen und nach seinem Grundbegriffe alle Beziehungen und Verhältnisse des öffentlichen Lebens nicht auf Gnade, Willkür oder Gewalt, sondern auf Recht und Gesetzen beruhen, wenn ferner der Advocat durch seinen Stand und seine Stellung zum Volke berufen ist, des-

sen Rechtsfreund in allen Verhältnissen, der Wächter der ewigen Gerechtigkeit zu sein, so ergibt sich daraus für ihn un-
 mitterbar die hohe und erhabene Aufgabe, vor Allem und
 von Allen der Erste jenes Recht und jenes Gesetz zu kennen
 und zu vertheidigen, auf welchen der constitutionelle Staat
 mit allen seinen organischen Einrichtungen, auf welchen die
 Freiheit des Bürgers, als das edelste Lebensselement und die
 Grundbedingung jedes besondern Rechtes beruht. Er muß sich
 über den alltäglichen Schlendrian des handwerkemäßigen Re-
 tenverkehrs zu erheben suchen bis zu demjenigen Standpunkte,
 von welchem aus ihm das Recht als eine erhabene, alle
 Verhältnisse des Staatsorganismus durchbringende Idee er-
 scheint, und mit Aufbietung aller Kräfte dahin wirken, daß
 durch Begründung und Entwicklung wahrer Volksefreiheit
 das Recht auch beim Volke wieder zu Ehren komme. So
 wenig als die Tugend und die Moral läßt sich das Recht
 auf bestimmte Seiten oder Verhältnisse des staatsbürgerlichen
 Lebens beschränken, seine Herrschaft ist allgemein, und die
 Idee kann nur dann den Segen vollständig spenden, welchen
 sie in ihrem Schoße birgt, wenn sie in ihrem vollen, un-
 verstümmelten Umfange und in ihrer höchsten Reinheit auf-
 gefaßt wird. Nichts aber könnte auf die Dauer den ganzen
 Rechtszustand ernstlicher gefährden, als wenn man denselben,
 wie es allerdings jetzt noch bei den Advocaten vielfach der
 Fall ist, in verschiedene Theile trennen, und etwa gerade
 den wichtigsten desselben, nämlich das Staatsrecht, als dem
 Reiche der Ideale, der politischen Schwärmerei angehörig
 und für das tägliche Leben unpractisch bei Seite setzen wollte.
 Nicht genug, daß in solchem Falle die für die moralische und
 rechtliche Sicherheit des Staates und da, wo man einmal
 constitutionelle Formen hat, selbst für das materielle Wohl-
 ergehen entscheidend wichtigen Grundlagen die Unterstützung
 eben Derjenigen verlieren, welche zunächst zu deren Schutze
 berufen sind; man übersieht dabei auch die leider noch viel
 zu wenig erkannte Thatsache, daß am Ende der Schutz auch
 jedes individuellen Rechts des einzelnen Staatsbürgers

nur in den Einrichtungen des öffentlichen Staatslebens seinen letzten Anhaltspunkt, seinen wahren Lebensnerv findet. Mag dieser innige Zusammenhang des individuellen Rechts mit dem öffentlichen in den gewöhnlichen Beziehungen der Staatsbürger zu einander weniger bestimmt hervortreten, in einzelnen Theilen ist derselbe fortwährend erkennbar und unter besondern Umständen allgemein von der höchsten Wichtigkeit. Wir brauchen nur auf die legislative Gestaltung und die practische Handhabung verschiedener Zweige des Strafrechts *) zu verweisen, so wie auf diejenigen ausgedehnten und vielgestalteten Verhältnisse, in welche der einzelne Staatsbürger zu der Staatsgewalt, besonders der verwaltenden, tritt, und welche durch allgemeine Bestimmungen des öffentlichen Rechts ihre Norm erhalten. Gerade dieser höchst wichtige Theil der Gesetzgebung ist freilich in Deutschland noch bei weitem weniger ausgebildet, als in andern constitutionellen Staaten und beruht bei uns noch mehr auf Maximen und Instructionen, als auf wirklichen Gesetzen; dennoch wird auch hier die Form und der Geist des constitutionellen Staates, wenn man nur beides richtig auffaßt und festhält, durchgängig dem Einzelnen eine bei weitem größere Rechtssicherheit gewähren, als die nur von Oben her bewachte Beamtenwillkühr in unbeschränkten. Wenn aber einst die herrschende Gewalt eine reactionäre Richtung einschlägt, wenn sie, um dieselbe dem fest ausgesprochenen Volkswillen entgegen zu verfolgen, alle Schranken niederzutreten gezwungen ist, welche sich ihrem Gange hindernd in den Weg stellen, wenn sie die gesetzmäßigen und loyalen Bestrebungen des Volkes zur Vertheidigung des bestehenden Rechtszustandes willkürlich verhindert und bestraft, die verfassungstreuen, gesetzmäßigen

*) So z. B. wird die constitutionelle Rechtsansicht sich schwerlich mit derjenigen Maxime vertragen können, nach welcher, wie im Preussischen, die gerichtlichen Erkenntnisse wegen gewisser Classen von Staatsverbrechen einer Revision durch das Ministerium der Justiz unterworfen sind, solche Criminalprozesse also in letzter Instanz gewissermaßen von der Regierung selbst entschieden werden.

Gerichtsbehörden vorbeigeht und jede ihr missfallende Handlung des Staatsbürgers vor das ungesetzliche Forum ihrer eigenen Polizeibehörden zieht; wenn sie endlich durch eine Cabinetsordre den Richtern bei Strafe verbietet, nach den rechtmäßig entstandenen Gesetzen zu urtheilen — kann man sagen, daß dann noch irgend ein Privatrecht heilig und geschützt sei? Wohl keine frühere Zeit scheint so sehr, wie die jetzige, die Aufgabe gehabt zu haben, den innigen Zusammenhang zwischen dem Privatrechte und dem öffentlichen anschaulich zu machen, und der Stand der Rechtsvertheidiger würde sich an seinem Verufe versündigen, wenn er die große organische Umänderung, welche dadurch auch in der practischen Erscheinung und Handhabung des positiven Rechtes nothwendig hervorgerufen wird, unbeachtet lassen wollte. Vor fünfzig Jahren waren freilich die Verhältnisse noch nicht so. Damals ging die Volksansicht ziemlich allgemein dahin, daß Alles, was außerhalb der nächsten privatrechtlichen Schranken jedes Einzelnen liege, nur in das Gebiet der Regierungsgewalt gehöre, und selbst an der dürftigen Beschränkung, welche diese durch Landstände erhielt, nahm wenigstens das Volk als solches durchaus keinen Antheil. Die Regierungen ihrer Seits, in ihren Bewegungen so wenig gehindert, waren im Ganzen wohlwollend gegen das Volk und sorgten für dessen materielles Gedeihen. So bewegten sich beide Theile ruhig und friedlich, jeder in seinem Kreise, und Conflicte kamen schon deshalb nicht vor, weil die allgemein herrschende Meinung sie eigentlich nicht für möglich hielt. In den letzten Decennien aber hat diese Ansicht eine andere Richtung genommen, und wenngleich es hier zu weit führen würde, die Ursachen solcher Veränderung zu entwickeln, so müssen wir doch wenigstens die Folgen, welche daraus für den practischen Rechtszustand entstehen, oder die Art des Einflusses, welchen dieselbe darauf äußert, uns einigermaßen klar zu machen suchen. Die vermehrte Theilnahme des Volkes an den gemeinschaftlichen öffentlichen Interessen erweckte in ihm das Verlangen, bei der Verwal-

tung dieser Interessen diejenige Mitwirkung in Anspruch zu nehmen, zu welcher es sich historisch, wie vernunftmäßig berechtigt glaubte, und da jede Tendenz nothwendig eine ihr entgegengesetzte Tendenz hervorruft, da ferner die Regierungen jenes Verlangen für einen Eingriff in ihren ausschließlichen Wirkungsbereich hielten, auch vielfach der Meinung anhängen, daß eine unumschränkte Regierung in der That kräftiger sei, als eine constitutionelle, so mußten nothwendig Conflictte entstehen und in dem Maße häufiger werden, als die Bewegung der Principien sich zu entwickeln anfing. Wir haben jetzt freilich in einem großen Theile von Deutschland der Form nach constitutionelle Verfassungen, allein die Entwicklungskrisis der Principien haben wir noch lange nicht durchgemacht. Die Besorgniß auf der einen Seite vor einem Uebergähren der Demokratie und auf der andern vor dem Wiederaufwachen einer Willkürherrschaft gibt dem Kampfe der Tendenzen, aus welchem, wenn er richtig geleitet und auf beiden Seiten nur mit gleichen, offenen und ehrlichen Waffen geführt wird, das wahre Wohl des Ganzen unfehlbar hervorgehen muß, eine gewisse Schärfe und Bitterkeit, welche die Gewalt nur zu leicht in dem Wahne bestärken, daß ihr Recht so weit gehe, als ihre Macht reicht. Gerade in solchen Entwicklungsstufen sind die Reibungen zwischen der Staatsgewalt und den Individuen naturgemäß häufiger, als in andern Zeiten, und sie erfordern grade dann auch um so größere Aufmerksamkeit, je unmittelbarer davon zugleich die Gestaltung der Principien abhängt. Und wir würden wahrlich schon viel gewonnen haben, wenn nur die Mehrzahl der deutschen Advocaten wirklich einsähe und beherzigte, daß seit einem halben Jahrhundert die Grundlagen für die Entwicklung und Fortbildung auch der individuellen Rechtsverhältnisse sich so wesentlich verändert haben.

Die zweite Folgerung, welche aus den obigen allgemeinen Betrachtungen für unsern Zweck sich ergibt, besteht darin, daß nur eine freie Staatsverfassung und eine lebendige

Theilnahme daran im Stande sind, dem Advocaten diejenige Bedeutung zu sichern, welche er seiner Stellung gemäß ansprechen darf, und welche er zugleich ansprechen muß, wenn seine Wirksamkeit eine gemeinnützige sein soll. Wer die ihm übertragenen Privatgeschäfte der Einzelnen mit Geschicklichkeit und Treue besorgt, die Gerichtsordnungen beobachtet und keine Verstöße macht, der wird sich wohl die Zufriedenheit der Partei erwerben, welcher er dient, aber das Volk wird ihn doch immer nur für einen Mann halten, dessen Hilfe in jeder Sache und zu jedem Zwecke für Geld zu haben sei; er wird sich den Namen eines guten Sachführers, auch wohl den eines ruhigen Bürgers verdienen, aber ein Rechtsfreund seines Volkes ist er darum noch nicht. Die öffentliche Meinung setzt ihn in die Klasse der höhern Handwerker, bei welchen man nach Bedürfnis die Arbeit bestellt, mit denen man aber auch fertig ist, wenn man diese erhalten und den Lohn bezahlt hat. Wenn aber im constitutionellen Staate der Entwicklung des öffentlichen Rechts ein ganz neues Feld sich geöffnet hat und der Advocat als der rechtskundige Bürger mit der erforderlichen wissenschaftlichen Vorbildung und Geschäftskunde, mit wahrer, tiefgefühlter Rechts- und Freiheitsliebe unaufgefordert und uneigennützig seinen Mitbürgern voranschreitet, hier belehrt, dort rät, hier aufmuntert, dort mahnend zurückhält und überall als der wahre Freund der Rechte und Interessen des Volkes sich zeigt: dann wird auch bald erkannt werden, wie wichtig es für das Volk ist, unabhängige, mit Rechtskenntnis versehene Männer in seiner Mitte zu haben, und mit der Anerkennung ihrer Bedeutung wird von selbst der Einfluß sich steigern, welchen sie auf das Volk ausüben, so wie das Ansehen, dessen sie bei ihm genießen. Müßte nicht in jedem Lande gerade der Advocatenstand die reichste Auswahl für Volksabgeordnete zur Ständeversammlung darbieten, und würde dann nicht auch die Wahl regelmäßig mehr auf sie, als auf irgend einen andern Stand, namentlich den der Staatsdienern fallen? Aber davon, daß dieß zu erwarten wäre, sind wir

fast durchgängig noch weit entfernt, und die Advocaten tragen selbst die größte Schuld davon, indem sie sich um Dasjenige, was außerhalb des Kreises der streng gerichtlichen Praxis liegt, bisher viel zu wenig bekümmert haben. —

Vor allen Dingen aber scheint die Mehrzahl der Advocaten noch nicht zu begreifen, wie eng und unmittelbar alle diejenigen Einrichtungen des Staateslebens, von denen eine gründliche Verbesserung ihrer äußern Verhältnisse erwartet werden darf, ja selbst eine fundamentale und den billigsten Ansprüchen genügende Reorganisation ihres Standes mit der Entwicklung constitutioneller Staatsformen im Allgemeinen zusammenhängt und durch dieselbe bedingt ist. Bleiben wir nur bei Demjenigen stehen, was man in dieser Hinsicht gewöhnlich allein fordert und womit man sich zu begnügen pflegt, als Advocatenkammern, Tarordnungen, so wird man bei unbefangener Erwägung finden, daß schon die Einführung dieser anscheinend sehr bescheidenen Maßregeln entweder unübersteigliche Schwierigkeiten finden oder von den erwarteten guten Folgen nur einen sehr mäßigen Theil herbeiführen werden, so lange die constitutionelle Ansicht bei uns noch keinen höhern, freieren Standpunkt gewonnen hat, als in diesem Augenblicke. Wer nun überhaupt einmal der Meinung ist, daß dem Volke ein größeres Maß von Freiheit, als welches man ihm bisher zu bewilligen für angemessen fand, nicht zuträglich sei, der wird auch jeder Abänderung der bestehenden Verhältnisse, durch welche die practische Bedeutung des Advocatenstandes gehoben werden würde, schon instinktmäßig entgegentreten, weil ihm, wenn er auch die innere Causalität nicht klar überschauen sollte, doch ein lebhaftes Gefühl sagen würde, daß eine Emancipation des Advocatenstandes nothwendig fördernd auf die Entwicklung der allgemeinen Freiheit des Volkes zurückwirken müßte. Und zwar zuvörderst wird er mit vollem Rechte jede organische Verbindung der Advocaten fürchten und verhindern. Denn wenn bei der jetzigen Zersplitterung des Standes nur Einzelne sich aus der allgemeinen Apathie herausreißen und mit muthiger Selbstver-

leugnung sich dem Streben für constitutionelle Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zuwenden, so würden dagegen die Advocatenkammern bald die besten Schulen des Liberalismus werden, und darin hat man ohne Zweifel den Hauptgrund zu suchen, weshalb alle Verbindungen der Advocaten in Deutschland überall noch so wenig Gunst, theilweise nicht einmal die Gestattung des Daseins, gefunden haben. — Auch mit Tarordnungen wird unter den jetzigen Verhältnissen wenig gewonnen, höchstens hier und da ein augenblickliches Bedürfniß befriedigt, nicht selten auch der Habsucht aufs Neue Vorschub geleistet und gewöhnlich noch nebenbei die wohl am wenigsten erwartete Wirkung erreicht werden, daß der Advocatenstand beim Volke noch unbeliebter werde, so lange nicht der ganzen Thätigkeit desselben eine höhere, edlere Bedeutung gegeben und dieselbe durch eine nach allen Seiten hin sichernde Oeffentlichkeit beleuchtet wird. Ueberhaupt ist es sehr zu bezweifeln, ob von Seiten der Staatsgewalt directe, ernstliche Schritte geschehen werden, um den Advocatenstand unabhängiger und vortheilhafter zu stellen und seinen Einfluß und seine Bedeutung zu vermehren, so lange man nicht an wesentliche Fortschritte auf der Bahn der liberalen Entwicklung denkt.

Am wenigsten dürfte aber zu erwarten sein, daß diejenigen organischen Umänderungen in der Rechtsverfassung überhaupt, aus denen mittelbar eine bessere Stellung des Advocatenstandes hervorgehen müßte, und durch welche diese dem Obigen zufolge bedingt ist, lediglich deshalb von irgend einer Regierung eingeführt werden sollten, um diesen Nebenzweck zu erreichen. Diese Umänderungen sind größtentheils nur als die Früchte einer glücklichen und vollständigen Ausbildung der constitutionellen Staatstheorie zu erwarten. Wir haben die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen als eine Vorbedingung der Art bezeichnet, und es bedarf in der That nur eines oberflächlichen Eindringens in die Verhältnisse, um sich zu überzeugen, daß eben diese Umgestaltung des deutschen Justizwesens nicht leicht

früher eintreten wird, als wenn die Aengstlichkeit Derjenigen, welche noch immer alle ursprünglichen und unveräußerlichen Volksrechte in den Händen einer starken und uneingeschränkten Regierungsgewalt am sichersten verwahrt glauben, einer freieren und liberalern Ansicht Platz gemacht hat. Der Grundsatz der Oeffentlichkeit ist seiner Natur nach ein allgemeiner, seine Verwirklichung kann nur die Folge eines im Volke gefühlten allgemeinen Bedürfnisses, in allen sein Interesse betreffenden Fragen selbst sehen zu wollen, eines wahrhaft öffentlichen Sinnes sein. Daher ist wohl nicht daran zu denken, daß wir öffentliche Rechtspflege früher bekommen werden, als wenn vorher oder wenigstens gleichzeitig das Princip der Oeffentlichkeit in allen wirklichen Volksangelegenheiten volle Befriedigung und Genugthuung da erhalten hat, wo es bis jetzt noch verkümmert und verlegt erscheint, also namentlich in Bezug auf die Presse, auf die landständischen Verhandlungen, auf das Associationsrecht und die wahrhaft freie Erörterung alles Wichtigen im Volke. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist durchaus nur ein Theil der constitutionellen Staatsentwicklung überhaupt, und zwar in Verbindung mit den übrigen Erscheinungen der Oeffentlichkeit gerade derjenige, dessen Gewährung bisher die meisten Hindernisse gefunden hat und wahrscheinlich auch einstweilen noch finden wird. Wir werden keine constitutionelle Gerichtsformen erhalten, so lange wir nicht überhaupt bedeutend weiter ausgebildete Staatsformen haben, und alle Träume von Verbesserung des Advocatenstandes bleiben eben nur Träume, bis die Ideen edler und gesetzmäßiger Freiheit in unser öffentliches Leben practisch eingeführt worden sind. Und gerade diese edle und geregelte Freiheit ist die wahre Lebenslust, in welcher allein auch der Advocatenstand gedeihen kann. „Führe man in einem Lande,“ sagt Mittermaier, *) „wo keine Pressfreiheit herrscht, wo keine Theilnahme des Volks an öffentlichen Angelegen-

*) Archiv für civ. Praxis Bd. XV. S. 148.

heiten vorhanden ist, Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei Gericht ein, gestatte man in diesem Lande, daß auf die bisherige Weise die Richter die Anwälte vornehm behandeln und die Redefreiheit einschränken, und vergebens wird man auf eine Umwandlung des Geistes unter den Advocaten rechnen dürfen, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen wird keine Wunder wirken, sie wird keine Redner bilden; mit Unwillen werden die Richter die schlecht vorgetragenen, verworrenen Darstellungen der Anwälte hören, das Publicum wird kein Interesse an den Verhandlungen haben, und die Achtung vor der Oeffentlichkeit selbst wird sich vermindern. So ist ein organischer Zusammenhang zwischen einer Reihe von Einrichtungen und Verhältnissen begründet, ohne deren Zusammenwirken alle neuen Advocatenordnungen ohne Einfluß bleiben werden.“ Und so ist es. Man erwäge nur, daß ein durch aus freier Gedankenverkehr die einzige Form ist, in welcher sich eine vollständige Rechtsvertheidigung denken läßt, so wie, daß alle unsere Einrichtungen um so sicherer dieser oder jener, vielleicht gar nur zufällig herrschenden Gewalt dienstbar werden müssen, je weniger es uns gelingt, dieselben unter den Schutz und die Controle einer vernünftig gebildeten öffentlichen Meinung zu stellen.

Auch die für die Wirksamkeit und Bedeutung des Advocatenstandes so hochwichtige Unabhängigkeit des Richterspruchs erhält ihre Garantie erst durch die volle Befriedigung derjenigen Forderungen, welche das vernunftmäßige Staatsrecht der constitutionellen Monarchie für die Sicherstellung und Verbürgung des allgemeinen Rechtszustandes erhebt. Jene Unabhängigkeit beruht jetzt bei uns nur auf der wenigstens in den meisten deutschen Staaten gesetzlich anerkannten Unabsetzbarkeit der Richter und außerdem lediglich auf den Grundsätzen der Ehre und der Moral, welche allerdings in Deutschland noch wirksamer sein mögen, als in vielen andern Ländern. Unsere deutschen Richter suchen auch in der That eine so große Ehre darin, für unabhängig und selbstständig zu gelten, daß es fast als Verbrechen betrachtet

wird, an ihrer unbedingten Unparteilichkeit auch nur im Entferntesten zu zweifeln. Das ist freilich recht gut, allein der müßte mit Blindheit geschlagen sein, der nicht bemerkte, daß eine der Gewalt huldigende und fiscalische Richtung sich wenigstens in sehr vielen deutschen Obergerichten bedeutenden Einfluß verschafft. Wohl haben wir auch unter unsern deutschen Oberrichtern Männer, welche, wie der ehrwürdige Pfeiffer, Aschbach und A. von wahrhaft constitutionellem Gerechtigkeitsfinne tief durchdrungen und mit einer Charakterfestigkeit begabt sind, die allen Anfechtungen troßt, allein leider haben wir nur wenige Erkenntnisse, welche denselben Sinn auch practisch zur Geltung brächten, weil Männer von solchen Grundsätzen noch überall die Minderzahl bilden. Die fast durchgängig von den Gerichten adoptirten höchst strengen Theorien über Bestrafung politischer Vergehen, die Abneigung der meisten Gerichte gegen die freie Presse, selbst wo sie derselben zu Hülfe kommen könnten, die Entscheidungen in den hurreffischen Ministeranklagen, das Schwancken mehrerer hannoverscher Obergerichte und das offene Nachgeben des dortigen obersten Gerichtshofes in der Verfassungssache, sind wenigstens Thatfachen, welche in dieser Hinsicht zum Nachdenken auffordern; und der Practiker weiß außerdem, daß auch in privatrechtlichen Streitigkeiten gegen die Staatsgewalt ihn leicht ein Gefühl der Unsicherheit beschleicht, wenn der Streit eine Frage betrifft, auf welche in den höchsten oder gar höchsten Kreisen der Regierung großes Gewicht gelegt wird. Ich weiß, daß das eine Behauptung ist, über welche der Beweis sich schwer führen läßt, weil sie nur durch eigene Anschauung und Erfahrung geprüft und gewürdigt werden kann; ich weiß aber eben so gut, daß viele practische Juristen von ehrenhafter Gesinnung mir beistimmen werden. Die Sache hat auch ihre natürlichen, nicht nur allgemeinen, sondern theilweise auch in der Eigenthümlichkeit der jetzigen Zeit liegenden Gründe. In erster Hinsicht müssen wir anerkennen, daß mit der Unabseßbarkeit allein dem Richter, und besonders dem untern,

doch noch nicht Alles gewährt ist, was selbst bei mäßigen Ansprüchen für seine äußere Stellung sich noch wünschen läßt; er kann, wenn auch nicht abgesetzt, doch pensionirt, auf eine Pönitenzstelle gebracht werden, man kann ihn durch ungerechte Begünstigung Anderer kränken, demüthigen, man kann den minder Verdienten, weil er vielleicht gefälliger war, mit Gehaltsvermehrung, mit Beförderung, mit Rang, Orden und Gnadenbezeugungen aller Art belohnen. Dazu kommen dann die besondern Verhältnisse der jetzigen Zeit. In Deutschland, wo die politische Emancipation von jeher mehr für eine Pandorenbüchse, als für eine leuchtende, erwärmende und belebende Sonne gehalten ist, hat man, wie in dem centralisirten Frankreich, und wohl hauptsächlich nach dessen Vorbilde, den Grundsatz angenommen, daß in dem Maße, in welchem die Regierung dem Volke staatsbürgerliche Freiheiten einräume, oder wie man es mit einem höchst unglücklichen Ausdrücke bezeichnet, „Concessionen mache,“ sie durch strengere Abhängigkeit ihrer Diener sich wieder dem Volke gegenüber stärken, daß sie also, indem sie den einen Jügel etwas nachgebe, den andern desto straffer anziehen müsse. Ob diese Maxime richtig oder unrichtig sei, darüber soll hier nicht gehandelt werden; nur das dürfen wir nicht übersehen, daß, wenn man sich dabei Frankreich zum Muster nahm, auch hier, wie in so vielen andern Fällen bei uns die Garantien fehlen, welche dort gegen einen Mißbrauch der Maxime wenigstens dann sichern könnten und würden, wenn die moralische Kraft des Volkes bedeutender wäre. Wir aber haben nur die Maxime ohne jene Garantien, ohne Oeffentlichkeit, Pressfreiheit, selbst nur ohne practisch anwendbare Grundsätze über die ministerielle Verantwortlichkeit; wir haben strenge Staatsdienstgesetze auf der einen, Orden und sonstige Belohnungen auf der andern Seite, welche auch den Richter nur zu oft daran erinnern, daß es Fügsamkeit und Geschmeidigkeit gegen die Wünsche und Richtungen der Regierung sind, wovon sein Wohl abhängt. So mögen wir denn gestehen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Richter-

standes, insoweit dieselbe auf formellen Staatseinrichtungen beruhen soll, in der That nur höchst dürftig gesichert ist, und wer Gelegenheit gehabt hat, das Leben auch von dieser Seite her kennen zu lernen, der wird zugeben, daß in manchen Fällen von der vielgerühmten Unabhängigkeit des Richtersstandes kaum etwas weiteres übrig bleibt, als eine schöne Redensart, und daß wohl manche individuelle Tugend nur deshalb noch eine solche genannt werden kann, weil ihr die Stunde der Versuchung noch nicht geschlagen hat. —

Endlich ist aber auch das Institut der Geschwornen-Gerichte, dessen Wichtigkeit für den Advocatenstand wir schon oben betrachtet haben, ein eben so eigenthümlicher, als nothwendiger Bestandtheil gerade des constitutionellen Systemes. Dasselbe beruht, wie man weiß, in seiner jetzigen practischen Erscheinung auf dem Grundprincipe, daß bei der Entscheidung von Rechtsfällen, namentlich von Strafprozessen, das Urtheil über die Thatfache von dem über die Rechtsfrage getrennt, und jenes vom Volke selbst durch seine Bevollmächtigten (Geschwornen) abgegeben, dieses dagegen von den vom Staate bestellten Richtern gefällt wird. Es kann hier nicht der Ort sein, dieses hochwichtige Institut (welches, wie genugsam bewiesen worden, ächt vaterländisch und volksthümlich, also wahrhaft historisch ist) von allen Seiten zu betrachten *); nur der innige Zusammenhang desselben gerade mit dem constitutionellen Systeme muß unserm Zwecke gemäß kurz nachgewiesen werden. Dieser Zusammenhang ergibt sich aber daraus, daß diejenige Unabhängigkeit, welche die Rechtspflege, besonders in Strafsachen, dadurch erhält, daß das Volk selbst in zulässigem Maße daran Theil nimmt und über Schuld und Unschuld selbst entscheidet, auf gar keine andere Weise auch nur annähernd erreicht, und daß also der Rechtsschutz nicht nur dem Ange-

*) Es ist dieß ohnehin, nachdem diese Zeilen schon geschrieben waren, mit erschöpfender und überzeugender Gründlichkeit geschehen von Welcker im Staatslexicon, Bd. IX. S. 1 — 160.

schuldigten, sondern auch dem Volke in einem ungleich vollständigeren Maße gewährt werden kann, als bei dem gewöhnlichen deutschen Criminalprozeß. Daß das Generalisiren von Grundsätzen im Strafrechte überhaupt seine großen Bedenklichkeiten hat und daß der vollkommnere Zustand vielmehr darin bestehen würde, wenn es möglich wäre, jeden einzelnen Fall nach seinen besondern Individualitäten zu behandeln, ist schon von vielen geistreichen Männern bemerkt worden. Diesem Zustande können wir uns jedoch auf dem gewöhnlichen Wege ohne die Gefahr der heillosen Willkühr gar nicht, sondern nur mittelst der Geschwornengerichte nähern. Der Ausspruch der Geschwornen stellt die Gerechtigkeit des Volkes dar und ihr Charakter ist theils ein rein gerichtlicher, theils ein politischer *). Ueber Dasjenige, was Recht und Unrecht ist, was Strafe verdient und was nicht, bilden sich in einem freien, denkenden Volke Ansichten, welche schon deswegen die höchste Beachtung verdienen, weil aus ihnen mittelbar auch wieder das positive Strafrecht in der Form von Gesetzen sich entwickelt. Was das ganze Volk oder die Mehrzahl der Besseren in demselben für strafbar hält, das verdient gewiß auch Strafe, und umgekehrt würde man dem Gerechtigkeitsinne des Volkes Trotz bieten, wenn man eine That mit Strafe belegen wollte, für welche das Volk, sei es an sich oder unter den besondern Umständen, eine solche nicht für angemessen hält **). In dieser heilenden und

*) Vergl. Cherbuliez, *théorie des garanties constitutionnelles* (Paris, 1838.) T. 2. p. 68.

**) Dieser zweifache Charakter der Geschwornengerichte wird bei den Urtheilen über die Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit des Instituts am wenigsten beachtet, ja er ist den Wenigsten, welche darüber sprechen, überhaupt nur bekannt. Die beiden bekanntesten Aussprüche von Geschwornen aus der neuesten Geschichte der französischen Strafrechtspflege, ein freisprechender und ein verurtheilender, welche man am häufigsten zum Beweise der Unzuverlässigkeit der Geschwornengerichte angeführt hat, nämlich das sogenannte Straßburger Attentat unter Ludwig Napoleon und der Prozeß gegen La Roncière, sind gerade, wenn man nur die Verhältnisse

nachhelfenden Justiz, welche die Gesetze freilich nirgend als ein Attribut der Geschwornen aussprechen, welche aber eine durchaus natürliche Entwicklung ihrer Wirksamkeit ist, liegt nun gerade ein Rechtschug, welchen wir bei unserm Strafprozeß gar nicht kennen, welcher bei uns und auf unsere Einrichtungen übertragen zum Despotismus führen würde, aber in den Augen eines freien Volkes als die edelste Blüthe der Gerechtigkeit erscheint. — Freilich, wenn der Einwurf gegen das Institut selbst gegründet wäre, daß durch den Ausspruch der Geschwornen die Darstellung der objectiven Wahrheit weniger verbürgt sei, als durch die besonnene, erfahrungsscharfe Prüfung bleibender und geübter Richter, so würde derselbe auch Dem entgegen stehen, was hier behauptet und bewiesen werden soll, daß nämlich die Geschwornengerichte dazu beitragen, den Werth der Rechtsinstitute und des Rechts selbst in den Augen des Volkes zu erhöhen und damit zugleich der Rechtsvertheidigung und ihren Organen den gebührenden Platz anzuweisen. Denn alsdann müßte mindestens bei längerem Gebrauche die Unzuverlässigkeit der Geschwornen offenbar werden, das Gefühl der Rechtsunsicherheit — indem nämlich der einzelne Staatsbürger nicht nur Sicherheit gegen unverdiente Strafe für sich selbst, sondern auch gegen Straflosigkeit wirklicher Verbrecher fordert — würde ein allgemeines Mißbehagen hervordringen, welches um so lauter sich äußern müßte, als die dem Institute wesentlich zum Grunde liegende Oeffentlichkeit dazu die natürlichste Veranlassung darböte, und die Rechtsvertheidiger würden in den Augen des Volks um so mehr als Rechtsverdreher erscheinen. Allein die Erfahrung lehrt uns von alle Dem das gerade Gegentheil. Nirgends finden wir beim Volke so warme, innige Anhänglichkeit an seine Rechtsinstitute, als in denjenigen Ländern, welche Geschwornengerichte haben, ja man könnte

kennt und berücksichtigt, wie sie waren, sprechende Belege für das oben Gesagte. Vergl. darüber. Welcker a. a. O. S. 160. Cherbuliez a. a. O. S. 72.

fast behaupten, daß man sie überhaupt nur da findet. Sollte in den Staaten Deutschlands, welche noch den Formen des sogenannten gemeinen Criminalprocesses huldigen, also in der überwiegenden Mehrzahl, eine fundamentale Umänderung desselben vorgenommen werden, so würde wohl hier und da ein gelehrter oder ungelehrter Streit unter den Juristen entstehen, im Ganzen aber die Neuerung ohne sonderliches Geräusch und Aufsehen, und vor allen Dingen ohne die Masse des Volks auch nur einigermaßen in Bewegung zu bringen, in das Leben übergehen. Dem Bürger gewöhnlichen Schlages, dem Landmanne bei uns ist es ziemlich gleichgültig, ob ihm Dasjenige, was zur Sache gehört, nach der Antragsmarime oder nach der Untersuchungsmaxime abgefragt wird, so lange er sieht, daß am Ende doch Alles auf Protocolle, Advocatenschriften und lange, unverständliche Erkenntnisse hinausläuft, und er fügt sich gern jeder Aenderung, weil er nun einmal der Meinung ist, schlechter könne es nicht werden. Er kennt nichts Besseres, und hält deswegen Dasjenige, was er hat, für unverbesserlich. Ganz anders aber ist die Theilnahme und Stimmung des Volkes da, wo man Geschworenengerichte kennt und hat. Wir erinnern uns noch der großen Besorgnisse, welche die preussischen Rheinprovinzen hegezt haben, daß ihnen ihre freie, auf Mitwirkung des Volkes beruhende Gerichtsverfassung genommen werden möchte, und wer diese Gegenden in den letzten Jahren mehrmals bereist hat, dem werden jene Besorgnisse bekannt gewesen sein, lange bevor die Kölner Ereignisse den Zeitungen Gelegenheit und Erlaubniß gaben, davon zu sprechen. Wie ängstlich wurde da selbst von den einflussreichsten, erfahrensten und ordnungsliebendsten Männern gerathen, vor allen Dingen die dortige Rechtsverfassung unangetastet zu lassen! Wie innig drang die Anhänglichkeit daran zugleich das Ganze des kirchlichen Streites und identificirte sich mit demselben! Wer sich überzeugen will, wie fest auch in Deutschland eine ganze Bevölkerung ihren Rechtszustand zu umfassen vermag, der gehe in die Rheinprovinzen, und er wird selbst in den un-

tersten Volksklassen einen Geist finden, von welchem er sich daheim unter seinen Actenstößen und im geheimnißvollen Geräusch der Schreibstube nichts träumen ließ. Ich kann mich irren, aber ich halte es für eine weniger schwierige Aufgabe, die Rheinländer wegen der kirchlichen Differenzen wieder vollständig zu beruhigen (was ohnehin bei Anwendung der richtigen, jedoch bis jetzt wenig beliebten Mittel sogar schwierig nicht sein würde), als denselben ihre Rechts- und Gerichtsverfassung zu nehmen.

Auch das Geschwornengericht ist eine wesentliche Bildung des freien, des constitutionellen Staates. Angestellte und besoldete Richter, und wenn man nur die edelsten und besten Männer dazu nähme — was doch auch nicht immer geschieht — sind und bleiben Staatsdiener, welche ihre Rücksichten nehmen müssen, und wo bei dem Ausfalle eines Strafprozesses die bestehende Regierung ein Interesse hat oder zu haben glaubt, da werden sie sich in den meisten Fällen zu accommodiren suchen, und bei unserm Verfahren ist das der Regel nach nicht so gar schwierig. Bei einer solchen Justizverfassung erscheint daher diejenige bürgerliche und politische Freiheit, deren Darstellung die Aufgabe des constitutionellen Staates ist, keineswegs gesichert. Völlig absolute Regierungen, welche den Begriff einer staatsbürgerlichen Freiheit nicht statuiren — wenigstens consequent nicht statuiren können — müssen nun aus dem nämlichen Grunde gerade bei politischen Fragen sich einen bestimmten Einfluß auf die Verwaltung der Rechtspflege zu erhalten suchen, und dürfen dieselbe nicht ganz unabhängig stellen. Was aber in dieser Hinsicht die absolute oder unumschränkte Staatsform verweigert, das muß die constitutionelle fordern, eben weil bei ihr jeder Einfluß der Regierungsgewalt auf die Rechtspflege, und wäre es auch nur der geringste, unnatürlich sein würde.

Ich habe die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege so wie die Geschwornengerichte als eigenthümliche Bestandtheile des constitutionellen Systems dargestellt und deshalb die Aufmerksamkeit der Advocaten auf das Letzte zu lenken

gesucht. Aber, wird man vielleicht einwenden, die Geschichte und die Gegenwart zeigen uns alle jene Einrichtungen sowohl unter Napoleons Militairdespotismus, als noch jetzt in den Rheinprovinzen unter der dem constitutionellen Principe nicht geneigten Preussischen Regierung. Weshalb bedarf es daher der erschöpfenden Durchführung eines ganzen Verfassungssystemes, um nur diese Reformen im Justizwesen zu erlangen, da jene Beispiele zeigen, daß die allerdings sehr wünschenswerthen Einrichtungen sich mit jeder Staatsform vertragen? — Die Antwort darauf würde folgendermaßen lauten: Napoleon konnte den Uebergang aus der republicanischen Ungebundenheit in die Soldatenherrschaft nur dadurch machen, daß er von dem Grundsätze der Revolution, der Freiheit, wenigstens soviel als möglich die Formen beibehielt, wenn er gleich diese Formen allmählig so zu gestalten wußte, daß sie seinen Zwecken nicht schaden konnten. Preußen aber hat, wie wir wissen, die französischen Gerichtsformen mit dem Länderzuwachs, welchen es durch den Frieden erhielt, nur als eine unvermeidliche Nothwendigkeit übernommen und auch später, weit entfernt, durch deren Uebertragung auf die alten Provinzen eine formelle Gleichheit innerhalb seiner Gränzen herzustellen, vielmehr durch eine Menge kleiner, allmählig eingeführter Modificationen in dem rheinischen Gerichtsverfahren dieses immer mehr im Sinne des einheimischen Systemes umzubilden gesucht. Auch wird Jeder, der die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, zugeben, daß so freie Gerichtsformen (obgleich selbst am Rheine nur von einer verhältnißmäßigen Freiheit in diesem Sinne gesprochen werden kann) sich mit den Grundsätzen eines absoluten Staates durchaus nicht vertragen, und daß zwischen beiden mit der Zeit Conflictte unvermeidlich sind, welche schwerlich anders, als mit dem vollständigen Siege des einen oder des andern Systems beseitigt werden können. Nur in einem constitutionell regierten Staate, in welchem dem Volke selbst eine angemessene Theilnahme an den wichtigsten Aeußerungen der öffent-

lichen Gewalt oder doch ein geregelter Einfluß auf dieselbe eingeräumt ist, finden Oeffentlichkeit der Gerichtsverwaltung und Geschwornengerichte ihren eigenthümlichen, natürlich zusagenden Boden; bei andern Verfassungsformen wird man sie immer als nicht einheimische, vielleicht gar als giftige Pflanzen, nur mit Mißtrauen oder Eifersucht betrachten.

So finden wir denn also alle diejenigen Bedingungen und Voraussetzungen, von denen eine wahrhafte Emancipation des Advocatenstandes wesentlich abhängt, wir finden allgemeinen Rechtsschutz, die Möglichkeit eines tief in das Volk eindringenden Rechtssinnes, die nothwendigen Reformen im Justizwesen, Oeffentlichkeit, Freiheit der Presse nur im constitutionellen Staate. Der Advocatenstand kann also nicht erwarten, daß er allein emancipirt werde, für ihn ist nur Hoffnung vorhanden, wenn überhaupt das constitutionelle System in seinen wesentlichsten Forderungen Geltung erhält. Tritt aber ein solcher Zustand der allgemeinen Entwicklung in unsern Staatsverhältnissen ein, dann wird auch die Emancipation des Advocatenstandes von selbst kommen. Wir müssen den Begriff und die practische Bedeutung des Rechts selbst zu heben suchen, wenn wir seinen Vertheidigern eine würdige Stellung verschaffen wollen, und so gelangen wir zu dem bedeutenden Resultate, daß der Advocat, indem er die heiligsten Pflichten seines Berufes erfüllt, zugleich am sichersten sein eigenes Interesse befördert.

Wir haben in einem großen Theile von Deutschland Verfassungen, aber ihre Wirksamkeit ist bis jetzt ziemlich gering gewesen. Woran liegt das? Hauptsächlich daran, daß das Volk selbst sich noch immer viel zu wenig um seine Verfassung und deren Handhabung bekümmert, zu wenig für die liberale Fortbildung der Grundprincipien sich interessiert hat. Diese Gleichgültigkeit hat nun freilich ihre Hauptursache in den Beschränkungen, welchen in Deutschland die Oeffentlichkeit und die Presse unterworfen sind, aber doch könnte mehr dagegen gethan werden, als wirklich geschieht, wenn nur Jeder sich die Mühe gäbe, die nöthigsten Begriffe und die

wichtigsten Verhältnisse sich einigermaßen klar zu machen. Was uns vor allen Dingen noch in hohem Grade fehlt, ist eine wahrhaft constitutionelle Rechtsansicht, besonders bei den Staatsdienern. Selbst in manchen Staaten, welche sich einer vergleichungsweise guten Verfassung erfreuen, pflegt der Beamtenstand mit einer gewissen vornehmen Geringschätzung auf das constitutionelle System herabzusehen und in der Verfassung mehr ein durch äußere Umstände aufgedrungenes und keineswegs nothwendiges Uebel zu erblicken, als sie mit Liebe zu umfassen, in ihren wahren Geist einzubringen und diesen auf die Staatspraxis zu übertragen *). Beschränktheit der Ansichten im halbgebildeten Publicum kommen ihnen dabei nur zu oft zu Hülfe. So hält man z. B. die practische Rechtspflege häufig für ein Gebiet, auf welchem ein staatsrechtliches System überall keinen Einfluß ausüben dürfe. Der Richter, sagt man, soll nicht nach constitutionellen Theoricien, sondern nach positiven Gesetzen entscheiden, und die findet er im Corpus Juris, in den übrigen Gesetzbüchern und in der Praxis. Darum möge der Richter nur vor Allem das positive Recht heilig halten und sich keinen speculativen Träumereien hingeben; constitutionelle Fragen aber müssen den Theoretikern (welche man dann auch wohl ohne Weiteres mit den Demagogen, den Revolutionären, den Wählern u. s. w. gleichstellt) überlassen bleiben. — So spricht nicht etwa der Troß des großen Haufens — denn der versteht überhaupt nicht viel davon, — sondern so sprechen Männer, die zu den wissenschaftlich Gebildeten gehören, so spricht ein großer, vielleicht der größte Theil unserer practischen Juristen. — Wahr ist es allerdings, daß der Richter sich an den Buchstaben des Gesetzes halten soll, und wenn wir es je dahin brächten, daß er Dasjenige, was ihm nach seiner eigenen, wohl oder übel verstandenen Theorie als das Bessere, Richtigere erscheint, an die Stelle des Po-

*) In Hannover haben die Staatsbeamten Veranlassung erhalten, ihre frühere Unfreundlichkeit gegen die Verfassung bitter zu bereuen.

sitiven setzen und setzen dürfte, so würden wir von der türkischen Justiz wohl nur noch durch den Abstand der Bildung getrennt sein. Allein damit ist jene Behauptung auch noch keineswegs bewiesen. Muß gleich das positive Gesetz die äußerlich erkennbare Grundlage unsers Rechtszustandes bilden, so ist doch die Auffassung desselben und die Anwendung auf den gegebenen Fall fortwährend Sache des denkenden Geistes, und es ist wahrlich nicht gleichgültig, ob die Vermittelung zwischen dem todtten Buchstaben und der lebendigen Thatsache durch eine constitutionelle Grundansicht, oder durch Servilismus und Hofpolitik hergestellt wird. Denn mehr noch wie der Buchstabe des Gesetzes gilt am Ende immer doch die Deutung, welche ihm gegeben wird, gelten die Begriffe, welche man seinen Satzungen unterlegt, und die Rechtsvernunft (ratio) welcher man die letzten anzupassen sucht. Alles dieses ist Sache der Speculation, welche daher, je bestimmter sie von einem verfassungstreuen Standpunkte ausgeht, um so mehr auch den constitutionellen Geist in der Praxis, wie in der Gesetzgebung einheimisch machen wird.

Wieviel aber könnte in dieser Hinsicht zur Ausbildung und Verbesserung des constitutionellen Geistes gerade von den Advocaten geschehen, ohne daß es schon vorher einer Umgestaltung organischer Staatseinrichtungen bedürfte! Wenn es wahr ist, daß kein anderer Stand im Staate so großes Interesse bei der Entwicklung freier Staatsformen und bei der Verbreitung einer wahrhaft constitutionellen Rechtsansicht hat, als der Advocatenstand, so ist es auch eben so wahr, daß kein anderer im Staate ist, so viel, als er, dazu beizutragen. Die Advocaten sind die natürlichen Vermittler zwischen der Rechtswissenschaft und dem Volke, und in dem Maße, als sie selbst von constitutionellem Geiste durchdrungen werden, muß derselbe nothwendig auch dem Volke sich mehr und mehr mittheilen, muß eine größere Masse von wahrer politischer Bildung und gesundem Verständniß des Verfassungswesens und seiner Be-

deutung in das letzte übergehen. Auf solcher Bildung allein beruht ja am Ende das Bestehen und Gedeihen aller Verfassungen, weil nichts durch die Form, Alles nur durch den Geist dauernd besteht und gedeiht. Nichts ist darum auch verkehrter und zugleich schädlicher, als jene vielverbreitete Gleichgültigkeit gegen alles Verfassungswesen, welche auf der allerdings richtigen, aber in den Consequenzen leicht täuschenden Ansicht beruht, daß das Streben nach formellen Rechtsgarantien deshalb ohne Erfolg und Nutzen sei, weil es der großen Masse des Volkes an der letzten Garantie fehle, welche es nur in sich selbst, in dem Gefühle seiner eigenen Ehre und in einem klar verstandenen, kräftigen Willen finden könne. Man muß zugeben, daß es sehr schwer ist, sich diesem nothwendigen Ziele auch nur allmählig zu nähern, so lange die wirksamsten Mittel, eine tüchtige politische Bildung im Volke zu verbreiten, durch den Zustand der Presse, durch die mißtrauische Bewachung alles Dessen, was auf öffentliche und gemeinnützige Wirksamkeit Bezug hat, und durch das sorgsam erhaltene Uebergewicht der administrativen Staatsgewalt im Gemeinwesen bei uns noch fortwährend gelähmt bleiben; allein eben je beschränkter in dieser Hinsicht die Mittel sind, desto nothwendiger ist es, die wenigen übrig bleibenden wirksamer, als bisher geschehen, zu benutzen, und desto dringender die Aufforderung zur Thätigkeit an Diejenigen, welche nach Beruf und Stellung dazu die geeignetsten sind.

Aber freilich ist dann auch viel mehr erforderlich, als was bis jetzt von der größten Zahl der deutschen Advocaten und selbst von den Bessern unter ihnen geleistet wird. Es ist bei weitem nicht genug, daß man, wie man es zu nennen pflegt, liberal gesinnt sei, daß man Oeffentlichkeit, Pressfreiheit, constitutionelle Reform des Justizwesens und andere constitutionelle Neuerungen fordere, daß man gegen Regierungen willkühr deklamire und in allgemeine Klagen über den Druck der Verhältnisse einstimme; es ist nicht genug, daß man sich auf eine rein negirende und zersezende Kritik des Bestehenden beschränke. Der Advocat, weil er ein Rechtsge-

lehrter sein will, muß tief eindringen in den Geist des ganzen Systems, jede Frage bis zu ihren obersten Principien hinauf sich klar machen, er muß, wenn er das Bestehende verwirft, über die Gründe sich die redlichste und gewissenhafteste Rechenschaft geben und eben so ehrlich an das Wiederaufbauen, wie an das Abreißen denken, er muß die ganze Lehre, deren Apostel er sein soll, in ihrem innersten, lebendigen Zusammenhange auffassen, bis sie wie ein klares, durchsichtiges Gewebe vor dem Spiegel seiner Seele steht und er dann, von innerer Nothwendigkeit getrieben, auf dem bestimmt erkannten Wege mit jenem Muthe, mit jener Ausdauer vorwärts schreitet, welche nur eine tiefe und innige Ueberzeugung gewähren kann. Wenn auf solche Weise der Advocatenstand an seine eigene Ausrüstung dächte und dadurch die Zahl der wissenschaftlich gewaffneten und kunstgeübten Streiter für die Sache der Freiheit einen so bedeutenden Zuwachs erhielte, so wäre es bei dem außerordentlichen Einflusse der Advocaten auf das Volk und selbst allmählig und in gewissem Maße auch auf die Staatsdiener doch gar nicht anders möglich, als daß alsdann wesentliche Fortschritte erreicht werden müßten. Was die öffentliche Meinung bestimmt und entschieden fordert, das kann ihr auf die Dauer nicht verweigert werden; eben so gewiß ist es aber und zugleich viel tröstlicher noch, daß in demselben Maße, als die öffentliche Meinung sich ausbildet und zum selbstbewußten Willen wird, auch die Besorgnisse eines großen Theils Derjenigen, welche ein größeres Maß von Freiheit und eine vollständigere Entwicklung des constitutionellen Systemes dem jetzigen Stande der allgemeinen Bildung nicht für angemessen halten, sich vermindern werden; eine Erfahrung, die man schon oft gemacht hat. Denn nur eben jenes klare Erkennen und feste Willen gibt das einzige Kriterium für Dasjenige ab, was man die politische Reife eines Volkes nennt, und wo also Mangel an Reife zum Grunde der bisherigen Verweigerung gedient hat, da wird mit dem Grunde auch die Abneigung selbst wegfallen.

Eigene wissenschaftlich-constitutionelle Ausbildung ist daher die nächste, die wichtigste Aufgabe für den Stand der deutschen Rechtsverteidiger. Haben wir erst einen constitutionell aus- und durchgebildeten Advocatenstand, so werden wir eine höher entwickelte politische Freiheit und damit von selbst diejenigen äußern Verhältnisse erhalten, welche für den Advocatenstand die gedeichlichsten sind. Und in demselben Maße schon, als die allgemeine politische Freiheit sich weiter und klarer ausbildet, werden auch wiederum in gleichmäßigem Schritte die äußern Verhältnisse des Advocatenstandes sich verbessern, jeder Triumph, welchen die Sache der Freiheit erringt, wird auch ihnen eine Abschlagszahlung auf ihre alte Forderung bringen, wie umgekehrt jeder entschiedene Rückschritt auch ihnen nachtheilig werden muß. Ist daher auch das Ziel, an welchem eine vollkommene Gewährung der Wünsche des Advocatenstandes erwartet werden kann, noch weit entfernt, so liegt doch eine große Ermuthigung für ihn in dem Bewußtsein, theils daß schon mit jedem Fortschritte der allgemeinen Sache auch die seinige gefördert, seine eigene Lage verbessert wird, theils daß es zu einem sehr großen Theile gerade seine eigenen Bestrebungen sind, von welchen das Wohl des Ganzen, wie das seinige abhängt. Ausbilden aber kann der Einzelne, welcher schon seines Amtes wegen eine wissenschaftliche Richtung verfolgen muß, sich selbst, ohne daß ihm die einer allgemeineren politischen Bildung entgegenstehenden Hindernisse wesentlich beschränkend wären; in der Erkenntniß kann Jeder fortschreiten, wenn er nur will, und mit dem Studium selbst wird auch schon das Interesse dafür kommen. Es wäre doch in der That kaum begreiflich, wenn die Beschäftigung mit den höchsten Begriffen der Rechtswissenschaft und ihrer Anwendung auf das Staats- und Völkerleben nicht mehr wissenschaftliche Unterhaltung gewähren, dem Geiste nicht kräftigere Nahrung geben sollte, als das mechanische Handhaben der Jurisprudenz in dem zusammengestickten Kleide und in dem Zuschnitte, in welchem sie den Practikern nun einmal

mundgerecht geworden ist. Nie darf freilich dem Advocaten eine Vernachlässigung derjenigen Theile der Rechtswissenschaft zugemuthet werden, in deren Kreisen die gerichtliche Praxis sich regelmäßig bewegt, und ich fürchte kaum, daß man mich dermaßen mißverstehen sollte. Eine tüchtige Kenntniß des positiven Rechts muß man vielmehr von Jedem in dem Maße fordern, daß man ihm ohne dieselbe überhaupt nicht einmal ein Urtheil über die philosophische, metaphysische Seite der Wissenschaft einräumen, am wenigsten aber ihn dazu auffordern darf. Allein man soll nur nicht einseitig in seiner Bildung bleiben, nicht einen Theil der Wissenschaft deswegen, weil er im gemeinen Leben am häufigsten Streitverhältnisse hervorrufen und weil die gelehrte Debatte darüber bisher noch keinen politischen Verdächtigungen und Beschränkungen ausgesetzt gewesen ist, für den wichtigsten oder gar für den einzigen halten. Das wissenschaftliche Studium mancher Einzelheiten des Privatrechts, hat auch für den gebildeten Geist bei weitem mehr ein formelles, als ein materielles Interesse, d. h. es beschäftigt ihn mehr als ein unerschöpflicher Stoff zu Denkübungen, als durch die materielle Wichtigkeit der Fragen, welche sein Inhalt darbietet. Ob nach römischem Rechte die Bäume von oben oder von unten beschnitten werden müssen, ob eine bestimmte Art der Verjährung in zehn oder zwanzig Jahren vollendet wird, darauf kommt für das Wohl der Welt im Ganzen nur wenig an. Und selbst Dasjenige, was etwa bei diesen Fragen von höherm Interesse sein könnte, nämlich die Prüfung der innern Gerechtigkeit der vorhandenen Normen, soll für den practischen Juristen (so fordert man) ein *αδελφόπορον* sein, er soll allen Scharffinn ja nur verwenden, um aus der Masse dunkeler, nicht selten einander widersprechender Gesetze Stellen mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit zu ermitteln, worin die Sagung besteht, nicht, ob dieselbe auch gut und gerecht sei. Kann bei einer solchen Anatomie des Positiven sich ein höherer, edler Rechtsinn entwickeln? Wenn der Jurist aber weiß, daß er mit seinen Studien die

erhabensten Interessen der Menschheit umfaßt, wenn er begreift, daß es die Idee der Wahrheit, des Rechts und alles Guten und Edlen ist, an deren Verwirklichung er arbeitet, dann wird auch eine gewisse Wärme und Innigkeit seine Studien durchdringen, welche die nur verstandesmäßige Auffassung des Positiven nie erwecken kann. —

Es ist freilich weder zu verlangen, noch zu erwarten, daß alle Mitglieder des deutschen Advocatenstandes jene Aufgabe in ihrem vollen Umfange zu fassen und zu lösen im Stande oder geneigt sein sollten; menschliche Unvollkommenheit und Verschiedenheit der Ansichten, wird auch hier jede volle Uebereinstimmung in den Bestrebungen verhindern und damit den Erfolg vermindern. Beschränktheit wird sich nie zu der Höhe klarer, reiner Rechtsansicht erheben, gleißender Egoismus unter düsterem Nasenrümphen seine eigene Jämmerlichkeit verbergen und sorgsam von jeder Freiheitsidee sich fern halten, um vornehmen und einflußreichen Gönnern nicht zu mißfallen, Vorurtheile und Gewohnheit werden fortwährend ihr Recht geltend machen, die Gewalt wird auch ferner unter den „Rechtsfreunden“ gefällige, kriechende Augendiener finden und so die Anrüchtheit, welche auf dem deutschen Advocatenstande lastet, auch künftig nicht ohne Subjecte bleiben, welche sie verdienen. Aber an Euch richte ich meine Worte, Ihr bessern, fähigern und unverdorbenen Männer — und ich kenne deren Gottlob! auch eine große Anzahl — die Ihr der Sache der Freiheit so unendlich wichtige Dienste leisten könntet, deren Gesinnung augenscheinlich gut ist, und die Ihr nur durch Bequemlichkeit, Furcht oder Gewohnheit Euch abhalten laßt, Eure Blicke über denjenigen Kreis, welchen die kalten Formen des Geschäftslebens ziehen, hinausstreifen zu lassen und nach einem andern Rechte zu forschen, als welches im Corpus Juris und im Strafbuch steht, Euch mahne ich im Namen des Vaterlandes, welches auf Euch rechnet, im Namen der ewigen Gerechtigkeit, deren Diener Ihr seid, an Eure Pflichten! Wähnt nicht, denselben genügt zu haben, wenn Ihr erfüllt, was man im gemeinen

spießbürgerlichen Leben den Beruf nennt, und worunter man oft nichts weiter versteht, als ein Leben für das tägliche Brot, ein Forttreten in dem Gleise, welches Herkommen vorgezeichnet hat und die dem wahren Rechte feindselige Gewalt so gern begünstigt. Die Gerechtigkeit ist nicht die Hausmagd unserer täglichen Bedürfnisse, sondern die hehre Göttin, deren Dienst unendlich ist, wie der Dienst der Vernunft. Und eben diese höhern Gebiete der Wissenschaft sind es ja, aus denen das constitutionelle Staatsrecht seine Begründung suchen muß, und welche die Anhänger und Günstlinge der Willkürherrschaft mit einseitiger, nur halb begriffener Empfehlung des historischen uns so gern verschließen oder verleiden möchten. Das constitutionelle Staatsrecht ist in Deutschland noch in den ersten Stadien der Entwicklung begriffen, es hat mit ungleichen Waffen mächtige Feinde zu bekämpfen, und mancher seiner Streiter, der das Licht der Vernunft und der ewigen Wahrheit von den Höhen der Wissenschaft herabholen wollte, ist wie Prometheus zur Strafe an den Felsen geschmiedet. Und doch kommt ja so unendlich viel darauf an, daß der Kampf der Principien nur durch die Macht der stets weiter und kräftiger sich verbreitenden Ueberzeugung entschieden, daß nur der klar erkannten Wahrheit der Sieg zu Theil werde. Wenn irgend jemals, so liegt daher jetzt in den Weltverhältnissen der laute Ausruf an die Advokaten, die Vortheile, welche die Unabhängigkeit der Stellung und die Natur ihrer regelmäßigen Beschäftigung ihnen gegeben haben, zur Mitwirkung an dem großen Werke zu benutzen.

Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in
Braunschweig erschienen noch folgende juristische Werke:
Müller's Lehrbuch des Criminalprocesses.

Lehrbuch
des
deutschen gemeinen Criminalprocesses,
mit besonderer Berücksichtigung
der
deutschen Particularrechte,
bearbeitet
von

Dr. Wilhelm Müller,
ordentl. Professor der Rechte an der Universität in Gießen.
gr. 8. Zein Velinpap. Preis 2 Thlr. 16 Sgr.

Wir glauben dieses vor treffliche Buch nicht besser empfehlen zu
können, als durch das nachstehende Urtheil eines der ausgezeichnetsten
deutschen Criminalisten:

„In dem vorliegenden Werke ist der deutsche gemeine Criminalpro-
cess in einer so vollkommen zweckmäßigen Ordnung vorgetragen, daß
kaum irgend etwas zu wünschen übrig sein möchte. In äußerst gelehr-
ten, mit der größten Sorgfalt ausgearbeiteten Noten, welche kleine
Excursus bilden, sind die mannigfachen Controversen abgehandelt,
welche der Criminalproceß bekanntlich in so bedeutender Menge darbie-
tet, und stets erkennt man in der Auflösung dieser den Scharfsinn
und die gründliche Wissenschaft des Verfassers. Die Einleitung,
welche sich über Begriff, Quellen, Hülfsmittel und Methode des
gemeinen deutschen Criminalprocesses erstreckt, behandelt diese wich-
tigen Gegenstände ebenfalls mit einer erschöpfenden Gründlichkeit.
Nach allem diesem kann man das ganze Werk nur ein vorzueffli-
ches nennen, welches eben so sehr zu einem academischen Compen-
dium, wozu es eigentlich bestimmt ist, als seiner großen Reichhal-
tigkeit wegen, zu einem Handbuch für Richter und Sachwalter pas-
send erscheint. Als solches benützt es der Unterzeichnete, und gesteht
gern, daß es ihn stets vollkommen befriedigt hat.“

J. K. von Strombeck.

Zell's Jahrbücher.

Jahrbücher
für historische und dogmatische
Bearbeitung des römischen Rechts.

Herausgegeben von
Dr. Carl Zell und Dr. Wilhelm Zell,
ordentl. Professoren der Rechtswissenschaft an den Universitäten
zu Bonn und Gießen.

Erster Band.

gr. 8. Zein Velinpap. geb. Preis 2 Thlr.

Von den Zell'schen Jahrbüchern erscheint jährlich ein Band in
drei Abtheilungen von 8 bis 10 Bogen Stärke.

Die Recuperatio der Römer.
Eine rechtshistorische Abhandlung

von
Dr. Carl Sell,
ordentl. Professor der Rechtswissenschaft an der Universität in Bonn.
Beitrag
zum
Völkerrechte des Alterthums überhaupt, insbesondere
des Römischen.

gr. 8. Fein Belinpap. geh. Preis 2 Thlr. 12 Sgr.

Sell, de juris romani nexo et mancipio.

De juris romani
nexo et mancipio.

Scriptisit
Carolus Sell,
juris utriusque doctor, in universitate litteraria Friederica Wil-
helmia Rhenana professor publicus ordinarius.
gr. 8. Fein Belinpap. geh. Preis 12 Sgr.

Criminal-Gesetz-Buch für das Herzogthum Braunschweig.

Das
Criminal-Gesetz-Buch

für das
Herzogthum Braunschweig.
Nebst den Motiven der Herzoglichen Landesregierung und
Erläuterungen aus den ständischen Verhandlungen.
gr. 8. Fein Belinpap. geh. Preis 2 Thlr.

Nothschildt's Braunschw. Wechselrecht.

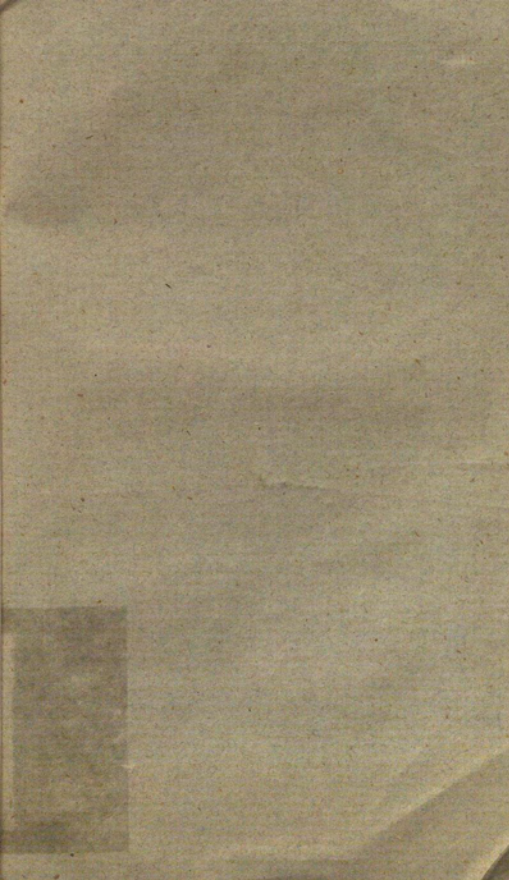
Das Braunschweigsche Wechselrecht

in Beziehung auf
Präsentationen, Respecttage und Protestationen.

Für
Juristen und Kaufleute,

vom
Advocaten Nothschildt
in Braunschweig.

gr. 8. Fein Belinpap. geh. Preis 6 Sgr.





KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

00 .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.